

# Vorpost

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Zeitungs- und Berichterstattungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inletzen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Oktober 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Die Wahlreform auf dem Marsche.

Aus Wien wird uns vom 22. Oktober geschrieben:  
 Seit dem Tage, da Herr v. Gautschi in der Hofburg vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn gewarnt hatte, weil sonst der Wahlrechtskampf auch in Oesterreich aufleben würde, seit diesem Tage ist die schon entschimmerte Bewegung in Oesterreich so lebendig geworden wie nie zuvor. Selbst in den Jahren 1893 bis 1895, wo die Arbeiter in Oesterreich noch um ihr blohes Stimmrecht kämpfen mußten, wo sie von der Wahl des Parlaments völlig ausgeschlossen waren, war die Bewegung nicht so kraftvoll, so leidenschaftlich, so tief- und weitgreifend wie jetzt, wo das gleiche Recht zu erkämpfen ist. Ohne zu übertreiben kann man sagen, daß sich das österreichische Proletariat in einem Zustande revolutionärer Energie befindet, daß es in des Wortes nächster Bedeutung entschlossen ist, alles zu wagen, um sich sein Recht zu erkämpfen. Nur ein so kurzfristiger Altkennsch wie es der gegenwärtige Ministerpräsident ist, konnte meinen, daß er mit seinem „Einspruch“ die aufgeregten Massen beschwichtigen werde, daß in Oesterreich alles still und ruhig bleiben wird, wo in Ungarn ein Ministerium just zu dem Zwecke ernannt wird, den Wahlrechtskampf zu demokratisieren, die Macht des staatsrechtlichen Chauvinismus und das allgemeine Stimmrecht zu brechen. Was selbstverständlich war, ist also im vollen Umfange eingetreten: die in Ungarn von der Regierung aufgenommene Forderung, den Reichstag auf neue Grundlagen zu stellen, hat das Bedürfnis nach einer vernünftigen und brauchbaren Wahlordnung in Oesterreich zur Leidenschaft entsacht, hat der bis dahin nur als wissenschaftliche Erkenntnis vegetierenden Wahlrechtsforderung glühendes Leben eingehaucht. Noch nie ist der alte Kampf der österreichischen Arbeiterklasse so wahr gewesen wie jetzt: keine Ruhe in Oesterreich, bis das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt ist!

Das österreichische Wahlrecht ist nicht nur das reaktionärste in Europa — es nimmt wohl selbst die Konkurrenz mit dem Dreiklassenwahlrecht auf —, sondern vor allem das unfinnigste. Deshalb unfinnig, weil es die eigentliche Aufgabe eines Wahlsystems, ein Parlament hervorzubringen, überhaupt nicht zu erfüllen vermag. Es ist vor allem ein Wahlrecht gegen die spezifische Natur dieses Staates. Ein Staat, in dem acht Nationalitäten wohnen, und zwar Nationen, die nun sämtlich den Staat verneinen, mit mehr oder minder Abwechslung alle Irredentisten sind, braucht einsehen zu lassen, daß ein Wahlrecht, das bindet und knüpft, das über die zentrifugalen Tendenzen der Nationen ein Gemeinsames und Allgemeines setzt: braucht also das allgemeine und gleiche Recht, das den Nationen das staatliche Bewußtsein erst erzeugt, welches sonst jeder Staat von Natur hat. Statt dessen ist nun die vierzig Jahre alte Verfassung ein Wahlsystem, das trennt und scheidet, also zu der Einheit der Nationen noch die Vielheit der Kurien setzt, bis dann eben lauter Felsen herauskommen, denen das geistige Band, die Synthese des Staates, fehlt. Was die österreichischen Verhältnisse so unfähig kompliziert und die Schwierigkeiten dieses nicht sehr einfachen Staates ungeheuer mehrt, ist der nationale Chauvinismus — nicht das ganz selbstverständliche Bedürfnis jeder Nation auf Entwicklung, sondern die Uebertriebung des nationalen Empfindens, seine Entartung ins Kleinliche, Geheißige und Reibische. Aber diese Entartung ist direkt eine Wirkung der Kurien, welche das Bürgertum von oben und von unten, vom Adel wie vom Proletariat isolieren und es ihm dadurch ermöglichen, sich schrankenlos und ungehindert den nationalen Interessen — denn zum größten Teil sind die nationalen Fragen nichts mehr als dies — hinzugeben. Statt daß die nationalen Probleme (natürlich giebt es auch solche) Fragen der gesamten Nation werden, sind sie durch die Kurie bloß Fragen der Bourgeoisie — nicht einmal dieser ganz, sondern eigentlich nur der Schichten im Bürgertum, die „ohne Bar und Holm“, also ohne Klasseninteressen (Advokaten, Schriftsteller, Veruspolitiker) sich in dem chauvinistischen Treiben austoben. An diesen Wirkungen geht nun vor allem der Staat zu Grunde, und mehr als jedes in Oesterreich braucht eine Neuordnung, eine Ordnung der Vernunft und Logik, der Staat selbst. Aber dieses österreichische Wahlrecht ist so verflucht, daß sein Ergebnis, das Parlament, überhaupt nicht lebensfähig ist. Auf der einen Seite vergewaltigt es die Wirklichkeit. In den vierzig Jahren seines Bestandes hat sich Oesterreich zum großen Teil aus einem Agrarland in einen Industriestaat gewandelt, aber die Kurien stehen starr und unverändert da. Bei dem österreichischen Wahlen kommen nicht so viele Agrarier, Industrielle, Proletarier hervor, wieviel an agrarischer, industrieller, proletarischer Entwicklung vorhanden ist, sondern soviel Abgeordnete des Großgrundbesitzes, der Handelskammern, der Landgemeinden, des Kleinbürgerturns und des Proletariats, als die Kurie bestimmt; die Kurie, die vor mehr als fünfzig Jahren fixiert wurde; also steht eigentlich das Resultat jeder Wahl vorweg fest und was wechselt, sind nur Namen von Parteien und Personen, nicht die selbst. Das österreichische Abgeordnetenhaus steht also durch sein verrottenes Wahlsystem in sich raffen Wegensatz zur Wirklichkeit: als Werkzeug der Entwicklung ist es schlechthin unbrauchbar. Den Rest hat ihm freilich die im Jahre 1890 eingeführte „allgemeine Wählerklasse“, die sogenannte fünfte Kurie gegeben. An sich war es schon eine tolle Idee, einem als Privilegien und Benützung aufgebauten Hause das allgemeine Wahlrecht substituieren einzuführen; die Erfahrung der acht Jahre hat erwiesen, daß die Mischung von stellenweise ganz grotesken Privilegien und allgemeinem Wahlrecht lebensunfähig ist. Auf der einen Seite giebt es in Oesterreich hundert Abgeordnete, die überhaupt nicht gewählt sind (denn eine Wahl von dreißig Wählern ist keine Wahl, sondern eine

Ernennung), und auf der anderen Seite sind zweihundertsechzig Abgeordnete vorhanden, die von achtzig- bis hunderttausend Wählern gewählt werden: da kam sich im Parlament ein Gleichgewicht nicht herausbilden, da giebt es keine Harmonie, auch keine Einheit, die nur vom gleichen stammt. Kurz, die nun acht Jahre währende Krise des Abgeordnetenhauses ist die unmittelbare Wirkung des unmöglichen Wahlsystems.

Vielleicht werden die Unfinnigkeit dieser „Ordnung“, die ausschaut, als ob sie ein Perfekterer kombiniert hätte, einige Zahlen noch deutlicher machen. Die 425 Abgeordneten zum österreichischen Reichsrat werden folgendermaßen gewählt:

85	Abgg. des Großgrundbesitzes	u. insgesamt 5 431 Wählern
21	der Handels- u. Gewerbetreibenden	501
118	Städte	403 504
129	Landgemeinden	1 585 406
72	allgemeinen Wählerklasse	5 004 222

Wir haben also 100 Abgeordnete, die überhaupt nicht gewählt sind, also politische, soziale, allgemeine Interessen überhaupt nicht kennen, die vom Lasterbett ihres Privilegs überhaupt nicht zu befreien vermögen, was politische Arbeit ist. Dagegen sind wieder die Abgeordneten der allgemeinen Wählerklasse durch die riesigen Wahlkreise (wie groß diese sind, sagt doch ausreichend die Tatsache, daß das ganze Staatsgebiet nur in 72 Kreise zerlegt ist) jedes Zusammenhanges mit ihrer Wählerschaft beraubt, auf die Demagogie direkt verwiesen. Man darf diese Abgeordneten von hunderttausend Wählern nicht etwa mit den Abgeordneten des Reichstages vergleichen, welche besonders vollreiche und durch die alte Wahlkreisverteilung benachteiligten Städte vertreten; nicht die Zahl der Wähler, das ungeheure, unbewältigbare und die sachlichen Zusammenhänge völlig aufhebende Gebiet hat aus diesen Abgeordneten des allgemeinen Stimmrechtes die plumpen Demagogen gemacht, für die das Abgeordnetenhaus nichts anderes ist als die Zentralfabrik ihres Mandatskampfes. Es scheint paradox, ist aber ganz logisch: daß die Maßregel, womit man das marastisch gewordene Parlament vor zehn Jahren zu verjüngen hoffte, nämlich die Einführung der allgemeinen Kurie, daß erst die und gerade die das österreichische Abgeordnetenhaus ruiniert hat. Seitdem wir dieses pseudo-allgemeine Wahlrecht haben, haben wir kein Parlament mehr. Das ist auch ganz natürlich. Die Kräfte, die in dem Käfig der fünften Kurie gefesselt sind, entarteten zur Tobsucht; statt gesund ist das Parlament verrotten geworden.

Dieser entsetzliche Zustand des österreichischen Abgeordnetenhauses ist auch unzweifelhaft für die Wahlreform das stärkste Argument. Allmählich begreift eben jeder, daß diese nicht zu heilende Krankheit eine Ursache haben muß, daß es nicht Völlwilligkeit oder Einsichtslosigkeit ist, die die Abgeordneten zu ihrem in ganz Europa berühmten Treiben führt, sondern daß sie wirklich nur dem Befehle gehorchen, „wonach sie angetreten“. Daß die Kurien selbst der Entwicklung trotzen, liegt auf der Hand; schon daß dieses Wahlsystem absolut entwicklungsunfähig ist, jede Umformung ausschließt, sondern gänzlich niedergedrückt werden muß, zeigt deutlich, wie verfehlt es ist. Deshalb wäre heute die Möglichkeit, die unerlässliche Neuordnung anzuzureichen, größer denn je. Einem Parlament, in dem von 425 Mitgliedern 353 ihr Mandat dem Privileg danken, die Zustimmung zur Aufhebung aller Privilegien abzurufen, scheint an sich keine leichte Sache; aber diese achtjährige Krise und der Stumpfismus dieser Kurien hat das Privileg so in Verfall gebracht, daß sie tatsächlich niemand mehr zu verteidigen wagt. Hat doch das Abgeordnetenhaus selbst am 5. Oktober mit 155 gegen 114 Stimmen den Beschluß gefaßt, die Regierung aufzufordern, dem Hause sofort eine Vorlage auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu unterbreiten, und seinem Zweifel unterliegt es, daß wenn sich hinter diese Forderung eine Regierung von Mut und Tatkraft stellte, das große Werk noch in dieser Legislaturperiode vollendet werden könnte. Eine solche Regierung ist allerdings die Gautschische Kammerregierung nicht, aber wie die Dinge heute stehen, kann eher Herr v. Gautschi fallen als die Wahlreform verschleppt werden. In der Vorlesung im Herbst sind im Abgeordnetenhaus nicht weniger als sieben Dringlichkeitsanträge (deren Verhandlung mit der oben erwähnten Abstimmung endete) für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingebracht worden, und die Forderung findet heute (außer bei den Großgrundbesitzern natürlich) nirgendwo Gegner, trifft höchstens bei den Deutschen auf Bedenken, denen aber leichtlich in der Wahlkreisverteilung Rechnung getragen werden kann. Auf dem Marsche ist also das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Oesterreich — und wenn auch noch in Böhmen, sichtbar ist das Ziel bereits.

Ihre eigentliche Stütze hat freilich die Forderung weder in der Vereinstätigkeit der bürgerlichen Parteien, noch in der Einsicht der Regierenden, sondern in der gewaltigen revolutionären Entschlossenheit des Proletariats. Was jetzt im Wahlrechtskampf in Oesterreich geleistet wird, ist wahrhaftig aller Bewunderung wert. Ihren Höhepunkt hat die Bewegung in den zwei Ländern erreicht, wo gleichzeitig die Reform des Landtagswahlrechts zur Verhandlung steht: in Böhmen und in Währen. Es war eine der großartigsten Kundgebungen des proletarischen Oesterreichs, als am Tage der Eröffnung des böhmischen Landtages in der Hauptstadt alle Arbeit ruhte und hunderttausend Menschen stumm und ernst zum Landhaus zogen.

Die Arbeiterorganisation hat alle Kräfte für die Reform in einen mächtigen Strom gesammelt und den Generalkongress aller Arbeiter an dem geschichtlichen Dienstag durchgeführt. Als namens der Tausende und Tausende der Genossen Kamec den verantwortlichen Regierern des Landes, dem Oberstaatsanwaltschaft und dem Statthalter, erklärte, die Arbeiterklasse der großen Industrie sei entschlossen, „sich die Bedingungen einer ungehinderten Entwicklung zum Fortschritt und zur Freiheit zu sichern“, sprach

er aus, was heute der Wille des gesamten Proletariats ist. Nicht minder eindrucksvoll war eine Woche später der Aufmarsch der Arbeiterschaft in Bräun, wo schon voriges Jahr der Kampf so nachdrücklich eröffnet wurde und wo an dem Tage des Generalkongresses die deutsche und die tschechische Arbeiterschaft solidarisch und geschlossen für das allgemeine Recht demonstrierte. Die Bewegung schwillt in ganz Oesterreich an und in Galizien pulsiert die Kraft ebenso lebendig wie in Vorarlberg, in Steiermark nicht minder wie in Böhmen. Es ist auch kein Zweifel, daß der nächste Woche zusammenstrebende Gesamtparteitag die Lösung ausgeben wird: Kampf bis zum äußersten; Kampf bis zum Massenstreik! Es ist ein geschichtlicher Moment gekommen und er wird hervorbringen, was die Entwicklung fordert.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Oktober.

#### Zu den Landtagswahlen in Baden.

Karlsruhe, 24. Oktober. (Privattelegramm.) Für die Stichwahlen hat die Sozialdemokratie ein Abkommen mit dem Liberalen Block getroffen, wonach die Liberalen in 5 Kreisen für die Sozialdemokratie, diese in 12 Kreisen für den Block eintreten. In 6 Kreisen wird der Kampf zwischen Block und Sozialdemokratie ausgefochten. Freitag finden 2, Sonnabend die übrigen 21 Stichwahlen statt.

#### Sperre im Ruhrgebiet und „Christliche“ Gewerkschaften.

Das „Berliner Tageblatt“ und die Tante Voh liegen sich aus dem Ruhrgebiet berichten, die Geschichte von einem zwischen Gewerkschaften abgeschlossenen Vertrag, nur mit „Ueberweisungschein“ versehenen wechselnden Vergleuten Arbeit zu geben, sei erhandelt von „sozialdemokratischen Bergarbeiterführern“. Herr Köster, der Nachfolger des Herrn Brüst im Amt des Vorsitzenden der „Christlichen“ Bergarbeiterorganisation, habe gesagt, es handle sich nur um eine „Deje“, die der Gewerksverein nicht mitmache. Deshalb große Freude beim „Berliner Tageblatt“, das eifrig „konstatierte“, nachdem die staatsstreuen Christlichen Vergleute die Sperre nicht bestätigten, sei sie als eine neue „sozialdemokratische Deje“ erklärt.

In der Tat kommen aber ans Tageslicht immer mehr Details über die Sperre, d. h. die zehnjährige Aufhebung der Freizügigkeit der Vergleute durch Zurückweisung von nicht mit einem logenunterschiedenen Ueberweisungschein (über wie man das Dokument sonst nennen will) versehenen Vergleuten. Noch handelt es sich wohl nicht um eine Vereinbarung zwischen allen Felsen. In der Hauptsache sind es Felsen im Dortmunder und Bochumer „Gemein-Gewerkschaften“, die letzten Arbeiter ohne jene Ueberweisung von der letzten Felsen zurückweisen. Daß es so ist, daran kann nach den vorliegenden Meldungen nicht gezweifelt werden. Es ist uns aber von Felsen- und Stahlwerkarbeitern erzählt worden, auch sie seien in den letzten Wochen, als sie auf einem anderen rheinisch-westfälischen Eisenwerke Arbeit annehmen wollten, nach einer Ueberweisungsbescheinigung gefragt worden. Allem Anschein nach stehen wir vor einer neuen, „unblutigen“ Sperrmethode der Unternehmer. Es ist nur zu berechtigt, wenn der Bergarbeiter-Verband rechtzeitig Alarm schlägt und nicht wartet, bis der gesetzwidrige Ring geschlossen ist.

Dem Gewerksvereins-Vorsitzenden Köster aber ist zu empfehlen, sich einmal anzusehen, was sein eigenes Vereinsorgan, „Der Bergknappe“, schreibt. Dieses Blatt entnimmt der Rede Kösters in Manheim die Ankündigung, die Felsenbesitzer wollten Maßnahmen gegen das häufige Wechseln der Arbeiter treffen! Was das zu bedeuten hätte, darüber sagt das Christliche Organ:

„Eins ist sicher: Wenn der Bergbauliche Verein den Arbeitsnachweis in die Hand nimmt, wenn er mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandelt, wenn er versucht, die Arbeiter zu zwingen, sich als willenlose Arbeitstiere behandeln zu lassen, so wird dadurch der Friede in unserer Kohlenindustrie aufs ärgste gefährdet!“

Sodann fordert der „Bergknappe“ zur Kampfesorganisation auf! Der Gewerksvereinsvorsitzende Köster beschuldigt die Sozialdemokraten der „Deje“, das Gewerksvereinsorgan aber malt viel schlimmer wie die Sozialdemokraten den Schrecken einer Arbeitersperre durch den ungelindesten Felsenarbeiternachweis. Er würde die Vergleute zu „willenslosen Arbeitstieren“ herabdrücken und den Kampf in der Kohlenindustrie entfachen. So ruft das Gewerksvereinsorgan die Vergleute gegen einen Unternehmerplan zum Kampfe auf, den der Gewerksvereinsvorsitzende als „sozialdemokratisches Phantasieprodukt“ bezeichnet.

#### Vom Jammer des Strafvollzuges.

Am Juli lief eine Nachricht durch die Presse, die allgemeines Aufsehen erregte. Ein junger Mann von 20 Jahren, der wegen Einbruchsdiebstahl zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wie er behauptet unschuldigt, war im Gefängnis zu Glogau, wo er die Strafe verbüßte, vollständig erkrankt. Vereinst nach Verbüßung der ersten Hälfte der Strafe meldete er sich beim Gefängnisarzt Dr. Reumann und erklärte diesem, daß er auf dem linken Auge schielte. Der Arzt erklärte indessen, daß an dem Auge nichts wahrzunehmen sei, und verordnete ein — Einsehlaster. Als sich der Gefangene später nochmals meldete, beschrieb ihm der Arzt eine Salbe und erklärte im Übergen, er glaube nicht an ein Augenleiden, der Gefangene wolle sich nur von der Arbeit drücken. Dieser hat daraufhin, ihn durch einen Spezialarzt untersuchen zu lassen, der Gefängnisarzt aber erklärte, er sei selbst Spezialarzt, nannte den Kranken einen Schwindler und drohte, ihn als Simulanten zu melden. Der Gefangene gab sich nun alle Mühe, soweit es sein immer mehr abnehmendes Augenlicht zuließ, zu arbeiten, doch meldete er sich täglich beim Arzt, der aber dabei blieb, daß an dem Auge nichts zu finden sei. Nachdem schließlich der Kranke seinen Zustand an seine Eltern berichtet hatte, gelang es den Bemühungen seiner Mütter, eine Untersuchung durch einen Augenarzt durchzusetzen. Aber auch dieser erkannte das Augenleiden nicht und erklärte ebenfalls den Kranken für einen Simulanten. Dieser wurde nun deshalb und wegen „Arbeitsverweigerung“ mit fünf Tagen



**Strengem Arrest** und Entziehung des Arbeitsverdienstes für einen Monat bestraft. Gleichzeitig erklärte man ihm, daß man ihn so lange bestrafen werde, bis er genesen würde. Im Arrest erkrankte der also Gefesselte noch in anderer Art. Er litt an Schüttelfrost und Krämpfen. Das glaubte ihm der Arzt und sagte, er solle bitten, daß die Zelle besser geheizt werde. Diese Bitten waren jedoch ohne Erfolg. Als er dann nach Ablauf des Arrestes wiederum nicht arbeiten konnte und seine Blindheit beteuerte, mögen der Gefängnisverwaltung doch Bedenken aufgegeben sein. Er wurde wieder dem Spezialarzt vorgeführt, wo zufällig seine Mutter gerade anwesend war, um die Rechnung für die erstmalige Untersuchung zu bezahlen. Jetzt, elf Tage nach der ersten Untersuchung, sah sich der Arzt genötigt, der Mutter zu erklären: „Ihr Sohn ist tatsächlich blind.“ Er entschuldigte sich dabei, daß er bei der ersten Untersuchung durch ein Schreiben des Gefängnisarztes Dr. Neumann irreführt worden sei. Der Kranke kam hierauf in das Elisabeth-Krankenhaus in Glogau, wo er annähernd ein Vierteljahr, jedoch ohne Erfolg behandelt wurde. Die Zeit mußte er noch nachhaken und nach vollständig verheilte Strafe wurde er am 8. März d. J. entlassen. Die vollständige Erblindung wurde später auch in der Meyerschen Augenklinik in Breslau festgestellt. Der Entlassene ist dann auch körperlich schwer erkrankt und zwar an Rheumatismus, Luftröhrentarax, und ist schließlich kränklich geworden. Er gibt an, daß in der Zelle, in der er zuletzt untergebracht war, sich außer Krust- und Lungenleiden auch Syphilisstränge befanden.

Inzwischen hat der Erblindete den Versuch gemacht, das Armenrecht zu erlangen, um eine Schadenersatzklage gegen die beiden Ärzte führen zu können, doch wurde ihm dieses in allen Instanzen verweigert. Auch eine aus dem gleichen Grunde an den Kaiser gerichtete Immediatpetition hatte keinen Erfolg. Gegen den Justizfiskus schwebt jedoch zur Zeit ein Verfahren auf Entschädigung oder Rentenbewilligung, aus welchem Grunde der Blinde wieder längere Zeit in der Breslauer Universitätsklinik untersucht wurde, doch ist zurzeit über den Stand der Angelegenheit etwas Näheres nicht bekannt.

Tagen hat der Fall „Bereits“ zu einer „Reform“ der Glogauer Gefängnisverhältnisse geführt. Es wurde seinerzeit von der Presse auf die Gefahr hingewiesen, die die undurchsichtigen, aus gerilltem Glas bestehenden Scheiben der Fenster für das Schwermögen bedeuten. In Glogau hat man nun im Gefängnis die Fenster etwas vergrößert und die Zahl der Scheiben verringert, so daß diese jetzt dreimal so groß sein sollen als früher. Es mag wohl dadurch in der Zelle selbst ein wenig heller sein, von der Verwendung von Milchglast ist man aber nicht abgekommen. Es wäre ja auch wirklich eine allzu große Humanität, wenn die Gefangenen ein Stück Himmel oder die Umrisse eines Baumes oder Turmes durchs Fenster erblicken könnten. Die zweite „Reform“ besteht darin, daß Geheimere Sanitätsrat Dr. Neumann am 1. Oktober angeblickt freiwillig seine Stellung als Gefängnisarzt aufgegeben hat. Er ist annähernd 60-jährig. Früher war er Kreisphysikus. Als aber vor einigen Jahren das Geheiß über die Dienstleistungen des Kreisarztes in Kraft trat, sah er sich veranlaßt, wegen Kränklichkeit und hohen Alters sein Amt niederzuliegen. Sein Amt als Gefängnisarzt bekleidete er jedoch und man ließ es ihm trotz Alter und Kränklichkeit, in deren Folge er sich nur mit Hilfe eines Stodes fortbewegen konnte. Daß Dr. Neumann auch nach obigem Vorfall noch mehr als ein halbes Jahr im Amt bleiben konnte, wen wundert das? Und nicht, in seiner Hand lag ja nur das Wohl von „Sträflingen“.

#### Die Totschlagsaffäre des Leutnants v. Lesow.

Eine Korrespondenz meldet aus Posen vom 23. Oktober: Die Affäre des Leutnants v. Lesow fand heute vor dem Kriegsgericht einen überraschenden und wohl von niemand, selbst dem Angeklagten nicht erwarteten Abgang. Bei Beginn der Verhandlung, zu der 21 Zeugen und drei Sachverständige geladen und erschienen waren, stellte nach Verlesung der Anklageschrift Kriegsgerichtsrat Varenhprung mit Rücksicht auf die Gefährdung des Ansehens des Offiziersstandes den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen. Diefem Antrage entsprach auch tatsächlich das Gericht. Unter den obwaltenden Umständen muß der einzige anwesende Pressevertreter den Platz am Westende räumen. Dieser Beschluß ist umso bedauerlicher, als der Vorfall sich in der breitesten Öffentlichkeit abspielte und die Presse denselben in den verschiedensten Besarten schilderte. Nach den bei den Zeugen und sonstigen Beteiligten angestellten privaten Ermittlungen, in Verbindung mit den bei Verlesung des Urteils angegebenen Gründen, dürfte nachstehender Sachverhalt Anknüpfungspunkt haben: Nach Rückkehr des II. Posenschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 66 am 24. September d. J. veranfaßten die Offiziere des Regiments im Hotel de Volonne — Inhaber Nische — ein gemeinschaftliches Abendessen, bei dem der bei der dritten Batterie dienende Angehörige — der 31 Jahre alte Leutnant Aldo von Lesow, Sohn eines Rittergutsbesitzers auf Lohow in Kreis Biallitz, den geistigen Getränken reichlich zusprach und gegen 11 Uhr abends in stark bezechtem Zustande den Heimweg antrat. Er soll unterwegs seiner Stimmung recht lauten Ausdruck gegeben und diesfalls von einigen Jünglingen, darunter von einem Cavalier gehänselt worden sein. Dies gab dem Angeklagten Veranlassung, sofort blank zu ziehen und gegen die sich immer mehr ansammelnden Leute einzuhauern. Von der Uebermacht überwältigt, wurde Angeklagter zu Boden geworfen und ihm der Regen entrisen, wobei er selbst nicht unerheblich mißhandelt wurde. Durch die Dazwischenkunft des Polizeikommissars Jäger wurden die Leute beschwichtigt, dem Angeklagten der Regen zurückgegeben und dieser von dem Beamten in seine Wohnung geleitet. Sei es nun, daß Angeklagter die ihm wiederfahrenen schimpfliche Behandlung rächen wollte, oder wie er selbst angibt, daß er von einigen Personen durch höhnische Punkte auf neue gereizt worden ist, so viel steht nun fest, daß er sich mit einem doppelläufigen mit Schrotpatronen geladenen Jagdgewehr bewaffnete und in höchster Erregung auf die Straße fürzte. Im Ru war er wieder von einer Anzahl Menschen umringt, die versuchten, ihm das Gewehr zu entreißen. Der Oberwächter Nisch, der gleichfalls den Angeklagten zu beschwichtigen versuchte, wurde von ihm vor die Brust gestoßen, daß er zu Boden fiel. Der im Hotel Nische bedienstete Haushälter, 23 Jahre alte Josef Nisch, der dem Angeklagten gut bekannt war, und der öfters geschäftlich mit ihm zu tun hatte, versuchte gleichfalls ihn zu beruhigen, wurde aber mit der Drohung „Gehen Sie weg oder ich erschieße Sie!“ zurückgewiesen. In diesem Augenblick wurde der Leutnant zu Boden geworfen und verschiedene Personen versuchten ihm das Gewehr zu entreißen. Während einige an dem Laufe herumgerieten, trachten zwei Schüsse, von denen einer den Nisch in den Unterleib traf und dieser an den Folgen innerer Verblutung am nächsten Tage verstarb. Der Angeklagte behauptet, bei beiden Auftritten von der Menge schwer gereizt und angegriffen worden zu sein. Das er getan, habe er lediglich in Ausübung berechtigter Notwehr getan. Die Schüsse habe er nicht selbst abgegeben, sondern sie hätten sich durch einen unglücklichen Zufall selbst entladen. Seitens des Anklagevertreters wird eine Gesamtstrafe von 4 Wochen Gefängnis in Antrag gebracht. Das Gericht erkennt wegen der fahrlässigen Tötung auf 3 Wochen Gefängnis, wegen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf 2 Tage, die auf eine Gesamtstrafe von 3 Wochen 1 Tag Gefängnis zurückgeführt werden. — Wegen des Verstoßes gegen die militärische Dienstpflicht hat sich das Urteil der Ehrengerichtshof des Regiments vorbehalten.

Dies Urteil wird allerdings berechtigtes Aufsehen hervorrufen. Selbst wenn mit Recht eine fahrlässige Tötung angenommen würde, so ist doch völlig unverständlich, wie man auf ein so minimales Strafmaß kommen konnte, da doch bei fahrlässiger Tötung auf ein Strafmaß von drei Jahren Gefängnis erkannt werden kann. Auch wird es der jübile Verstand nicht begreifen können, daß einem Manne von so egoistischem Charakter und so geringem Verantwort-

lichkeitsgefühl auch nur einen Tag länger das Verfügungsrecht über die Söhne des Volkes belassen werden konnte! —

#### Die Firma Tippelskirch dementiert.

Die Firma Tippelskirch hat durch ihren Rechtsbeistand dem „Berl. Tagebl.“ folgende Erklärung zustellen lassen: „Unter Bezugnahme auf die Notiz im „Berliner Tageblatt“ vom 23. Oktober cr., in welcher erwähnt wird, daß sich in den Büchern der Firma v. Tippelskirch u. Co. zwei mysteriöse Teilhaberkonten finden, ein Konto P. und ein Konto St., deren Inhaber der Staatsminister v. Roddieloff und der Kolonialdirektor Dr. Stöbel seien, erkläre ich Ihnen im Auftrage der Firma v. Tippelskirch u. Co. folgendes: „Weder der ehemalige Geschäftsmittinhaber, jetziger Staatsminister v. Roddieloff, noch hat die Firma irgendwelche geschäftliche Beziehungen zu dem Direktor des Kolonialamtes Wilhelm Geheimen Legationsrat Dr. Stöbel.“

Das „Berl. Tagebl.“ hält nicht mit Unrecht dies eigenartig stillstehende „Dementi“ für Roddieloff für keineswegs entlastend. Die Form dieser Erklärung lege ja geradezu die Frage nahe, ob Roddieloff nicht indirekt beteiligt sei! Es sei deshalb unbedingt erforderlich, daß die Regierung eine Erklärung abgebe. Eine solche amtliche Erklärung müsse man glauben, wenn man nicht Beweise des Gegenteils in der Tasche habe. Das soll doch nicht etwa heißen, daß die Regierung überhaupt fähig sei, etwas zu dementieren, das dennoch bewiesen werden könne? —

#### Von der Fleischnot im ober-schlesischen Industriebezirk schreibt man uns:

Bei dem Städtchen Radowitz im Ratowitzer Kreise, dort, wo die drei Kaiserreiche Deutschland, Oesterreich und Rußland mit ihren Grenzen zusammenstoßen und die berühmte „Drei Kaiserreiche-Ecke“ bilden, führt eine hölzerne Treppe über den Grenzfluß Pzemsna in das russische Grenzstädtchen Modzejew. Dort herrscht gegenwärtig ein eigenartiges buntes Treiben. Tag für Tag ziehen in großen Scharen Männer, Frauen und Kinder von Radowitz her über die Modzejewer Brücke in die Stadt Modzejew, um dort Fleisch und Mehl einzukaufen und dann zurück nach Radowitz und in den Heimatsort zu wandern. Die Leute, in ihrer großen Mehrzahl Frauen und Mädchen, kommen von weit her, aus zahlreichen Orten des Radowitzer und Ratowitzer Bezirks, um drüben billigeres Fleisch zu kaufen, das im ober-schlesischen Industriebezirk nur zu unerschwinglichen Preisen zu haben ist. An Lohn- und Vorarbeiten — die ober-schlesischen Gruben- und Hüttenbarone zahlen ihren „Händen“ am ersten des Monats einen Teil des im vergangenen Monat verdienten Lohnes und nennen das noch „Vorschuß“ — und den Rest am 15. des neuen Monats — also an Lohn- und Vorarbeiten zieht den ganzen Tag ein ununterbrochener Strom von Menschen über die Brücke hin und her, oft mehr wie zehntausend Personen! Mehrere preussische Beamte haben unausgesetzt mit dem Anstellen der Grenzpassierscheine zu tun. Natürlich nutzen die Geschäftsleute drüben die Situation nach Kräften aus. Das Schweinefleisch ist so teuer wie nie zuvor, es kostet pro Pfund (400 Gramm nach russischem Gewicht) 60 Pf.; ist also immerhin noch erheblich billiger wie im teureren Vaterlande, und das zieht die Armen über die Grenze. Die übermüht gewordenen russisch-polnischen Fleischer und Händler erlauben sich die roheste Behandlung der zahllosen proletarischen Käuferinnen, die sie oft mit den gemeinsten Schimpfwörtern regalisieren. In dem Gedränge in den Fleischläden, an den Grenzübergängen und auf der Brücke treiben Taschendiebe ihr recht ertragreiches Handwerk. Kommen die Käufer mit ihren Fleischpaketen und Mehlstücken beladen zur preussischen Zollabfertigung zurück, so warten ihrer hier neue Annehmlichkeiten. Von den wenigen von der Arbeit fast erdrückten und daher nervös gewordenen Beamten werden sie durch angefahren, hin- und hergeschoben und müssen sich Viltationen der Kleidung und des Körpers gefallen lassen, die für weibliche Personen entwürdigend sind. Alle Augenblicke wird denn auch Kontorbande entdeckt, meist Fleisch, das über das erlaubte Maß hinaus von den Frauen unter den Kleidern eingeschmuggelt werden soll. Da wandern denn große Massen beschlagnahmten Fleisches in den Gasarjaltosen der Stadt Radowitz. Die armen Eriappten aber gehen betrübt und beschämt ohne Fleisch wieder nach Hause, wo man sich schon auf den jetzt so kostspieligen und seltenen Genuß eines Stückchens Fleisches gefreut hatte. —

Die Nordschleswig verpreußt wird. Anderswo macht die reaktionäre Staatsgewalt notgedrungen vor dem Bewußtseinleben der Unterdrückten Halt, in Nordschleswig sind nicht einmal mehr die Gedanken „zollfrei“. Das wurde am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Tostlund gerichtlich festgelegt. Dort stand wieder einmal einer der famosen Prozesse gegen das „Blau Liederbuch“ zur Verhandlung. Bis zum Mai dieses Jahres war das Buch, eine Sammlung der schönsten Lieder und Gedichte aus der nordischen Literatur, darunter auch Uebersetzungen klassischer deutscher Stücke, unbeanstandet in Nordschleswig vertrieben worden. Da wurden plötzlich an einem Tage, am 6. Mai d. J., vermutlich auf das Betreiben des Röllers überlassenen „Deutschen Vereins für Nordschleswig“ in einer Reihe von nordschleswigschen Städten Hausdurchsuchungen in den dänischen Buchhandlungen gehalten und die vorhandenen Exemplare des Liederbuches beschlagnahmt. Nach 14 Tagen wurden zwar die kassierten Bücher wieder zurückgeliefert, gegen die Buchhändler aber wurde wegen Vergehens gegen eine Verordnung aus dem Jahre 1866, die vom Vertrieb aufreizender Schriften handelt, Anklage erhoben. Eine Reihe dieser Prozesse ist bereits in erster Instanz zur Verhandlung gelangt. In Sonderburg, der gerichtlichen Domäne des Hauptmachers des „Deutschen Vereins“, des Anrichters Hahn, wurde der angeklagte Buchhändler freigesprochen und das Urteil ist, nachdem der Anwalt die zuerst eingelegte Berufung zurückgezogen hat, rechtskräftig geworden. In Apenrade wurde der Verleger des Buches, Fabrikant Andersen, zu 50 R. Geldstrafe, in Hadersleben zwei Buchhändler gleichfalls zu Geldstrafen verurteilt. In Tostlund, wo am Donnerstag gegen den Buchhändler Hansen verhandelt wurde, waren als Sachverständige Medaltur Svendsen von der Zeitung „Modermaalet“ in Hadersleben und der Gymnasialoberlehrer Professor Schröder aus Flensburg geladen. Der Angeklagte beantragte, den Professor Schröder, der ein röhriges Vorstandsmitglied des „Deutschen Vereins“, also jedenfalls nicht unbeeinträchtigt sei, abzulehnen. Er hatte mit diesem Antrag ebenso wenig Erfolg wie der Anwalt mit der Zurückweisung des Reklatur Svendsen, der dieselben politischen Ansichten habe wie der Angeklagte und ein Angestellter der Dänenpartei sei. Reklatur Svendsen gab das erste Gutachten ab. Er konnte aus seinen vielfachen Erfahrungen bei Versammlungen und auf Privatgesellschaften befehlen, daß die Lieder nie aufreizend auf die dänische Bevölkerung gewirkt hätten. Das sei begreiflich, denn die eigentlichen politischen Tendenzen seien, wie der Sachverständige im einzelnen nachweise, in die Sammlung nicht aufgenommen worden. Dann kam Professor Schröder an die Reihe. Verblüffend war gleich seine Angabe, daß mindestens 130 bis 140 Lieder in dem Buch als aufreizend anzusehen seien. Vor ein paar Wochen, vor dem Schöffengericht in Hadersleben, wo der Herr gleichfalls als Sachverständiger geladen war, hatte er erst 48 staatsgefährliche Stücke in dem Buche entdeckt. Das wäre also eine Zunahme von mehr als 120 Proz. in der kurzen Zeit. Da der Herr noch für weitere Prozesse in dieser Angelegenheit als Sachverständiger in Aussicht genommen ist und das Buch bloß 316 Stücke enthält, so wird man sich, wenn seine „Entdeckungen“ in demselben Tempo fortfähren, auf ein arithmetisches Wunder gefaßt machen müssen. Unter den Liedern, die nach der Anklage geeignet sein sollen, die Lösung Nordschleswigs von Preußen zu fördern, sühete der Sachverständige unter anderem auch ein im Norden berühmtes Kirchenlied des Bischofs Brorson von Schleswig an, der im 18. Jahrhundert lebte! In dem Liede finde sich nämlich die Stelle: „Hienieden muß erwartet werden“. Damit kam der Herr Professor auf die Methode zu sprechen, nach der er seine Sichtung vorgenommen habe. Es komme nicht auf den Wort-

laut des Textes an, harmlose Lieder würden dadurch gefährlich, daß die Nordschleswiger beim Singen aufreizende Meinungen und Gedanken hineinlegten. So wüßten sie beispielsweise, wenn sie fängen: Jög vil vaerge mit Land (ich will schlagen mein Land) ganz genau, welches Land gemeint sei. Die unter diesen Umständen die Nordschleswiger überhaupt noch den Mund aufzum können, ohne ein Staatsverbrechen zu begehen, ist ein Problem. Erstaunlich aber ist, daß das Gericht sich den Standpunkt des Prof. Schröder zu eigen machte und den Angeklagten, mit besonderer Bezugnahme auf das Schröder'sche Gutachten, zu 10 Mark Geldstrafe verurteilte. Die Germanisten in Nordschleswig können sich gratulieren, daß das Gericht den Antrag des Angeklagten, Georg Brandes als Sachverständigen zu laden, abgelehnt hat — der glänzende Stilist hätte sich die Gelegenheit gewiß nicht entgehen lassen, dem preussischen Staate aus seinem Kampfe gegen das kleine dänische Liederbuch eine nieder-schmetternde internationale Blamage herzu-

richten. — Das staatsgefährliche Gesangbuch. Die in Nordschleswig erscheinende Zeitung „Dannevirke“ macht darauf aufmerksam, daß zwei der von dem Professor Schröder in den Prozessen gegen das „Blau Liederbuch“ als besonders staatsgefährlich und aufreizend charakterisierten Lieder sich auch in dem schleswigschen Kirchen-Gesangbuch finden. Das eine ist das in dem Tostlunder Prozesse bereits erwähnte Kirchenlied des schleswigschen Bischofs G. A. Brorson, der im 18. Jahrhundert lebte; in dem Gesangbuch wird es als „Lied für Kranke“ bezeichnet und es preist die himmlischen Freuden im Gegenlag zur irdischen Trübsal. Das andere ist ein Kirchenlied, welches fast täglich in Nordschleswig bei Begräbnissen gesungen wird, und hat zum Verfasser den berühmten dänischen Klassiker A. Lehenschiäger. Das schleswigsche Gesangbuch aber ist vom königlich preussischen evangelisch-lutherischen Konsistorium in Kiel herausgegeben, gemäß einem Beschlusse der vierten ordentlichen Versammlung vom Jahre 1859. Beide aufreizende Kirchenlieder sind in unzähligen Fällen von preussischen Staatspredigern bei kirchlichen Handlungen in den dänisch sprechenden Gemeinden Nordschleswigs verwendet worden, und ähnliche Lieder, die nach dem gerichtlich anerkannten Gutachten des Prof. Schröder als staatsgefährlich zu bezeichnen sind, enthält das behördlich approbierte Gesangbuch noch viele. Wenn nun gegen die Herausgeber des „Blauen Liederbuchs“ strafrechtlich vorgegangen wird, so müssen auch die Herausgeber des Gesangbuchs verfolgt werden. Wir werden also demnächst das ergötliche Schauspiel erleben, daß gegen das königlich preussische Konsistorium in Kiel, an dessen Spitze der bekannte Theologe, Generalsuperintendent D. Kasten und mehrere angesehenen Juristen stehen, von der königlich preussischen Staatsanwaltschaft in Flensburg Anklage wegen Herausgabe und Verbreitung „aufreizender“ Lieder erhoben wird. Daß die Prozesse gegen das „Blau Liederbuch“ dieses Nachspiel haben werden, daran zweifelt „Dannevirke“ bei der bekannten Unparteilichkeit der „objektivsten Behörde der Welt“, der preussischen Staatsanwaltschaft, keinen Augenblick. Jedenfalls stellt es sich immer mehr heraus, daß die Beschädigte der nordschleswigschen Germanisation nach einem Chronisten, der über den Humor eines Cervantes verfügt, geradezu schreit. —

Wegen grober Mißhandlung eines Untergebenen, die er in Berlin auf offener Straße begangen hatte, hatte sich vor dem Kriegsgericht der Aufstärkungsschiffe in Kiel ein Maschinenmaat zu verantworten. Der Angeklagte befand sich Ende Juni dieses Jahres auf Urlaub in Berlin-Schöneberg. Am Sonntag, den 25. Juni, vormittags 10 Uhr, begegnete er in der Hohenstaufenstraße einer unbekannt gebliebenen Ordnung der Garde-Artillerie, die ihn vorchristlich grüßte. Ohne irgendwelche Veranlassung ging der Maat auf den Artilleristen zu, brüllte ihn an und schlug ihm heftig ins Gesicht. Der Soldat stand sofort stramm vor seinem Vorgesetzten und ließ einen Hagel von Schlägen und Stößen und eine Schmutzflut der unsäglichsten Schimpfwörter auf sich niederlaufen, ohne mit der Wimper zu zucken. Der Vorgang wurde von einer ganzen Anzahl Zeugen beobachtet, die in ihrer gerechten Empörung über die unqualifizierte Roheit Kiene machten, an dem Notwendigen Uniform Vandalismus zu üben, als dieser auf Veranlassung des Direktors des Carl Schuke-Theaters in Hamburg, Herrn Eugen Burg, der gleichfalls Zeuge gewesen, verhaftet und in einer Droschke nach der Wache des 3. Eisenbahn-Regiments gebracht wurde. Dort beklagte der Angeklagte den Schuhmann noch durch Redensarten, wie: „Sie erhalten ja für jede Anzeige 25 Pf., ich werde Ihnen 50 Pf. geben“ — „Sie schwören ja für eine Schrippe einen Meiseid“. Der grobe Ergeß konnte erst am vorigen Freitag zur Verhandlung kommen, da alle Nachforschungen nach dem Mißhandelten merkwürdigerweise bergablich gewesen waren. Die aus Berlin als Zeugen geladenen Zivilpersonen beschäftigten jedoch die Anklage in allen Stücken und hoben besonders hervor, daß der Mißhandelte, der seinen Feiniger vorchristlich grüßte, eine geradezu „bemunderungswürdige Disziplin“ gezeigt habe. Der Angeklagte wurde wegen der rohen Mißhandlung und Verleibigung des Untergebenen zu drei Monaten und wegen der Verleibigung des Schuhmanns zu drei Wochen, insgesamt zu drei Monaten, zwei Wochen Gefängnis verurteilt — in Anbetracht der gemeinen Ausbreitung gewiß eine milde Strafe, zumal wenn man bedenkt, daß der Untergebene, wenn er gegenüber den Mißhandlungen mehr Mensch als Soldat gewesen wäre, sich wahrscheinlich zeitweilig unglücklich gemacht hätte — denn dann wäre er vermutlich gefundener worden. —

#### Bayerischer Landtag.

München, 24. Oktober. Kammer der Abgeordneten. Im Laufe der heutigen Budgetberatung führte Hamerschmidt (lib.) aus, in der deutschen auswärtigen Politik habe sich vorher eine gewisse Unsicherheit gezeigt, aber in der Karollosangelegenheit habe sich der Mißgeschick des deutschen Mars wieder besser bemerkbar gemacht. Redner wandte sich im weiteren gegen die jüngsten Aeußerungen des Ministerpräsidenten Freiherrn von Podewils gegenüber dem Abgeordneten Dr. Casselmann und bemerkte, der Ministerpräsident habe auf die Frage nach der Homogenität des Ministeriums beleidigend geantwortet. Wollte das Gesamtministerium auch jetzt noch über den Parteien stehen oder wolle es lediglich der Volkstredere des Willens der Zentrumsmehrheit sein? Ministerpräsident Freiherr v. Podewils erwiderte, das Thema der auswärtigen Politik des Reiches sei für die Einzelkandtage nicht geeignet. Nach der Reichsverfassung habe der Kaiser das Reich völkerrechtlich zu vertreten. Was die neulichen Aeußerungen Dr. Casselmanns betreffe, so habe er, der Minister, jene Aeußerungen als schwere Verleibigung empfunden und in diesem Empfinden geantwortet. Die Frage, ob die Regierung nach wie vor über den Parteien zu stehen gelommen sei, könne er in unbedingtster Weise bejahen. Die Regierung habe nie daran gedacht, in dieser Beziehung eine Aenderung ihrer selbstverständlichen Haltung eintreten zu lassen.

Segitz (Soz.) wagt dem Landtage das Recht, auch die Reichspolitik zu besprechen, und schließt mit den Worten: Wir lassen uns dieses Recht nicht verkümmern. Ministerpräsident von Podewils erwidert: Reichsangelegenheiten können im Landtage nach Belieben besprochen werden, aber nur insoweit, als den Einzelregierungen durch die Reichsverfassung ein Einfluß zuerkannt ist. Das trifft zu, so weit die Zuständigkeit des Bundesrats geht. So war auch die darauf bezügliche Aeußerung des Fürsten Bismarck gemeint. Die auswärtige Politik des Reiches wird trotz des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten nicht vom Bundesrat, sondern vom Kaiser und dem verantwortlichen Reichskanzler gemacht. Hier im bayerischen Landtage ist kein verantwortlicher Minister für Reichspolitik. Also auch vom praktischen Gesichtspunkte wäre diese Sache im Reichstage zu behandeln. Präsident Dr. v. Deterer erklärt, er werde diese Angelegenheit prüfen und dafür sorgen, daß dem Landtage in keiner Weise verläßt werde, was er bisher ex loco et usu (nach Gesetz und Gebrauch) in Anspruch genommen habe. Er



werde gegebenen Falles eine Beschlußfassung des Hauses hierüber herbeiführen. Schließlich wird das Budget zum größten Teile dem Finanzausschuß überwiesen.

**Neue südwestafrikanische Verluste.** Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 16. Oktober auf Patrouille in der Nähe des Seebirges gefallen: Reiter Rudolf Köhler, geboren am 3. 4. 78 zu Dresden; Reiter Valentin Feilert, geboren am 11. 1. 80 zu Worms; Reiter Edmund Schmied, geboren am 18. 11. 81 zu Danzig.

**Bermund:** Reiter Nikolaus Golda, geboren am 1. 11. 82 zu Ober-Lagitz, Schuß rechten Oberarm und linken Unterschenkel; Reiter August Labahn, geboren am 1. 10. 82 zu Loddin, Schuß linken Unterarm und linke Hüfte; Gefreiter Karl Gölfer, geboren am 14. 5. 82 zu Pieschen, Schuß rechten Unterarm, Streifschuß Arm und Brust.

**Außerdem:** Reiter Hermann Kahler, geboren am 25. 4. 82 zu Berlingerode, am 21. Oktober im Feldlazarett 12 Lüderlybucht an Herzschwäche nach Typhus gestorben.

### Zur Marokko-Frage.

Die Ueberreichung gleichlautender Noten über das Programm der Marokko-Konferenz durch den französischen und den deutschen Gesandten machte, wie die „Times“ aus Tanger melden, auf den Sultan einen geradezu niederschmetternden Eindruck. Der Sultan hatte bis dahin Gottfurcht, Abweichungen im Wortlaut beider Noten würden ihm den Vorwand zu Ausfällen bieten, während jetzt der Maghzen nichts weiter tun kann, als das Programm annehmen.

**Genosse Schippel** schreibt uns zu einem Angriff der „Leipziger Volkszeitung“ gegen sein jüngst erschienenen Buch: Da ein Brief an die „Leipziger Volkszeitung“ für die nächste Nummer zu spät kommen würde und ich so rasch als möglich das Gros der Parteipresse erreichen möchte, so haben Sie vielleicht die Güte, das Folgende mitzuteilen:

1. Ich habe nicht die Absicht, der „Leipziger Volkszeitung“ direkt zu antworten; vielmehr habe ich das in der „Neuen Zeit“ nach.
2. Ich habe durch Vermittlung des Genossen Grenz um Einberufung einer Versammlung der organisierten Leipziger Genossen gebeten, um über die strittige Angelegenheit (die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen) in nächster Zeit zu referieren. Mag Schippel.

### Ausland.

#### Wird man das norwegische Volk fragen?

Die dänische Regierung und das Königshaus sollen eine Abstimmung des norwegischen Volkes zur Bedingung der Thronkandidatur des Prinzen Karl gemacht haben. Die Kopenhagener „Nationaltidende“ glaubt richtig unterrichtet darüber zu sein, daß dies das Ergebnis der langen Regierungskonferenz ist, die in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag stattfand. Die Abstimmung soll sich lediglich darauf erstrecken, wie weit die Mehrheit des norwegischen Volkes für den Prinzen Karl als König eingenommen ist. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt zwar noch nicht vor, doch wird sie sowohl in Kopenhagen wie in Kristiania für zutreffend gehalten, und sie erscheint ja auch durchaus nicht unglaubwürdig. Liegt es doch im eigenen Interesse Karls und der ganzen Familie, daß man sich vorher genau erkundigt, ob die Stellung in Norwegen auch eine dauernde ist und nicht vielleicht allzu unbehaglich, und ob der eigentliche Arbeitgeber auch wirklich das Bedürfnis empfindet, diesen überflüssigen Posten neu zu besetzen. Die Art, wie die Norweger mit dem alten Oskar fertig geworden sind, mag wohl auch als warnendes Beispiel dienen. Den norwegischen Monarchisten ist selbstverständlich der dänische Wunsch nach einer Volksabstimmung eine unwillkommene Ueberraschung. Ist man doch, wie behauptet wird, im National-Theater schon dabei, drei Festvorstellungen zum Empfange Hakons IX. einzustudieren! Man wird sich wahrscheinlich die gesamte Linke des Storchings dem dänischen Vorschlag anschließen, als dem aussichtsreichsten, und darauf scheint auch eine Depesche hinzudeuten, wonach die zehn Abgeordneten, die den Antrag auf Volksabstimmung stellten, sich in der gestrigen Storchings-Sitzung damit einverstanden erklärten, daß ihr Antrag später, und zwar zugleich mit dem in derselben Angelegenheit von der Regierung zu erwartenden Antrage beraten werde.

Eine Aeußerung in „Morgenbladet“ Sonnabendnummer läßt allerdings erkennen, wie man trotz einer Volksabstimmung das Volk mit der Monarchie betreiben kann. Das Blatt schreibt: „Daß Prinz Karl, wenn Norwegen von neuem und zum Ueberfluß das Königtum als geltende Verfassung festsetzt, nachher eine überwältigende Anzahl Stimmen erhalten, ja, ganz ohne Gegenkandidat sein wird, ist zweifellos. Ein solches Verbot ist deshalb unnötig, das werden auch unsere Republikaner einräumen.“ — Das norwegische Monarchistenblatt denkt sich die Sache offenbar so, daß das Storching erst die Aufrichterhaltung der Monarchie beschließen soll und dann dem Volke nichts als die Königswahl überläßt.

Das Gehalt für den neuen König ist übrigens schon im neuen Budgetvorschlag aufgeführt und zwar mit 750 000 Kr. Auch sonst bietet der Budgetvorschlag dem Volke keine angenehmen Ueberraschungen. Eine neue Zündholzsteuer von 1 Dore pro Schachtel, also 100 bis 150 Prozent des Verkaufspreises, soll 500 000 Kr. ergeben. Derselbe Summe soll die Staatslotterie ergeben und 600 000 Kronen sollen durch erhöhte Stempelsteuer aufgebracht werden. Die Gesamtsumme des Budgetvorschlages ist 93 400 000 Kr.

Kopenhagens „Social-Demokraten“ hat am Freitag im Folkethingssaal den Minister des Aeußeren befragt, warum er auf Borgbergs Anfrage über die dänische Thronkandidatur nicht antwortete. Darauf erklärte er: Weil die Sache überhaupt nicht offiziell besprochen werden kann, so lange keine offizielle Ablehnung des Thronangebotes vom schwedischen Könige vorliegt. Auf die weitere Frage, ob er Borgberg später antworten werde, sagte der Minister:

„Darüber kann ich mich in diesem Augenblick nicht äußern. Uebrigens glaube ich nicht, daß irgend ein Schritt getan würde, den man mir von irgend einer Seite zum Vorwurf machen könnte. Ich hoffe, später ein Blaubuch über die Sache dem Reichstag vorlegen zu können. Daraus wird unter anderem hervorgehen, daß wir in Dänemark nichts unternehmen haben, ohne sicher zu sein, daß man uns in Schwedens Hof- und Regierungskreisen volles Vertrauen und Wohlwollen bewahren wird.“

Kristiania, 24. Oktober. Der Antrag der zehn Storchingsmitglieder betreffend die Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform, dessen Beratung in der gestrigen Vormittags-Sitzung des Storchings auf Vorschlag des Präsidenten bis auf weiteres ausgesetzt wurde, wird morgen mittag 12 Uhr im Storching beraten werden. „Korste Intelligentskaber“ zufolge zählt die Storchingsmajorität jetzt 40 Mitglieder. Das Blatt

berichtet, Minister Borchner habe sich dem Finanzminister Rindöfen angeschlossen, der für die Volksabstimmung ist.

### Frankreich.

#### Ein neuer sozialistischer Wahlsieg.

Paris, 23. Oktober. (Fig. Ver.) Die Genossen von Toulouse, die erst kürzlich einen so glänzenden Sieg über die radikalsozialistischen Stadtbeherrscher davontrugen, haben gestern einen neuen Erfolg errungen. Es fand eine Radwahl für den Gemeinderat statt, bei der das Mandat des verstorbenen Deputierten und Bürgermeisters Verres neu zu besetzen war. Gewählt wurde der Kandidat der geeinigten sozialistischen Partei, Schriftsetzer Falandry mit über 12 000 Stimmen. Der offizielle Kandidat der radikalen Partei und der Gemeindegemeinschaft erhielt 8800, ein radikaler Dissident 1500 Stimmen. Der Sieg, der durch ein Extrablatt des neugegründeten sozialistischen Tagesblattes in der Stadt bekannt gemacht wurde, rief ungeheuren Jubel hervor. Tausende durchzogen mit roten Fahnen die Straßen, und vor der Mairie rief die Menge: „Demission! Demission!“ Man glaubt in der Tat, daß die radikale Mehrheit, der die Wähler eine so deutliche Abgabe gegeben haben, abhanden wird. Bald wird im Stadthause von Toulouse eine woletarische Mehrheit herrschen.

### Italien.

#### Die Hecke gegen den „Avanti“.

Rom, 22. Oktober. (Fig. Ver.) Der „Avanti“ ist in zwölf Tagen viermal beschlagnahmt worden und eröffnet heute eine Protestsammlung gegen die Uebergriffe des Staatsanwalts. Die erste Liste ergibt 50 Lire. Diese Form des Protestes hat einen sehr begreiflichen Grund, da jede Konfiskation das Blatt um Tausende von Lire schädigt. Bemerkenswert ist, daß der „Avanti“ immer erst beschlagnahmt wird, nachdem der Straßenverkauf in Rom bereits beendet ist, so daß der hiesige Leser die Beschlagnahme immer erst am folgenden Tage erfährt.

### Niederlande.

#### Protest gegen deutsche Polizeibergriffe.

Die Ausweisung des holländischen Korrespondenten Cah van Kalken vom Amsterdamer „Algemeen Handelsblad“ aus Preußen sowie die in Köln erfolgte Verhaftung und Ausweisung des Anarchisten Douela Rieuwenhuis bildete am Montag bei der Beratung des Budgets des auswärtigen in den Abteilungen der zweiten holländischen Kammer den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Man beschloß, von der Regierung Auskunft über die Beweggründe der deutschen Verhaftung zu verlangen.

### Amerika.

**Der Streit mit Venezuela.** Die Untersuchung des Streitfalles zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela, die in Washington geführt wurde, ist vorläufig abgeschlossen worden. Venezuela erbot die Anklage gegen den Asphalt-Trust, daß dieser die Revolution, die General Matos gegen die Regierung anzettelte, mit großen Geldmitteln unterstützt habe. Von der New York und Bermuda Asphalt Co. verlangte Venezuela einen Schadenersatz von 11 Millionen Dollar, und die Gerichte entschieden zugunsten der Regierung. Der Trust verlangte nun die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Die geführte Untersuchung ergab jetzt, daß die Anklage Venezuelas wohlbegründet war. Der Vizepräsident des Asphalttrustes mußte zugeben, daß der Rebellen general 100 000 Dollar erhalten habe. Der Vizepräsident behauptet aber, daß diese Summe nur gezungen gezahlt worden sei, damit das wertvolle Eigentum der Gesellschaft nicht zerstört würde.

**Streikämpfe in Chile.** Aus Santiago de Chile meldet das „Wolffsche Bureau“ im Offiziellen vom 23. Oktober: Die hiesigen Fleischer befinden sich im Aufstand. Infolge der Abwesenheit der Garnisonstruppen, die im Wandel sind, hat der Aufstand den Charakter einer ersten Ruhestörung angenommen. Gestern sah sich die Polizei wiederholt veranlaßt, auf den Vöbel zu schießen, der verlagte, Säuler zu plündern. Sieben Personen wurden getötet und 80 verwundet. Privatleute und Feuerwehrmänner wurden herangezogen, um die Polizei zu unterstützen, und patrouillieren, mit Flinten bewaffnet, in den Straßen. Die Unruhen dauern fort. Heute wurden fünf Personen getötet. Der Kriegsminister ordnete schleunigste Entsendung von zwei Regimentern aus dem Wandel an. Wie berichtet wird, sind jedoch die Schienenwege ausgerissen worden, um die Ankunft der Truppen zu verhindern. Der Geschäftsverkehr ist vollkommen lahmgelegt.

## Die Revolution in Rußland.

### Die Streikbewegung.

Moskau, 23. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Da der Postverkehr infolge des Ausstandes der Eisenbahnangestellten eingestellt ist, wird die Handelskorrespondenz der Stadt Moskau mit der Provinz auf telegraphischem Wege bewerkstelligt. Moskau besitzt noch für acht Tage Vieh, für drei Wochen Pöfelsteine und für fünf Tage Molkerei-Erzeugnisse. Die Fleischpreise schlagen auf. Milch mangelt fast vollständig. Der Minister für Verkehrsangelegenheiten Fürst Chilkow hält die Lage für ernst. Der Wirtschaftsbericht zeigt eine stufenweise fortschreitende Verteuerung der Nahrungsmittel voraus.

Eine Abordnung von Ausständigen begab sich zum Verkehrsminister und forderte die Gewährung von politischen Rechten und die Freilassung der in Haft genommenen Personen, Dinge, die seiner Machtbefugnis in keiner Weise unterstehen. Fürst Chilkow sprach (so verliest das offizielle Telegramm) in freundlicher Weise mit den Mitgliedern der Abordnung und erinnerte daran, daß er früher, als er noch Arbeiter gewesen sei, in England und Amerika 16 Stunden am Tage gearbeitet habe, um sein Einkommen zu erhöhen. (Mührend!) Der Fürst wies ferner auf die größere Leistungsfähigkeit der ausländischen Arbeiter sowohl in bezug auf Quantität wie Qualität der Arbeitsleistung hin und stellte fest, daß deren Einkommen dieselbe Höhe habe wie das der russischen Arbeiter.

Einen Arbeiter, der hierauf erwiderte, 16 Arbeitsstunden liefen keine Zeit zur Lektüre und zur Fortbildung, antwortete Fürst Chilkow, es sei nichtsdeutlicher möglich, eine Stunde der Lektüre zu widmen. Er arbeite selbst mehr als die Arbeiter und habe seine Augen durch seine angepöngelte Tätigkeit verdorben. (Der Kernste!)

Der Bürgermeister von Moskau ist davon in Kenntnis gesetzt worden, daß die städtischen Arbeiter in den allgemeinen Aufstand zu treten beabsichtigten, falls ihre Forderungen nicht bis zum 28. Oktober bewilligt würden.

Petersburg, 24. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Frage des Ausstandes der Eisenbahnbeamten in Petersburg ist noch nicht entschieden. Die Agitatoren halten den allgemeinen Aufstand für nötig, besonders den der Telegraphenbeamten, weil es dann möglich sein würde, den Zugverkehr zu unterbrechen. Die endgültige Entscheidung wird bis spätestens Sonnabend erwartet.

Charkow, 24. Oktober. Die Arbeiter plünderen gestern die Woffenläden und bewaffneten sich. Die Zeitungen erscheinen nicht. Ein Teil der Bäckereien ist zerstört worden, in den anderen ist die Arbeit eingestellt. Schon heute macht sich Mangel an Brot und Lebensmittel geltend. Auf heute früh um 10 Uhr war eine Versammlung in der Kolomoisfabrik angesetzt. Man erwartet, daß blutige Zusammenstöße dabei stattfinden werden. Die Zahl der gestern verwundeten Personen ist groß.

Charkow, 24. Oktober. Gestern Abend fand eine Versammlung statt, an der etwa 20 000 Arbeiter, Studenten, Schüler und Bürger teilnahmen. Der Ruf: „Kosaken kommen!“ rief eine Panik hervor, wobei viele Personen verletzt wurden. Nach Herstellung der Ordnung dauerte die Versammlung fort. Beim Auseinandergehen stieß die Menge mit einer Kavallerieabteilung zusammen. Die Menge feuerte Revolvergeschosse ab und warf Petarden. Die Truppen gaben drei Salven ab, davon zwei blinde; auf beiden Seiten wurden viele verwundet.

Sarotow, 23. Oktober. Die Eisenbahnangestellten haben auch hier heute die Arbeit niedergelegt und gemeinsam mit den Arbeitern eine von 3000 Personen besuchte Versammlung veranstaltet, in der eine gesetzgebende Körperschaft verlangt wurde. Heute Abend wurde eine zweite von annähernd 5000 Personen besuchte Versammlung abgehalten. Die Angestellten der industriellen Betriebe haben sich der Bewegung angeschlossen.

Jelaterinoslaw, 23. Oktober. Der Eisenbahntelegograph ist beschädigt. Der Bahnhof wird von Truppen bewacht. Für morgen wird hier mit einem Ausstand der Handwerksgehilfen und Handelsgesellen gerechnet. Die Bahn- und Telegraphen-Angestellten haben die Arbeit bereits eingestellt. Der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen. Droschken fehlen ganz. Der Bahnhof und der Güterladeplatz liegen im Dunkel. Die Fabrikarbeiter sind in zwei von ihnen selbst zusammengestellten Jüngen nach den Vororten abgefahren; infolgedessen wird auch in den Fabriken gefeiert.

### Liberale Ausstreunungen.

London, 24. Oktober. („Bureau Laffan.“) Von hoher Seite erfährt der Petersburger „Times“-Korrespondent, daß die russische Regierung beschließen hat, die von den Reformern verlangten vier Volksrechte, jedoch mit gewissen Beschränkungen, zu gewähren. Ferner wird im Ministerium ein Entwurf zur Verteilung von Staatsländereien an Bauern ausgearbeitet.

London, 24. Oktober. („Bureau Laffan.“) Graf Witte hat, wie der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, in der inneren Politik einen Sieg über seine Gegner davongetragen. Nach langen heißen Erörterungen unter den vertrauten Ratgebern des Zaren wurden die großen Fragen im Sinne Wittes entschieden, der den Zaren von der Notwendigkeit der Gewährung von Volksrechten überzeugte. Es wurde ein Erlaß aufgesetzt, der zur Veröffentlichung fertig ist, worin Pressefreiheit erteilt wird. Ein weiterer Erlaß, der Vereins- und Versammlungsrecht gewährt, wird gegenwärtig ausgearbeitet. Der Zar billigte Wittes Ansichten über die Bildung eines Ministerkabinetts und bot dem Grafen Witte selbst den Posten des Ministerpräsidenten an. Witte hat den Zaren jedoch, aus Gesundheitsrücksichten, erst andere Staatsmänner zu befragen. Er ist eventuell bereit, eine derartige Stellung anzutreten, will jedoch kein Portefeuille übernehmen.

Petersburg, 24. Oktober. In den nächsten Tagen wird die Veröffentlichung eines Erlasses betreffend die Bildung eines Ministerkabinetts unter Witte erfolgen. Der Sieg Wittes — das bedeutet den Triumph der „Liberalen“ Verräterei über die Revolution!

### Der Milliardenpomp.

Petersburg, 23. Oktober. (Laffan-Meldung.) Alle in der Anleihefrage hiezu weilenden Vertreter ausländischer Banken begaben sich ins Finanzministerium, wo sie vom Finanzminister Sokolow zusammen empfangen wurden. Die Verhandlungen, die vom Minister Sokolow eröffnet wurden, dürften mehrere Tage dauern. In hiesigen Bankkreisen verlautet, die Regierung beabsichtige, die Anleihe vierprozentig zu gestalten und sie dem internationalen Uebernahme-Syndikat zu 87 1/2 zu überlassen. Der Ausgabekurs sollte 90, der Gesamtbetrag der Anleihe 1 800 000 000 Fr. betragen. Die französischen Bankiers würden die größten Einzelbeträge übernehmen.

### Duma-Bojkott.

Petersburg, 23. Oktober. In Jurjewoz (Gouv. Kosiroma) beschloß heute eine Versammlung von etwa dreihundert Bauern aus den Nachbardörfern, an den Wahlen zur Reichsduma nicht teilzunehmen, da sie diese als keine wahre Volksvertretung ansehen, jeder, der an dieser Wahlkommission teilnehme, solle als Verräter und Feind der Volksfreiheit gelten. In Arzmenischug fanden mehrere öffentliche Versammlungen statt, in denen zur Boykottierung der Reichsduma aufgefordert wurde. In Jelaterinoslaw veranstalteten die Schüler der Mittelschulen, die sich weigern, den Unterricht zu besuchen, eine öffentliche Kundgebung.

### Glückliche Fahrt.

Biathof. (Fig. Ver.) Aus dem hiesigen Gefängnis sind fünf politische Inhaftierte (Mitglieder des „Bundes“) glücklich entflohen.

### Zur sozialdemokratischen Bewegung.

In Rußland hat eine wichtige Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen stattgefunden, auf welcher die Frage der Taktik in bezug auf die Duma erörtert wurde.

In der Konferenz waren die zentralen Komitees folgender Organisationen vertreten: 1. der beiden Fraktionen der „Soz.-dem. Partei Rußlands“, 2. des „Bundes“, 3. der Sozialdemokratie Polens und Litauens, 4. der Lettischen und 5. der ukrainischen Partei. Alle Organisationen, mit Ausnahme der Jskra (Minderheitsfraktion der sozialdemokratischen Partei Rußland), haben einen Beschluß des aktiven Boykotts der Duma gefaßt.

Dieser Beschluß wurde nachträglich von der armenischen sozialdemokratischen Organisation akzeptiert; letztere war verhindert, an der Konferenz teilzunehmen.

## Die Berliner Kommunalwahlen.

Die Wahlbewegung ist nun in vollem Gange. Am Montag und gestern fanden eine Reihe von Wählerversammlungen statt, denen heute noch einige folgen sollen. Ueber den Verlauf der Versammlungen gingen uns folgende Berichte zu:

**Erster Kommunal-Wahlbezirk.** Der sozialdemokratische Wahlverein des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises hatte zum Montag nach Tafelsaal eine Agitationsversammlung einberufen, um auch in diesem Viertel des ersten Kommunal-Wahlbezirks die Propaganda für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen einzuleiten. Leider war die Versammlung nur sehr schwach besucht. Stadtverordneter Genosse Borgmann legte den Anwesenden in einem vorzüglichen Referat die Bedeutung der Kommunalwahlen für die Partei klar und kritisierte an der Hand seiner langjährigen Erfahrungen, die er im Stadtparlament zu sammeln Gelegenheiten hatte, das rücksichtige, meistens nur dem nackten kapitalistischen Masseninteresse dienende Verhalten der Freisinnsmajorität im roten Saale. Schwarz wandte er sich hierbei gegen eine Behauptung des freisinnigen Stadtverordneten und Landtags-Abgeordneten Rosenow, die bekanntlich dahin ging, als sei die sozialdemokratische



Stadtverordneten-Fraktion schuld daran, daß die Große Berliner Straßenbahn seinerzeit nicht in städtischen Besitz übergegangen sei. Redner begründete diese Behauptung ausdrücklich als eine wissenschaftlich unzutreffend und wies dann unter Bezugnahme auf das derzeitige Situationsdiagramm die völlige Haltlosigkeit des Rosenow'schen Schwindels nach. Zum Schluß seiner sehr beifällig aufgenommenen Ausführungen erwähnte er die Anwesenden dann dringend, in der Agitation für den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Schuldigkeit zu tun, damit der Wahltag ein Siegestag für die Partei werde. Diefelbe Ermahnung richtete auch der Vorsitzende Seiler in seiner Schlussansprache an die Versammlung.

Die Kommunal-Wählerversammlung im 3. Wahlbezirk war von ungefähr 100 Personen besucht. Die Referenten, der Kandidat des Bezirks Joh. Sassenbach und Stadtv. Augustin legten in vorzüglichen Ausführungen dar, wie notwendig es sei, daß auch der 3. Wahlbezirk im roten Hause sozialdemokratisch vertreten werde. Nach Begehung der Städte-Ordnung und des Dreiklassen-Wahlrechts besprachen die Referenten ausführlich die sozialdemokratischen Forderungen und schlossen mit dem Appell an die Anwesenden, am 8. November ihre Stimme dem Genossen Sassenbach zu geben.

Die Versammlung für den 16. Kommunal-Wahlbezirk in den Ritterfälen war von circa 100 Personen besucht. Nach einem Referat des Genossen Dr. Jadel nahmen die Genossen Stadtv. Cwald und Gottfried Schulz in der Diskussion das Wort. Zum Schluß machte der Vorsitzende Friß darauf aufmerksam, daß am nächsten Montag wiederum eine Kommunalwählerversammlung für den 16. Bezirk stattfinden wird, in der Dr. Silberstein über unsere kommunalen Forderungen und der Kandidat über unsere Forderungen an die Schule sprechen wird.

Aufgeleitet unter eigentümlichen Umständen wurde die Versammlung des 19. Bezirks, die bei Pippke in der Melchiorstraße 15 lagte. Ordnungsgemäß war die Versammlung, ohne daß von den beiden überwachenden Beamten irgend welche Bedenken erhoben wurden, eröffnet worden und der Referent, Stadtverordneter Cwald, hatte bereits mit seinem Vortrage begonnen. Da erschien plötzlich und unerwartet ein dritter Beamter, der Revierleutnant im Saal, fiel dem Redner ins Wort, erklärte, das Lokal sei ungeeignet zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung und forderte die Anwesenden, für die übrigens Platz mehr als genug vorhanden war, zum Verlassen des Saales auf. Der Vorsitzende Genosse König erwiderte, wenn die Versammlung aufgelöst werden solle, so sei das doch Sache der überwachenden Beamten. Saal hatte er diese Worte gesprochen, da erhob sich der Wachmeister und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Die Anwesenden begaben sich dann nach der Versammlung, die bei Bogt in der Ritterstraße lagte. — Gegen die Auflösung wird selbstverständlich Beschwerde erhoben werden.

In der öffentlichen Kommunal-Wählerversammlung für den 20. Bezirk teilte in kurzen scharfen Zügen Franz Koyke die Tatsachen der Freiheitskämpfer im roten Hause. In allen Fragen, sei es auf dem Gebiete der Wohnungsfragen, der Schule, der Gesundheits- und Krankenpflege usw. trete der Freisinn möglichst alle Forderungen nieder. Darum hinaus mit diesem Klänge aus dem Stadtverordneten-Parlament. Tue jeder seine Pflicht, damit auch über den 20. Bezirk nach dem 8. November das Banner der Sozialdemokratie wehe. Der Kandidat Walder Manasse schloß sich in einer kurzen Ansprache den Ausführungen des Referenten an und schloß mit den Worten: „Vorwärts, alle Kräfte angepannt! Hinein in den Kampf, damit der Sieg unser sei!“

Am 21. Kommunal-Wahlbezirk lagte die Versammlung bei Siebert in den Andreas-Frisfälen, Andreasstraße 21. Es sprach Stadtverordneter Genosse Brunz über die schon bekannnten Aufgaben, welche die sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament haben. In der Diskussion sprachen der Kandidat des Kreises, Genosse Wille, Genosse Kaumann und Genosse Wachtel. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Wächter zur regen Agitation auf.

Die starkbesuchte Versammlung für den 27. Kommunal-Wahlbezirk, die bei Pippke lagte und wo Genosse Singer referierte, trug einen besonderen Charakter. Sie diente besonders dazu, auch die Frauen für die kommunalen Fragen zu interessieren. Wir bringen darüber noch einen ausführlichen Bericht.

Die Versammlung für den 33. Kommunal-Wahlbezirk lagte bei Schulz in der Velfortstraße. Genosse Karl Koblenzer referierte vor etwa 200 Personen. Er kritisierte scharf das Verhalten der Freisinnsmajorität im roten Hause, wiederholt den Beifall der Versammlung wachrufend. Eine Diskussion fand nicht statt.

In einer sehr gut besuchten Versammlung des 38. Kommunal-Wahlbezirks sprach Stadtv. Schubert über die Forderungen der sozialdemokratischen Partei in den Kommunen. In zutreffender Weise schilderte er die Mängel der freisinnigen Stadtverordneten auf dem Gebiete der Schule, des Armenwesens und des Verkehrs. Zum Schluß seines beifällig aufgenommenen Vortrages forderte er die Versammelten zur regen Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen auf. Der Kandidat des Bezirks Genosse Mars ergänzte in wirksamer Weise die Ausführungen und gab das Versprechen, im Falle seiner Wahl für die sozialdemokratischen Forderungen einzutreten. Jandt kritisierte das rückständige Verhalten der Stadtverwaltung bezüglich der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel und forderte die sozialdemokratischen Vertreter auf, immer wieder diese Forderung zu erheben. In kräftigen Worten erludete Genosse Witthof als Vorsitzender die Genossen, am Tage der Wahl ihre Schuldigkeit zu tun und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Versammlung bei Müller in der Bodenstraße 12, in der Genosse Krons referierte, war gut besucht. Eine Diskussion nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Der Vorsitzende Joseph erwähnte die Versammelten, das Gebiete zu beherzigen und am 8. November Mann für Mann für den Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen.

Die gutbesuchte Versammlung für den 46. Kommunal-Wahlbezirk lagte im Kösliner Hof. Genosse Hinge schilderte mit treffenden Worten die Freisinnsmehrheit im roten Hause, die Mängel der Schule und die Ungerechtigkeit des Klassenwahlrechts. Speziell rügte Hinge die Stellungnahme der Stadtverordneten-Majorität bei der Ausperrung der Elektroindustrie. Auch aus der Armenverwaltung führte Redner drastische Beispiele an, die den Unwillen der Versammlung erregten. In der Diskussion schilderten die Genossen Wälder und Deutlich die Langsamkeit in der Ausführung der städtischen Bauten und die Unanständigkeit bei der Gewährung der Lehrmittel. Genosse Ernst forderte in kräftigen Worten zur Teilnahme an der Wahlarbeit auf und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie.

## Verfassungen.

Der Arbeitervertreterverein setzte am 12. Oktober in einer außerordentlichen Generalversammlung die Diskussion vom 7. September fort. Es handelte sich um die Frage, ob der Arbeitervertreterverein noch existenzberechtigt wäre, nachdem die Vorbereitung der Wahlen zu den sozialpolitischen Körperschaften und die Aufkündigung der in andere Hände übergegangen sei.

(Gewerkschaftsausschuss und Arbeitersekretariat). Zunächst berichtete Post über die Konferenz des Vorstandes mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission und den Arbeitersekretären, die seit der letzten Versammlung des Vereins stattgefunden hat. Man habe seitens der Gewerkschaftsvertreter zwar erklärt, daß man nichts gegen den Verein habe, schließlich aber doch den freundschaftlichen Rat gegeben, den Verein aufzulösen. — In der Debatte sprachen sich alle Redner, mit einer Ausnahme, dahin aus, daß der Arbeitervertreterverein auch jetzt noch eine größere Bedeutung habe. Diese wurde namentlich darin gesehen, daß hier eine Stelle sei, wo die Funktionäre der sozialen Redrupflege und der sozialpolitischen Institutionen, soweit sie aus den Arbeiterkreisen genommen würden, durch Austausch ihrer praktischen Erfahrungen und auch sonst sich gegenseitig belehren könnten. Doch auf diesem Gebiete der Gewerkschaftsausschuss bzw. die Arbeitersekretäre als dessen Beauftragte ernstliches leisten könnten, wurde stark bezweifelt, schon wegen ihrer Überlastung mit anderen Arbeiten. Dann aber auch betonte man, daß der Stuttgarter Gewerkschaftskongress nicht ohne die Vorbereitung der Wahlen zu den sozialpolitischen Institutionen z. B. übertragen hätte. Es sei vielmehr ausdrücklich bestimmt worden, daß dies im Einvernehmen mit den Arbeitervertretervereinen, wo solche beständen, zu erfolgen habe. Bei den letzten Wahlen habe der Beauftragte des Ausschusses der Gewerkschaftskommission sich darum nicht gekümmert, sondern habe fast nur allein mit den verschiedenen Gewerkschaftsleitern die Aufstellung der Kandidaten befaßt. Diese Angelegenheit wurde im Laufe der Debatte mehrfach berührt, wobei scharfe kritische Neußerungen fielen. Es wurde verschiedentlich verlangt, daß der Stuttgarter Beifall beachtet werde. Mehr Rechte, als darin festgelegt, beantrug man nicht.

Schließlich wurde einstimmig folgendes beschlossen: „Die Versammlung hält zurzeit die Auflösung des Vereins für unzumutbar und erwartet, daß der Gewerkschaftsausschuss, so lange derselbe besteht, die Beschlüsse des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses anerkennt und danach handelt.“

Im Anschluß an einige Ausführungen in der Diskussion, daß von einem Arbeitersekretär dem Anschluß an den Arbeitervertreterverein entgegengetreten werde, wurde noch weiter beschlossen: „Die Versammlung ist der Ansicht, daß es für jeden Vertreter, der auf Grund der sozialpolitischen Gesetzgebung gewählt ist, Pflicht sei, dem Arbeitervertreterverein beizutreten.“

Darauf erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Gewählt wurden zu Vorsitzenden Pieschel und Post, zu Kassierern Stumpfe und Schulz, zu Schriftführern Stügelmeier und Simanowski und zum Archivar Wolderski.

Schlächtergefellens-Versammlung. Die im Schlächtergewerbe Berlins und Umgegend beschäftigten Gesellen und Mannsells hielten Sonntag eine Versammlung ab in welcher zunächst Fränkel Jda Altman einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag hielt über: „Der Kampf um die Existenz“. Daran schloß sich ein Referat von Hensel über das Thema: „Die städtische Gewerbeinspektion und die Beseitigung der schlechten Schlaf- und Arbeitsräume“. Schon zu wiederholten Malen seien der Gewerbeinspektion Fragebogen zugegangen, die über schlechte Schlaf- und Arbeitsräume ausgefüllt waren. Darauf sind sofort amtliche Untersuchungen vorgenommen worden, die das in den Fragebogen besagte bestätigten. Den betreffenden Meistern sei dann aufgegeben worden, die Mängel binnen kürzester Zeit zu beseitigen; auch seien verschiedentlich Schlaf- und Arbeitsräume als solche zu benutzen verboten worden. Die ausgefüllten Fragebogen, deren jetzt schon wieder eine große Anzahl dem Verbandsvorstand eingekam, seien eine gute Waffe zur Beseitigung oder mindestens zur öffentlichen Brandmarkung der vorherrschenden traurigen Verhältnisse. Redner forderte dringend, daß noch bedeutend mehr Fragebogen ausgefüllt werden und wendet sich besonders an die Verkäuferinnen, deren Verhältnisse nicht besser als die der Gesellen seien. Die geschlichen Bestimmungen bezüglich der einstündigen Ruhepause für das Ladenpersonal werden von seinem Meistersmeister beachtet, ebenso wie die Sonntagruhe für dieses Personal nur auf dem Papier steht. In der Diskussion wird der Stellenwucher im Schlächtergewerbe einer Kritik unterzogen. Sein geriebeneres Treiben kann es wohl im gewerblichen Leben geben, als das der Stellenvermittler. Die Zustände auf dem Gebiete der Berliner Arbeitsvermittlung sind schon längst gemeingefährlich geworden. Gleich Räuberbanden und Leichenschlepper treiben es viele Stellenvermittler seit Jahren, den arbeitslosen Gesellen das Fell über die Ohren zu ziehen. Selbst vor und in der Markthalle lungern diese Ausfänger umher, um mit einem Meister, den sie aus Korn genommen haben, ihre Vermittlungsgeschäfte zu machen. Helfershelfer dieses Stellenwunders sind die Meister, die ihr Personal durch solche Leute beziehen. Nach dem Statut der Innung soll jeder Innungsmeister seine Arbeitskräfte nur vom Innungsnachweis beziehen; aber wer fragt danach? Viele Meister geben feilenlos zu den privaten Vermittlern, da nicht sie, sondern die Gesellen die Gebühren zu zahlen haben usw.

Eine Reihe Burschfahrten haben mit dem Verbands-Vorträge abgeschlossen auf folgender Grundlage: „Der Windelwischenlohn beträgt 10 M. bei Kost und Logis im Hause des Meisters. Die Kündigung und Entlassung geschieht am Mittwoch. Innehaltung der geschlichen Sonntagruhe. Die Arbeitszeit beträgt täglich 12 Stunden, einschließlich der Pausen. Die Arbeitskräfte werden nur vom Nachweis des Zentralverbandes bezogen. Die Schlaf- und Arbeitsräume der Gesellen können von hierzu bestimmten Gesellenvertretern kontrolliert werden. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation darf kein Geselle entlassen werden.“ Der vorzulesende ist, daß die Burschfahrt West Nachfolger, Schöneberg, sich freiwillig verpflichtet hat, einschließlich Kost und Logis den Gesellen 12 M. die Woche zu zahlen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend besaßte sich am Sonntag in einer außerordentlichen Versammlung mit der Zentralrats-Resolution. Den einleitenden Vortrag hielt Albert Juppenlag über das Thema: „Wandlungen innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die Stellung unserer Organisation zu den letzten Ereignissen“. Er bemerkte unter anderem, man habe wohl versucht, die Anhänger der Zentralrats-Resolution aus der Partei hinauszugradeln; es habe sich aber gezeigt, daß diese Resolution ihnen sowohl wie den sogenannten isolistischen Gewerkschaften überhaupt nicht geschadet habe. Es sei Bebel zwar gelungen, den Abbruch zwischen Partei und Zentralverbänden zu verneinern, doch sei dieser Abbruch nicht vorhanden. Tatsächlich gäbe es zwei Richtungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Der Redner beleuchtet dann seiner Auffassung gemäß diese beiden Richtungen und fährt unter anderem an, daß v. Elm noch im Jahre 1900 in der Zentralratsklärung der Zentralverbände seine Schädigung der Partei erklärt habe, wogegen er nun auf dem letzten Parteitag schwere Bedenken dagegen äußerte. Darüber, daß der „Vorwärts“ den Ausgang des Kampfes in den Elektrifizierungsfragen offen und ehrlich als eine Niederlage der Arbeiter bezeichnete, äußerte der Redner lebhafteste Befriedigung. Er ging des weiteren auf verschiedene Vorfälle und Neußerungen von Parteigenossen über die Zentralrats-Resolution ein und erklärte unter anderem auf einige Bemerkungen von der letzten Generalversammlung des Zentralrats, wonach die Kolonialisten von der Partei verbannt sein sollten und sie sich nun nach Babels Tod Friedberg zum Führer auszuwählen hätten, daß er, Redner, von solcher Verhöhnung nichts gespürt habe und daß Babel niemals eine führende Rolle bei ihnen gespielt habe, wie denn überhaupt von eigentlichen Führern in den Gewerkschaften dieser Richtung, wo der Wille der Mitglieder maßgebend sei, nicht die Rede sein könne. Was Friedberg über die Versumpfung durch den Parlamentarismus gesagt habe und was darüber in der Resolution stehe, habe ja Bringsmann, der Vertreter des Zentralverbandes der Zimmerer, ebenfalls schon ausgeführt, und das sei

ihm nicht als ein schweres Vergehen angesehen worden. Zum Schluß empfahl der Redner der Versammlung, sich mit der Zentralrats-Resolution und mit der Erklärung des Kartells dazu einverstanden zu erklären.

In der Diskussion sprachen Reepschläger, Weisel und Labitzki wesentlich im Sinne des Referats. Doch bemerkte der erste Diskussionsredner unter anderem, daß man Babel wohl in gewissem Sinne als einen Führer bezeichnen könne. Babel erklärte der Redner, daß zur Durchführung eines Generalrats eine gut disziplinierte Masse notwendige Voraussetzung sei. — Die Diskussion selbst wurde gegen 1 Uhr vertagt; sie soll in der nächsten Mitgliederversammlung fortgesetzt werden.

Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die am nächsten Sonntag stattfindende Generalversammlung aufmerksam, in der wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Der Zentralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin) hielt am Montag in der „Harmonie“, Invalidenstr. 1, eine nur sehr schwach besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Bräuner über „Die Arbeiterbewegung einst und jetzt“ erwähnte der Vorsitzende Witz die Anwesenden dringend, jetzt auch unter allen Umständen die seit Oktober vertragsmäßig geltende achtstündige Arbeitszeit einzuführen. Im Laufe der letzten Woche sei es wiederholt vorgekommen, daß Meister und Bohrer an die bei ihnen beschäftigten Zimmerer das Ankommen gestellt hätten, länger wie acht Stunden zu arbeiten. Seiner seien eine Anzahl Zimmerer auch den diesbezüglichen Wünschen der Meister nachgegeben. Da nun in der Nichterhaltung der tariflichen Arbeitszeit ein Verstoß gegen die Tarifbestimmungen liegt, so hätten die Kameraden die unbedingte Pflicht, jeden Fall von verlängerter Arbeitszeit zu melden, damit sofort Remedur geschaffen werden könne. — Sodann wurde noch auf den Streik der Bohrer aufmerksam gemacht und zur moralischen Unterstützung der Streikenden aufgefordert.

In einer Sandepusierten-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer, die am Freitag stattfand, kamen die Verhältnisse auf verschiedenen Bauten zur Sprache. Im allgemeinen wurde ausgeführt, daß die Unternehmer sich oft nicht an die Bestimmungen des mit dem Zentralverband der Maurer abgeschlossenen Vertrages halten, ohne dabei nennenswerten Widerstand zu finden, wenn nur die Vertragslöhne gezahlt werden. Besonders wurde darüber geklagt, daß die für die Wintermonate vorgesehene verlängerte Arbeitszeit überschritten wird. Den Mitgliedern des Vereins wird zur Pflicht gemacht, sich streng an den Vereinsbeschluss zu halten, wonach im Winter nicht länger wie acht Stunden gearbeitet werden darf. Ferner wurde ausgeführt, das Vertragsverhältnis habe wohl fortgesetzt Lohnhöhungen gebracht, im übrigen aber seien die Verhältnisse auf den Bauten nicht besser, sondern schlechter geworden. Ungehörige Anforderungen würden an die Arbeitskraft der Maurer gestellt, es herrsche eine Schinderei auf den Bauten, die die Kollegialität störe und die Gesundheit der Arbeiter ruinere. Diese Mißstände könnten nur beseitigt werden durch eine umfassende Lohnbewegung und diese werde einmal kommen, denn der Druck, den die Unternehmer ausüben, werde unerträglich.

Der Verband der Portefeuliers (Zahlstelle Berlin) hielt am Mittwoch in Graumanns Saal seine Generalversammlung ab. In dem Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung ging der Vorsitzende Hauptmann nochmals kurz auf die jüngst beendete Lohnbewegung der Portefeuliers ein und erwähnte die Anwesenden, jetzt auch unter allen Umständen für freie Durchführung der vertraglichen Abmachungen zu sorgen. Wenn beim Abschluß des Vertrages mit den Arbeitgebern auch bei weitem nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt worden seien, so habe man doch immerhin einige Verbesserungen erreicht, und diese gelte es jetzt auch energisch hochzuhalten. Redner erinnerte weiter daran, daß zu den kommenden Delegiertenwahlen für die Ortskrankenkasse der Buchbinderverband den Portefeuliers bereitwillig 30 Delegierte zugeordnet habe, deren Aufgabe es nun sein werde, in dem ihnen zugewiesenen Rahmen zweckentsprechend tätig zu sein. — Hennis verliest hierauf den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Kassenkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 2189,85 M. Bei der Lokalfasse beträgt die Einnahme 1047,55 M. und die Ausgabe 954,80 M., so daß ein Bestand von 92,75 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl ist in diesem Quartal von 627 auf 691 gestiegen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Erklärung. In der 4. Beilage der Nr. 248 des „Vorwärts“ vom 23. Oktober ist in dem Bericht über die Versammlung des Wahlvereins für den 3. Berliner Wahlkreis bei dem Tagesordnungspunkt: „Ausschluß des Schneiders Heinrich“ bezüglich der Abstimmung hierüber folgender Satz zu lesen: „Unter dem Eindruck der Rede Ritters entschied sich die Versammlung“ usw. Die Fassung dieses Satzes läßt der Vermutung Raum, daß der Ausschluß Heinrichs weniger aus sachlichen Gründen, sondern aus denen augenblicklicher Suggestion des Redners auf die Versammelten erfolgt sei. Dem gegenüber sind wir genötigt, sachlich folgendes festzustellen: Aus Anlaß der Differenzen im deutschen Schneidergewerbe in diesem Frühjahr waren auch die Berliner Kollegen gestuzungen, am Freitag, den 2. Juni, die Einstellung der Arbeit für den nächsten Tag zu beschließen. Es legten am 3. Juni in circa 170 Geschäften 1800 Kollegen die Arbeit nieder. So auch bei der Firma Hermann Hoffmann, Friedrichstr. 50/51, circa 200 Werkstatte- und Heimarbeiter. Unter den wenigen Primarbeitern, die bei der genannten Firma die Arbeit nicht niederlegten, befand sich Heinrich. Er wies an, und diese Tatsache hat auch der Vorstand des Wahlvereins bei seiner Beweisführung als wahr angenommen, daß Heinrich am folgenden Tage durch seine Frau sich neue Arbeit aus dem Geschäft von Hoffmann holen ließ und trotz gütlicher Intervention seiner Kollegen nicht zu bewegen war, diese Arbeit, die bereits in aller Form Streikarbeit war, zurückzugeben. Erst als durch die schnelle, einheitliche Aktion der Kollegschaft Schluß der Bewegung in Aussicht stand, hielt es H. für notwendig, sich an darauf folgenden Dienstmorgen zur Streikkontrolle zu melden. Letzteres war der einzig mildernde Umstand, den der Vorstand des Wahlvereins glauben waltten lassen zu müssen, um Heinrich nicht auszuschließen. — Die Versammlung hat in ihrer, leider geringen Mehrheit diese Anschauung ihres Vorstandes nicht geteilt. Juridisch gesehen werden muß daher, daß unter dem Eindruck des Redners, der lediglich obige Tatfachen ausführte, die bezeichnete Abstimmung zustande gekommen ist.

Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Schneider.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gesandtschaft gegen das „Berliner Tageblatt“. Berlin, 24. Oktober. (W. T. S.) Der Staatssekretär des auswärtigen Amtes hat wegen der in Nr. 511 des „Berliner Tageblatts“ vom 23. d. Mts. enthaltenen Verdächtigung des Kolonialdirektors Dr. Stuebel Gesandtschaft gestellt.

### Die Revolution in Rußland.

Moskau, 24. Oktober. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Wasserleitung zwischen Moskau und Wladimir ist von Ausständigen beschädigt worden. Verschiedene Städte sind ohne Wasser. Im Hof des Eisenbahndirektionsgebäudes hielten 10 000 Ausständige eine Versammlung ab.

Kursk, 24. Oktober. (Melbung der Petersburger Telegraphenagentur.) Es ist beschlossen worden, den Post- und Telegraphenverkehr einzustellen. Eine Menge Ausständiger hält die Post- und Telegraphenämter besetzt. Die Abendung von Telegrammen macht große Schwierigkeiten.



Der Streik in der Wäsche-Industrie vor dem Einigungsamt.

Am Dienstag verhandelten die Vertreter der Parteien mehrere Stunden hintereinander in gesonderten Sitzungen.

Die für 1 Uhr angeordnete öffentliche Sitzung wurde vom Vorsitzenden v. Schulz um 5 Uhr eröffnet. Er teilte mit, daß eine Einigung der Parteien nicht erzielt werden konnte.

1. In allen Fabriken sind die bestehenden Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowohl der Fabrik- wie der Heimindustrie, um sechs Prozent zu erhöhen.

2. Es ist sofort eine paritätische Schlichtungskommission von den Parteien zu bilden und zwar bestehend aus sieben Arbeitgebern und sieben Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen.

Die Schlichtungskommission hat die Aufgabe, sämtliche Differenzen, welche zu Streiks und Aussperrungen führen könnten, zu begleichen.

3. Ferner soll diese Kommission gehalten sein, sofort die Ausarbeitung von Tarifen für die Wäschebranche in Angriff zu nehmen und zwar derart, daß die Tarife bis spätestens 1. März 1906 von den Organisationen der Parteien anerkannt werden können.

4. Die Arbeitszeit beträgt für die Zuschneider 8 Stunden, für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 7 1/2 Stunden.

5. Die Wiedereinnahme der Arbeit soll spätestens am Montag, den 30. Oktober 1905 erfolgen.

6. Maßregelungen der ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht stattfinden. Dagegen dürfen auch die Arbeitswilligen von den Wiedereintretenden nicht belästigt werden.

7. Die Wiedereinnahme der Arbeit soll spätestens am Montag, den 30. Oktober 1905 erfolgen.

8. Maßregelungen der ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht stattfinden. Dagegen dürfen auch die Arbeitswilligen von den Wiedereintretenden nicht belästigt werden.

9. Die Wiedereinnahme der Arbeit soll spätestens am Montag, den 30. Oktober 1905 erfolgen.

10. Maßregelungen der ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht stattfinden. Dagegen dürfen auch die Arbeitswilligen von den Wiedereintretenden nicht belästigt werden.

11. Die Wiedereinnahme der Arbeit soll spätestens am Montag, den 30. Oktober 1905 erfolgen.

12. Maßregelungen der ausständigen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht stattfinden. Dagegen dürfen auch die Arbeitswilligen von den Wiedereintretenden nicht belästigt werden.

Aus der Partei.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Schwarzburg-Sondershausen wurde in einer Sitzung der zuständigen Vertrauenspersonen der Genosse Rechtsanwalt Otto Landsberg, Stadtverordneter in Magdeburg, postuliert.

Die Königsberger Genossen haben am Sonntagvormittag nachdem sie 45 000 Flugblätter zu der am 23. und 24. Oktober stattfindenden Gewerkschaftswahl verbreitet hatten, den Genossen Dr. Gottschall vom Gefängnis eingeholt.

Aus Industrie und Handel.

Das Treiben der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften. New York, den 14. Oktober. (Fig. Ver.)

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Die Untersuchung der Geschäftspraxis der New Yorker Lebensversicherungs-Gesellschaften fördert immer neue Korruptionsfälle zutage. Der vom Untersuchungs-Komitee — das keinen Advokaten „ersten Ranges“ erlangen konnte — engagierte Anwalt Hughes erstreckt sich als ein geschickter Examinator, der es trefflich versteht, den vorgeladenen Beamten der drei bisher vorgenommenen Gesellschaften (Equitable, N. Y. Life und Mutual) die „Wärmer aus der Nase zu ziehen“.

Herr Mc Curdy machte im Verlaufe seiner Rede eine recht sonderbare Bemerkung. Er meinte, die Lebensversicherungs-Gesellschaften seien eigentlich nicht als Geschäfts-Unternehmungen, sondern als „Charity Institutions“ (Wohltätigkeits-Gesellschaften) zu betrachten. Die Versicherung erweist sich als ein Geschäft, das einen gewissen Sinn, wenn man sich daran erinnert, daß nach früheren Feststellungen bei den besagten Instituten in der Regel zwei Drittel der Einnahmen für „Verwaltungskosten“ draufgehen, also nur ein Drittel dem eigentlichen Zwecke dient. Und da haben denn die Alexanders, Mc Curdy und Mc. Call (Präsident der „Life“) nach dem amerikanischen Sprichwort geäußert: „Charity begins at home!“ (Mit der Wohltätigkeit fängt man bei sich selbst an.)

Wie in den Büchern der „Equitable“, so wurden auch in denen der anderen Gesellschaften als „legal expenses“ (gesetzliche Ausgaben) verschiedene Posten gefunden, welche sich als Zahlungen an das nationale republikanische Wahlkomitee (die „Mutual“ figuriert mit 800 000 Dollar) der drei letzten Präsidentschaftswahlkampagnen, sowie als solche für „legislative Zwecke“ herausstellten. Dabei wurde auch ermittelt, daß die Lebensversicherungs-Gesellschaften die einzelnen Staaten unter sich „verteilt“ hatten, resp. jede derselben die Kosten für bestimmte Staaten trug. Das mitgeteilte Verzeichnis wies aber nur die Namen von 28 Staaten und einem Territorium auf, so daß also 29 Staaten, drei Territorien und der Distrikt Columbia fehlen. Dies läßt annehmen, daß auch die übrigen Gesellschaften im Versicherungsbunde waren. Der Präsident einer dieser Gesellschaften, der „Prudential“, der zugleich Mitglied des Bundes senats für New York ist, hat inzwischen in diesem Parlamenten eine Gesetzesvorlage eingereicht, welche die Kontrolle der Lebensversicherungs-Gesellschaften den Landesregierungen überweist. Eine gleiche Vorlage war dem Senat schon einmal, im Jahre 1901, durch Senator Chandler unterbreitet worden; doch wurde deren Erledigung damals — wobei, wie man jetzt als sicher annehmen kann, jene „legal expenses“ der Lebensversicherungs-Gesellschaften ihre Rolle spielten — so lange verschleppt, bis Chandlers Termin abgelaufen war. Dann verschwand die Vorlage vollständig von der Bildfläche.

Die Verhandlungen vor dem Untersuchungskomitee machen den Eindruck, als ob man sich gar keine Sorgen über die Affäre gemacht hat, und zwar aus dem Grunde, weil man darauf rechnete, daß das Komitee keinen der in Korporationsfachen als bewandert geltenden Advokaten erlangen werde. Diese Sorglosigkeit zeigte sich deutlich darin, daß man bezüglich der fraglichen Kosten in den Büchern der „Equitable“ ganz faule Ausreden machte. So wurden die auf den Namen des Advokaten Hamilton in Albany eingetragenen bedeutenden Summen als Beträge ausgegeben die er zur Anzählung auf erworbenes Grundeigentum verwendet habe. Eine Durchsicht der Bücher ergab aber sofort, daß die Ausgaben für solche Grundstücke vollständig auf dem betreffenden Konto figurierten, die angeblich von Hamilton gemachten Anzahlungen aber durch Abwesenheit glänzten. Durch das geschickte Kreuzverhör des Komitee-Anwalts kam schließlich zutage, daß der laubere Mr. Hamilton der Manager der „Legislative“ ist. Wie im Untersuchungsbericht steht, war es in Michigan allgemein bekannt, daß die Lebensversicherungs-Gesellschaften alljährlich die runde Summe von 9000 Dollar an die dortigen Herren Gesetzgeber spendeten, um sich dieselben „warm zu halten“.

Preiserhöhungen und Kartellgründungen. Die günstige Lage der Eisenindustrie äußert sich in zweifacher Hinsicht: in immer weiteren Preiserhöhungen und in dem Bestreben, die Betriebe noch nicht kartellierter Branchen zu neuen Syndikatsverbänden zusammenzuschließen. Wie die „Kölnische Ztg.“ meldet, hat auch das Lothringens-Lugenerberg-Rohreisenkartell seine Verkaufspreise für Puddel- und Stahleisen um 3 Fr. erhöht, während andererseits aus Solingen die Nachricht kommt, daß zurzeit in den Kreisen der Klein-Eisen-Industriellen mit Nachdruck für einen Zusammenschluß der verwandten Geschäftszweige zu Verkaufsvereinigungen gearbeitet wird. Es bestätigt sich wieder die in der letzten Ausschussperiode gemachte Erfahrung, daß nicht in Krisenzeiten, sondern in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität der Trieb zur Kartellierung am stärksten hervortritt. Ganz natürlich; denn die Krisenperioden sind stets zugleich die Zeiten des schärfsten Konkurrenzkampfes, in denen jeder Unternehmer für sich einen möglichst großen Anteil an dem Absatz zu erlangen trachtet und für die großen und kleinen Schmerzen seiner Nachbarn wenig Verständnis zeigt. Wenn aber die Konjunktur steigt, die Nachfrage sich mehrt und sich leicht Preiserhöhungen durchsetzen lassen, dann erwacht die Neigung, die gegenseitige Konkurrenz und den dadurch bewirkten Preisdruck möglichst einzuschränken und den Kapitalprofit auf Kosten der Konsumenten möglichst zu erhöhen. Das betrachten die Herren Fabrikanten als ihr gutes Recht; nur wenn der Arbeiter, aus dessen Mehrarbeit doch der vom Unternehmer angeeignete Profit stammt, sich einfallen läßt, die günstige Lage des betreffenden Industriezweiges zur Steigerung höherer Lohnforderungen auszunutzen, zeugt dies nach Unternehmerbegriffen von entschuldeter Frevoltheit.

Der Sentenzstand in Preußen. Der Stand der Winterfaaten, sowohl des Weizens als des Roggens, ließ um die Mitte des laufenden Monats in den meisten preussischen Provinzen nach dem offiziellen Berichte der „Stat. Korrespondenz“ vieles zu wünschen übrig. Während der Herbst meist mit schönem Wetter zu beginnen pflegt, verlief diesmal die zweite Hälfte des Septembers und die erste Hälfte des Oktobers meist zu nah und kalt, mitunter auch stürmisch. Die von den Landwirten gehegte Hoffnung, nun die in Folge überreicher Feuchtigkeit aus dem Vormonate rückständig gebliebenen Feldarbeiten ausführen zu können, ist nicht in Erfüllung gegangen. Etwas günstigerer Witterung erfreuten sich nur teilweise die mittel- und ober-schlesischen Landesteile insofern, als sie um die Mitte des September einige recht warme Tage hatten, und die nord-schlesischen sowie die Nordseegebiete, ganz besonders aber Ober-schlesien, weil es hier zunächst auch meist trocken war. Gegen Mitte Oktober jedoch wurden auch diese Gegenden von starken Niederschlägen getroffen, die seitdem dort ebenso wie anderweit mit kurzen Unterbrechungen anhielten. Am dauerndsten und reichlichsten scheint die Nässe in den Regierungsbezirken Frankfurt, Bromberg und Posen sowie in der Provinz Sachsen gewesen zu sein, wo tiefer gelegene Nieder teilsweise verschlammte und Wiesen überflutet sind, so daß weder Mensch noch Vieh diese Felder betreten kann. Aue und Grummet, stellenweise auch Hafer konnten nicht geerntet werden und sind dem Verderben derart ausgeheilt, daß ihre Verwendung kaum als Streu zu erwarten ist; daher soll in einigen Strichen des Regierungsbezirks Wachen sogar noch auf dem Halme stehen. Die Ernte der Spätkartoffeln, mit welcher in manchen Gegenden vor dem Eintritt des schlechten Wetters gerade begonnen war, ruht vollständig; nur vereinzelt ist sie schon weit vorgeschritten. Obgleich die Nässe viel Mähdraht erwarten läßt, ist bei dem gegenwärtigen Stande der Kartoffelernte doch noch kein abschließendes Urteil möglich.

Nach abdem kann es nicht ausfallen, daß auch die Bestellung der Acker zur Winterfaat fast überall noch im Rückstande ist, und es wird vielfach hervorgehoben, daß, wenn nicht sehr bald günstigere Witterung eintritt, manches zur Winterfaat bestimmte Feld bis zur Sommerbestellung liegen bleiben muß. Da, wo die Saatzeit schon zeitig in die Erde gebracht werden konnten, haben sie sich gut entwickelt und zeigen meist eine kräftige Vegetation.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mit der Aussperrung im Lithographiegewerbe beschäftigte sich am Montagabend eine von mehr als 1500 Personen besuchte Mitgliebertagung, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte und einen imposanten Verlauf nahm. Der Vorsitzende der Filiale I, Kollege Hag, gab einen Ueberblick über die bisherige Entwicklung des Kampfes, die bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ in kurzen Zügen geschildert wurde. Er wies darauf hin, daß die Unternehmer erklärt hätten, materiell spiele die Hauptforderung, die Bezahlung der Feiertage, für sie keine Rolle, d. h. also, sie könnten sie wohl bezahlen, aber sie wollten nicht. Damit haben sie die Bewegung zu einer Machprobe gestempelt. In dem einmütigen Willen der Kollegen aber sollen diese Machprobe gelöst werden. Die Ausschüsse wurden mit drausendem Beifall ausgenommen, desgleichen die aller anderen Redner, die sich im Sinne des Referenten ausprägten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 23. Oktober im Gewerkschaftshause tagende kombinierte Versammlung der Berliner Filialen des Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt das bisherige Vorgehen der Kollegen bei Hagelberg, Heymann u. Schmidt und Pittauer u. Vossen. Sie spricht die Erwartung aus, daß die Kollegen an ihren Forderungen festhalten und verpflichtet, sie in diesem Kampfe in jeder Weise zu unterstützen. Die Versammlung billigt ebenso entschieden die Anordnungen der Verwaltungen. Aufschärfte beurteilt die Versammlung das brutale Vorgehen der Ringfänger, die lediglich des unbedingten Herrenstandpunktes halber über zahlreiche Kollegen die Aussperrung verhängen, zumal es sich bei dem Vorgehen der Kollegen um eine bestehende Forderung, um die Bezahlung der Feiertage, handelt, die im ganzen Reich schon längst erfüllt ist. Die Versammlung nimmt den ihr aufgedrungenen Kampf auf. Sie beauftragt die Verwaltungen, den beteiligten Firmen sofort weitere Forderungen zu unterbreiten, falls die Aussperrung zur Tat wird. In diesem Fall erklären die Versammelten, alle Kräfte daran zu setzen, um die erweiterten Forderungen zu verwirklichen.

Der Vorsitzende der Lithographie-Filiale Witzel schloß hierauf als Versammlungsleiter die Versammlung mit einem drausendem aufgenommene dreifachen Hoch auf die kollegiale Einigkeit, die im Deutschen Gewerkschaftsbund erlangt. Möchte der einmütig beschlossene Wille der Gewerkschaft die Unternehmer noch rechtzeitig zur Besinnung bringen.

Deutsches Reich.

Achtung, Vergolder! Bei der Firma Congen in Düsseldorf a. Rh. sind sämtliche Rahmenvergolder ausgesperrt, weil sie sich weigerten, Ueberstunden zu machen. Ebenfalls droht bei der Firma Güner u. Reichender in München ein Streik der Rahmenvergolder auszubringen, weil die Firma den Tarif nicht einhalten will. Zugunach beiden Orten ist darum streng fernzuhalten. Der Streik der Rahmenvergolder bei der Firma Thomas u. Kraunig in Zürich (Schweiz) ist zugunsten der Arbeiter beendet. Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Achtung, Lederarbeiter! Bei der Firma Knecht u. Söhne in Elmshorn sind die Kollegen heute ausständig geworden wegen beschuldigter indirekter Lohnabzüge. Zugunach von Lohgerbern ist fernzuhalten. Der Zentralvorstand.

Zur Bewegung der schlesischen Weber.

Das „Neuweltiger Tageblatt“ meldet: Die hiesigen Weber beschlossen in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung einstimmig, am 6. November die Arbeit geschlossen wieder aufzunehmen und den neuen Lohnvertrag anzuerkennen. Sie sprachen zugleich die Hoffnung aus, daß Maßregelungen nicht erfolgen und daß die Fabriken am 6. November wieder geöffnet werden.

Der Kampf in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie.

Gera, 23. Oktober. Zu heute Abend war eine Versammlung der noch in Arbeit stehenden Weber und Weberinnen einberufen. Diefelbe war von 1800 Personen beiderlei Geschlechts besucht. Der Gewerkschaftsvorsitzende erläuterte die Situation. Die Fabrikanten erklärten ihr Höchstgebot abgegeben zu haben. Diefelbe hätten aber auch die Forderungsberechtigten erklärt, als sie ihre Arbeiter im Monat August aussperrten, und doch haben sie noch weitere Zugeständnisse gemacht. Die Arbeiter würden sich daher auch jetzt nicht einschüchtern lassen. Noch stets haben die Fabrikanten den Ruin der Industrie vorgeschlüsselt, wenn sie einige Pfennige Lohn mehr zahlen sollten. Es habe weniger die sächsisch-thüringische Textilindustrie unter der Schmutzkonturrenz anderer Industriegebiete zu leiden, als vielmehr umgekehrt andere Bezirke unter der Schmutzkonturrenz der Gera-Weizer Fabrikanten.

Es wurde durch Gegenüberstellung von Lohn aus der gleichen Branche in anderen Bezirken bewiesen, daß hier weit niedrigere Löhne, auch nach dem neuen Tarif, gezahlt würden. Die Fabrikanten könnten sehr wohl höhere Löhne zahlen, wenn sie nur wollten. Ihre Absicht sei, die Lohnfrage zu einer Machprobe zu machen, um den Deutschen Textilarbeiter-Verband zu vernichten. Dem letzteren liegen bei der Lohnbewegung politische Absichten fern, die Organisation erstrebe nur auskömmlichen Lohn. — Es streiken zirka 950 Arbeiter in vier Betrieben; in Arbeit geblieben sind zirka 140 bis 180 Arbeitswillige. Von den Fabrikanten wird versucht, die Wochenlöhner aus den Vorbereitungen als Streikbrecher an die Werkstühle zu dirigieren. Die meisten haben diese Zumutung zurückgewiesen, sie sollen daher mit ausgesperrt werden. — Der Weberverband will bekanntlich am Sonnabend, den 28. d. M., die Betriebe schließen, aber er hofft, bis 2. November Arbeitswillige genug zu finden, um die Betriebe ordnungsgemäß weiterführen zu können. In einigen Betrieben hat man den Arbeitswilligen versprochen, nach einem Vierteljahr einen Zubehalt für die Zeit der Aussperrung nachzugeben. — Daß die Fabrikanten die Fabriken so rasch wieder öffnen wollen, erklärt sich aus den bedeutenden Aufträgen, die sie haben. Es ist demnach die Konjunktur günstig. — Es wurde beschlossen, die Zumutungen, sich als Arbeitswillige herzugeben, entschieden zurückzuweisen. Die Textilarbeiter wollen demnach den großen Kampf aufnehmen. Es ist ihnen zu glauben, wenn sie bestehen, die Notgebiete ihnen unbedingt, einen höheren Lohn erstreben zu müssen.

Um Grundlagen für eine Lohnbewegung zu gewinnen, haben die Leipziger Wirtcher ihre Organisationsleitung beauftragt, eine Lohnstatistik aufzunehmen und auf dieser Forderungen aufzubauen, die bei Eintritt einer günstigeren Konjunktur den Unternehmern unterbreitet werden sollen. Der durch den Streik vom Jahre 1901 erzwungene Minimallohn von 21 M. ist namentlich im Hinblick auf die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittel als viel zu niedrig zu bezeichnen. In verschiedenen Orten Deutschlands beträgt der Minimallohn 27 M., ein solcher wird auch von den Leipziger Wirtchern als die unterste Grenze angesehen. Daß eine Lohnbewegung erforderlich ist, wird schon dadurch bestätigt, daß in einigen Leipziger Betrieben bereits höhere Löhne gezahlt werden.

Russland.

Die Streikbewegung in Niederland.

Die „Zeitschrift des Central-Bureau voor de Statistiek“ bringt in ihrer neuesten Nummer eine Uebersicht über die Streiks, die in den verfloffenen drei Quartalen dieses Jahres in Niederland geführt worden sind. Im ersten Quartal brachen 18 Streiks aus, von denen acht durch Vergleich beendet wurden, vier zugunsten der Arbeiter verliefen und sechs zu ihrem Nachteile; ungefähr 594 Arbeiter



Waren an den Streiks beteiligt. Im zweiten Quartal zählte man 87 Streiks mit 1151 Streikenden; siebzehn endeten durch Vergleich, sechs zum Vorteile, zwölf zum Nachteil der Arbeiter. Außerdem fanden drei Aussparungen statt, wovon ungefähr 2000 Arbeiter betroffen wurden. Im dritten Quartal war die Zahl der Streiks 36, die der Streikenden 1484; 12 Streiks endeten durch Vergleich, 5 wurden von den Arbeitern gewonnen und 13 gingen verloren. Aussparungen waren 2 zu verzeichnen.

Unter Hinweis auf die vielen verlorenen Streiks führt „Der Volk“ in einem Leitartikel aus, daß die Arbeiterorganisationen mit mehr Berechnung und Vorsicht bei der Einleitung von Lohnkämpfen vorgehen sollten, und wendet sich gegen die sogenannte „direkte Aktion“, die unter Bruderkrieg eine weniger entwickelte Form des wirtschaftlichen Kampfes nennt, welche bald einer höher organisierten strategischen Macht weichen werde.

Unter den Strafenleuten in Marseille ist ein Aufstand ausgebrochen. Polizisten und Feuerwehrlente mußten mit Hilfe von Tagelöhnern die Straßeneinigung besorgen.

## Soziales.

### Städtische Lohnpolitik.

Ueber die neuer Grundzüge für die Entlohnung städtischer Arbeiter, die in Straßburg im März eingeführt worden sind, macht Genosse Petrofs in der jüngsten Nummer der „Kommunalen Praxis“ Mitteilungen, die sehr instruktiv sind. Wir geben deshalb das Wesentliche daraus wieder. Es wird bei diesem Lohnsystem die Größe der Familie des Arbeiters berücksichtigt und ferner werden Dienstalterszulagen gewährt. Die Vorlage begründete das so:

„Die Folge des heutigen unsozialen Lohnsystems ist, daß für den verheirateten Arbeiter der Lohn stets auf einem Stand steht, der nicht hinreicht, einer großen Familie auch nur eine den notwendigsten Anforderungen der Hygiene entsprechende Existenz zu gewähren. Was fehlt, muß gebrungen die Frau, müssen frühzeitig die Kinder verdienen. Loderung des Familienlebens, Verwahrlosung der Jugend sind die traurigen Folgen dieser Zustände. Mit der Erkenntnis dieser Mißstände erwacht aber für die Stadt die Verpflichtung, für ihre Arbeiter eine Besserung herbeizuführen. Eine öffentliche Körperschaft hat die Pflicht, dem Arbeiter einen Lohn zu gewähren, der zu seinem und seiner Familie Unterhalt ausreicht. Dazu genügt es aber nicht, ausreichende Minimallöhne festzusetzen, es muß vielmehr das Bestreben der städtischen Lohnpolitik sein, bei der Feststellung der Löhne der städtischen Arbeiter auch diejenigen Faktoren zu berücksichtigen, die das Wachstum des Bedarfs im Arbeiterhaushalte bestimmen.“

Von diesen Grundzügen und von der Erwägung ausgehend, daß der ledige Arbeiter zu seinem Unterhalt weniger gebraucht als der Verheiratete, schlug der Entwurf für die in Betracht kommenden acht Arbeitergruppen 13 sozialisierte Lohnklassen mit Grundlöhnen von 2,70, 2,80, 2,90, 3,10, 3,20, 3,30, 3,50, 3,80, 3,90, 4,00, 4,20 und 4,50 M. vor. Auf diese Grundlöhne sollten dann diejenigen Arbeiter mit mehr als drei Kindern 5 Proz., die mit mehr als fünf Kindern 10 Proz. und die mit mehr als sieben Kindern 15 Proz. Zuschlag erhalten. Außerdem waren vier Klassen von Dienstalterszulagen vorgesehen, die in der ersten Klasse von 10 bis 50 Pf., in der zweiten von 15 bis 70 Pf., in der dritten von 20 Pf. bis 1,20 M. und in der vierten Klasse von 30 Pf. bis 1,80 M. betragen. Die höchsten Zulagen wurden in der ersten und zweiten Klasse mit dem ersten Dienstjahre, in der dritten Klasse mit dem vierzehnten Dienstjahre, in der vierten Klasse mit dem siebenzehnten Dienstjahre erreicht.

Kanntens die sozialdemokratischen Vertreter — die zurzeit in einer Anzahl von 15 neben 17 bürgerlichen Gemeinderäten auf dem Straßburger Rathaus sitzen — auch mit den angeführten Grundzügen und schließlich auch, unter Berücksichtigung der bisherigen Verhältnisse und rein willkürlichen Zuständen, mit der vorgeschlagenen Einteilung und den Zuschlägen einverstanden erklären, so konnten sie dies doch nicht in bezug auf die oben angeführten Grundlöhne. „Auskömmliche Löhne“, von denen die Begründung der Vorlage zu wiederholten Malen spricht, konnten sie mit dem besten Willen in diesen Grundlöhnen nicht erblicken, zumal diese für den Normalarbeiter, das heißt den verheirateten Arbeiter mit bis zu drei Kindern, gelten sollten, während der ledige Arbeiter unter 25 Jahren sich einen Abzug von 10 Proz., der zwischen 25 und 30 Jahren einen solchen von 5 Proz. hätte gefallen lassen müssen. Sie setzten daher eine allgemeine Erhöhung der Grundlöhne um je 20 Pf. durch und definierten als Normalarbeiter den ledigen Arbeiter, auf dessen Grundlohn außer den Dienstalterszulagen der verheiratete Arbeiter einen Zuschlag von 5 Proz., Arbeiter mit größerer Familie Zuschläge von 10, 15 und 20 Proz., je nachdem sie für mehr als drei, mehr als fünf, mehr als sieben Kinder zu sorgen haben.

Durch diese Erhöhung der Grundlöhne und die Umänderung der Definition des Normalarbeiters werden für die circa 800 städtischen Arbeiter etwa 50 000 M. mehr herausgeschlagen, die Mehrbelastung des städtischen Budgets steigt bereits im kommenden Jahre auf 112 000 M., kein Wunder, daß die bürgerlichen Vertreter sich mit aller Macht gegen diese Vorschläge wandten und nur nach schweren Kämpfen und da die Verwaltung selbst sich auf unsere Seite stellte, nachgaben.

Die festgesetzten Grundlöhne gelten nun freilich nicht für längere Zeit, sondern nur für das laufende Jahr. Abwärtlich wird nach der Statistik der Orts-Krankenkasse der Durchschnittslohn für die in Frage kommenden Gewerbe festgesetzt und dieser dann als Grundlohn akzeptiert. Auf diese Weise macht die Stadt das Steigen und Fallen der Arbeitslöhne mit, jedoch darf der gesunkene Grundlohn nur neu einzustellenden Arbeitern begahrt werden, die alten Arbeiter bleiben bei ihren Bezügen auch wenn die Löhne sinken, während ihnen das Steigen immer zugute kommt. Unter den ordentlichen Tagelohn darf der Grundlohn nie sinken, und falls jener weniger als 2,50 M. betragen sollte, so ist dies die äußerste Grenze, bis zu der der Grundlohn sinken darf. Es ist also ein gewisses Existenzminimum für den städtischen Arbeiter festgesetzt.“

**Säuglingssterblichkeit.** Die Säuglingssterblichkeit, d. h. Sterblichkeit der im Alter von unter einem Jahre Gestorbenen betrug auf 100 Lebendgeborenen

in deutschen Städten:	
Breslau 1903	26,0
Leipzig 1903	24,4
München 1903	23,9
Straßburg 1903	23,1
in außerdeutschen Städten:	
Moskau 1903	38,4
Bukarest 1903	20,5
Batavia 1903	20,0
Prag 1903	18,8
Wien 1903	17,6
Marseille 1902	16,2
Brüssel 1902	15,8
Zürich 1902	15,1
Kopenhagen 1902	15,1
Stuttgart 1903	20,1
Berlin 1903	19,8
Dresden 1903	19,2
Hamburg 1903	17,8
Mailand 1903	13,8
London 1903	13,1
Lyon 1902	12,8
Rom 1902	12,6
Stockholm 1903	12,6
Edinburg 1903	11,7
Amsterdam 1903	11,7
Kristiania 1903	11,6
Paris 1902	11,3

### Unsitthlicher „Selt“.

Die Gewerbeordnung schiebt dem Straßenhandel solche Druckschriften aus, die geeignet sind, in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergernis zu erregen. Die Nummer 19 des illustrierten „Selt“ war vom Berliner Polizeipräsidenten auf Grund jener Bestimmung für den Straßenhandel verboten worden. Dies Verbot wurde dem Händler Salbach am 22. März um 11 Uhr bekannt. Gleichwohl wurde er wegen Uebertretung der Gewerbeordnung angeklagt, weil er um 10% Uhr, also vorher, ein Exemplar

der Nummer in der Königsstraße verkauft hatte. — Das Landgericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe, indem es namentlich für festgesetzt erachtete, daß die Illustrationen der Nummer das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in größtmöglicher Weise verletzten. Das Landgericht ging im übrigen davon aus, daß es des polizeilichen Verbotes erst gar nicht bedürfte, um den Angeklagten straflos zu machen. Nach der Gewerbe-Ordnung seien eben ohne weiteres die Schriften, die in der fraglichen Weise Aergernis erregen, vom Straßenhandel ausgeschlossen. Also mache es den Angeklagten nicht straflos, daß er jene Nummer des „Selt“ feilbot, bevor das polizeiliche Verbot erging. Der Händler müsse sich um den Inhalt kümmern, und Angeklagter hätte erkennen müssen, daß es sich um eine der vom Straßenhandel nach der Gewerbe-Ordnung ausgeschlossen Druckschriften handelte. Es sei in seinem Falle dolus eventualis anzunehmen.

Das Kammergericht verwarf am 23. Oktober die Revision des Angeklagten, weil die Vorentscheidung einen Rechtsirrtum nicht erkennen lasse.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein verunglückter Germanisierungs-Prozess.

Zehn Vorstandsmitglieder des Charlottenburger polnischen Turnvereins Sokol, nämlich der Schraubendreher Stanislaus Pogorzelski als Vorsitzender und die übrigen, als Stellvertreter, Beisitzer, Kassierer usw. standen gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II, um sich wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz und Behinderung eines Polizeibeamten in der Ausübung seines Amtes durch Bedrohung mit Gewalt zu verantworten. Am 29. Oktober v. J. feierte der Turnverein „Sokol“ zu Charlottenburg in der Rosinenstraße 3 sein Stiftungsfest, an welchem außer den Mitgliedern auch noch solche Personen teilnahmen, welche von Vereinsmitgliedern eine schriftliche Einladung erhalten hatten. Im Auftrage seiner Behörde erschien der Polizeiwachtmeister Walzerca und verlangte Zutritt zu dem Saale. Ihm wurde aber bedeutet, daß er keinen Zutritt habe, da es sich um eine geschlossene Gesellschaft handele und er nicht das Recht habe, im Saale zu verweilen. Nach der Anklage soll der Schraubendrehermeister von den Angeklagten umhüllt worden sein, man soll ihm sogar gesagt haben, daß er keinen Zutritt erhalte, „softe es, was es wolle“. — Das Charlottenburger Schöffengericht hat seinerzeit nicht nur die sämtlichen Angeklagten freigesprochen, sondern auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last gelegt. Das Gericht hatte nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Festlichkeit eine Veranstaltung war, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten; dann habe aber der Wachtmeister nicht den geringsten Anspruch gehabt, überhaupt in den Saal eingelassen zu werden. Der Wachtmeister habe sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befunden, und nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme könne von Gewalt oder Bedrohung mit Gewalt nicht die Rede sein. Da die ganze Anklage sich von vornherein und in allen Punkten als durchaus unbegründet herausgestellt habe, seien auch die Kosten der notwendigen Auslagen der Angeklagten inklusive der Verteidigung der Staatskasse zur Last gelegt. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Verwahrung ein und behauptete, daß es sich hier um eine Versammlung handele, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Die polnischen Turnvereine seien politische Vereine, ihr Bestreben gehe auf die Wiederherstellung eines selbständigen Polenreiches. Die „Sokol“-Vereine seien untereinander in Verbindung, und neuerdings sei in den Statuten auch der Passus, wonach politische Angelegenheiten aus der Vereinsaktivität ausgeschlossen sein sollen, ausdrücklich gestrichen worden. Die Mitglieder sollen auch teilweise Uniform tragen und diese soll an die Uniform der „polnischen Senfemänner“ erinnern. Die Angeklagten begleiteten die letztere Behauptung mit Lachen, das ihnen vom Vorsitzenden ernstlich unterzagt werden mußte. Einer der Angeklagten trat vor und zeigte, daß die Uniform aus grauer Joppe und grauer Hose bestehe. Sämtliche Angeklagte behaupteten, daß es sich um die Festlichkeit einer geschlossenen Gesellschaft handele, bei der lediglich getrunken, getanzt und gesungen worden sei. Der Eintritt des Wachtmeisters sei daher verweigert worden, von einer Bedrohung des Polizeibeamten könne aber keine Rede sein. Wenn die „Sokol“-Vereine in den Statuten den auf Ausschluß politischer Tätigkeit gerichteten Passus gestrichen haben, so liege dies daran, weil die Polizei die Vereine trotz alledem immer als politische Vereine behandelt hätte, so daß die Polizei sie geradezu gezwungen hätte, die Politik nicht mehr auszusprechen. Der Wachtmeister Walzerca erklärte, daß er selbst die Gesellschaft für eine geschlossene Gesellschaft gehalten habe. Als ihm nicht unhöflich aber bestimmt der Eintritt verweigert wurde, habe er sich Instruktionen von seinem Vorgesetzten geholt und dann nochmals versucht, Eintritt zu erlangen, doch sei es wieder vergeblich gewesen. Bei früheren Stiftungsfesten, die er überwahte, seien öffentliche Angelegenheiten nie erörtert worden. — Polizei-Assessor Friedel, dem die Ueberwachung der polnischen und speziell der „Sokol“-Bewegung seit Jahren obliegt, erklärte, daß der Angeklagte Pogorzelski sich zu einem regen polnischen Agitator herausgebildet habe und der Charlottenburger „Sokol“-Verein ganz zu einem politischen Verein geworden sei. Die „Sokol“-Vereine dienen dem Bestreben der Wiederherstellung des polnischen Reiches mit Befestigung der jetzigen Gestaltform. Sie seien auch schon vor fünf bis sechs Jahren unter § 8 des Vereinsgesetzes gestellt worden. Namentlich würden die Festlichkeiten dazu benutzt, um für die polnische Sache Propaganda zu machen. — Ähnlich äußerte sich der Polizeisekretär Günther aus Posen, der die „Sokol“-Vereine in der Provinz Posen zu überwachen hat. — Beide Zeugen konnten aber dem Verlangen des Vorsitzenden, außer allgemeinen Schlussfolgerungen bestimmte Tatsachen in bezug auf die politische Tätigkeit des Charlottenburger Vereins und den öffentlichen Charakter des in Frage stehenden Festes beizubringen, nicht entsprechen. — Der Staatsanwalt, der die Anklage wegen Widerstandes und Bedrohung fallen ließ, vertrat den Standpunkt, daß die Polizei nach allem, was sie von den „Sokol“-Vereinen wußte, annehmen durfte, daß auf dem Fest öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Sie sei deshalb berechtigt gewesen, die Festlichkeit zu überwachen. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden Angeklagten 15 M. Geldstrafe. — Rechtsanwält Dr. Karl Liebknecht verwies darauf, daß das Kammergericht ständig entschieden habe, daß Festlichkeiten selbst solcher Vereine, die unter § 8 des Vereinsgesetzes fallen, nicht unter § 1 des Gesetzes zu stellen sind. Das Turnen, Tanzen und selbst das Singen von Liedern seien nicht die Erörterung politischer Angelegenheiten. Alles, was hier gegen den Charlottenburger Verein vorgebracht worden, sei wie eine Seifenblase zerplatzt. Es fehle der Anklage an jedem Fundament in subjektiver und objektiver Beziehung und deshalb könne die Strafkammer zu keinem anderen Resultat kommen, als die erste Instanz. — Der Gerichtshof erkannte ungefähr aus den Gründen, die das Schöffengericht geleistet hatten, auf Verwerfung der Verurteilung. Auch die Kosten der zweiten Instanz und der den Angeklagten entstandenen notwendigen Auslagen, einschließlich der Kosten der Verteidigung wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Ein verunglückter Germanisierungs-Prozess.

Ein verunglückter Germanisierungs-Prozess.

Ein verunglückter Germanisierungs-Prozess.

Ein verunglückter Germanisierungs-Prozess.

Ein verunglückter Germanisierungs-Prozess.

Ein verunglückter Germanisierungs-Prozess.

gebracht war, daß ferner die Fortbewegung des Hochforbes nicht eher erfolgen durfte, als bis die Tür nach dem Fahrstuhlschacht wieder geschlossen war. Der vernommene Gewerbe-Inspektor begutachtete, daß es sich vorwiegend um einen Fahrstuhl älterer und nicht mehr gebräuchlicher Bauart handele, bei welchem die Türverschlässe ganz besonders sorgfältig gehandhabt werden müssen, um den polizeilichen Anforderungen zu entsprechen. Demgegenüber hielten die Rechtsanwälte Schönfeld und Justizrat L. Meyer einen großen Apparat von Zeugen und Sachverständigen auf zum Beweise dessen, daß der Fahrstuhl trotz seiner alten und ungewöhnlichen Bauart den bestehenden Polizeivorschriften entsprach und daß selbst bei den modernsten und besten Fahrstühlen auf irregulärem Wege die Tür eines solchen Geschosses unbefugt geöffnet werden könnte, in dessen Höhe sich der Fahrstuhl nicht befindet. Im übrigen sei es Aufgabe der Polizei, Fahrstühle, welche den modernen Ansprüchen nicht mehr genügen oder keine ausreichende Gewähr für die Sicherheit der Menschen bieten, einfach zu verbieten. Die Strafkammer schloß sich diesen Erwägungen an und sprach den Angeklagten frei, da er bei Verwendung seines den polizeilichen Vorschriften noch immer entsprechenden Fahrstuhles nicht fahrlässig gehandelt habe.

### Ächtung, Vereine!

In den Anfang November zur Veröffentlichung gelangenden Vereinskalender finden nur die Vereine Aufnahme, die bis zum 28. d. Mts. unter Angabe des Sitzungsabendes und Lokals darum nachsuchen.

Lehr- und Diskussionsklub „Süd-Ost“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Teichdors, Gohlstraße 58: Beginn des Vortragszyklus über die Arbeiterversicherungs-Gesetze. Referent: Arbeitersekretär Genosse Anl. — Gäste willkommen.

Verband deutscher Bardier, Friseur- und Bürstenmacher-Gehülfen. Zweigverein Hildorf. Donnerstag, den 26. d. M., abends 10 Uhr, bei Schmidt, vorm. Hoppe, Berlinerstr. 14, Generalversammlung.

Zentral-Arbeiter- und Begräbnis-Kasse der Sattler und Berufs-Gehilfen Deutschlands. „Hoffnung“, C. D. Nr. 64 zu Berlin. Sonnabend, 28. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant von G. Wehnardt, Grünstr. 21: Quartalsversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 4. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Preussische Ministerkriegen. — Jesus und der Sozialismus. Von W. v. Schnecken. — Aus der Geschichte der lettischen Arbeiterbewegung. II. Von V. Kleinberg. (Schluß). — Zwei interessante Veröffentlichungen über die Zustände in Ostpreußen. Von A. Bebel. — Der wirtschaftliche und der politische Kampf der Arbeiterklasse. Von Emil Fischer (Hamburg). — Der Fall Decksch und die Parteipresse. Von Paul Jensch (Leipzig). — Literarische Rundschau: Dr. J. Kischstein, Kurgie, Krankenkassen und Leipziger Verband. Von E. G. J. Löwenberg, Teilen v. Allencron. Von Franz Dieblich.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Kommunale Praxis“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber Dr. Albert Sadekum.

In der uns vorliegenden Nummer 29 der „Kommunalen Praxis“ behandelt Stadtverordneter A. Petrofs-Straßburg die aufsehenerregende Neugestaltung der Arbeiterfürsorge in Straßburg. Diese Stadt hat als erste in Deutschland das Lohnprinzip des Liberalismus fallen lassen und löst in Zukunft ihre Arbeiter nicht mehr nach dem Grade ihrer Leistungsfähigkeit, sondern nach dem Grade ihrer sozialen Hilfsbedürftigkeit. Das ist ein prinzipieller Fortschritt von weitgehender Bedeutung; nicht nur sollte er bei den jetzigen Gemeindevätern überall diskutiert werden, sondern auch die Gewerkschaften tun gut, sich damit zu beschäftigen.

Probenummern der sehr inhaltsreichen und vielseitigen Zeitschrift versendet kostenlos der Verlag der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 15.

Der „Jüdische Postillon“ versendet seine Nummer 22. Die farbigen Bilder sind aktuell und interessant. Am Titelbild verstreift das Jentum den eigensinnigen Minister Feilich. Ein anderes Farnebild zeigt uns den Jaren um sein Volk, das Schlachtfeld Pod und den Segen der Heiligkeit. — Ein neues Wintermärchen (Zeitgeist). — Was in der Welt vorgeht. Der Berliner Rante und insbesondere der Rängener Wärdin sind vorzüglich. — Seldi-Jüdisch widmet ein Gedicht: Dichtervort und Unfernt. — Am Grabe. Gedicht von S. S. — Im Bayerischen Wald (Aus dem Postleben). — Neue Steuern, ein guter Rat, d. i. kommt Zeit, kommt Draht. — Möllers Abschied (Gedicht). Dazu Duzende seiner Witze und Stiche.

Der „Postillon“ ist durch alle Buchhandlungen und Zeitungsträger für 10 Pf. zu haben, kann aber auch für 65 Pf. für das Vierteljahr abonniert werden.

„Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift. Heft 30. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lizl Baum. (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.)

„Annalen des Deutschen Reiches“ für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Herausgegeben von Dr. R. Th. Ueberberg und Dr. A. Droff. Inhalt von Nr. 10: Der Versicherungsvortrag nach der deutschen, Schweizerischen und französischen Gesetzesvorlage. Von Dr. L. Kullendeb. — Der Bodumer Verein für Bergbau und Guldstabsfabrikation, ein Beitrag zur Entwicklung der deutschen Montanindustrie. Von Dr. Lehmann in Berlin. — Die Konturrenzklause der Handlungsgesellschaften. — Aus den Gesetzblättern. — A. Schweizer, Verlag (Arthur Sellier), München 1905.

Maria Lichnowski. Die geschichtliche Beleuchtung der Kinder. (Frankfurt a. M. J. D. Sauerländer.)

„Popper, Voltaire“, 388 Seiten. Verlag von Karl Reimer, Dresden. Revellere und andere. Gegen den Erticismus. Zürich 1905, Albert Müller Verlag. Preis 80 Pf.

„Illustrierter Armeekalender“ für 1906. Minden i. W. J. C. C. Evans Verlag. Preis 50 Pf.

„Friedl“, Waltherr. Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie. Verlag von Duncker u. Humblot, Leipzig 1905.

## Vermischtes.

Eine Engelmacherin in Hamburg. Vor einigen Monaten gingen der Hamburger Polizei Mitteilungen zu, daß eine im Vorort Warmbeck wohnende Hebamme, Inhaberin einer Privat-Entbindungsanstalt, in derselben Weise mit den ihr zur Pflege übergebenen Kindern umgehe wie die am 2. Februar dieses Jahres wegen fünffachen Kindesmordes hingerichtete Frau Wiese. Während der ganzen Zeit wurde die Frau unauffällig polizeilich überwacht, und in den letzten Tagen wurde sozial Belastungsstoff herbeigeschafft, daß die Hebamme Montagmittag verhaftet wurde. Die etwa 40jährige Frau wird beschuldigt, den Tod mehrerer (wie es heißt sechs) ihr zur Pflege übergebener Kinder durch schlechte Behandlung und Ernährung verursacht zu haben. Die Behörde hat ermittelt, daß die Frau neugeborenen Kindern saure und dicke Milch gegeben und dadurch den Tod der kleinen Wesen herbeigeführt hat. Auch wird sie des Betruges beschuldigt; ferner soll sie beim Standesamt falsche Beurkundungen über die Kinder eingeleistet haben.

Im Bett verbrannt. In Griesen in Pommern hatte sich ein Gasthofbesitzer mit brennender Wäsche zu Bett gelegt und war damit eingeschlafen. Das Bett fing Feuer und der Mann verbrannte.

Vom Eisenbahnzuge überfahren. Gestern vormittag kurz nach 6 Uhr wurde ein Einwohner von Verneuchen, namens Hermann Winterberg, als er mit seinem Hundefuhrwerk auf der Chaussee nach Weigen über das Geleise der Nebenbahn Berlin-Verneuchen hinter Bahnhof Ahrensfelde fuhr, vom Zuge 680 überfahren und getötet. Der Schrankenwärter hatte veräuert, die Schranke zu schließen.

Hamburgs zukünftiger zoologischer Volksgarten. Nach einem ebenso eigenartigen wie praktischen Plan wird, wie die „Tägl. Rundschau“ meldet, der weltbekannte Tierhändler Karl Hagenbeck in Stellingen bei Hamburg einen Volks-Tiergarten einrichten. Auf einem neun Hektar großen Gelände will Hagenbeck die Tiere in voller Bewegungsfreiheit vorführen. Kein Gitter wird die Tiere von ihren Beschauern trennen. So wird man Ganssen und Eich-



Böde auf einem 20 Meter hohen künstlichen Felsen erbliden, und am Fuße der Gebirgsgruppe werden Anlagen zu einem Alpinium hergestellt. Die Polar-Tierwelt wird in einer nördlichen Landschaft, die einen Eisberg darstellt, der an einer felsigen Küste gestrandet gedacht ist, untergebracht. Am Fuße dieses Eisfelsen werden sich die Eisbären tummeln. Vor den Eisbären, durch einen breiten Graben von diesen getrennt, werden sich die großen Behälter für Seehunde, Seelöwen und nordische Vögel befinden, während im Hintergrunde Kenntiere zu sehen sind. Ferner wird ein großes „Zoologisches Paradies“ in vier Abteilungen angelegt. Auf der ersten befindet sich ein großer Teich, der mit Hunderten von Wasservögeln aller Art bevölkert wird. Die zweite soll von Kamelen, Alpakas, Büffeln, Giraffen, Antilopen usw. besetzt werden. Die dritte stellt eine große Felsenhöhle dar und sieht zwanzig verschiedenen Raubtieren als Spielplatz zur Verfügung. Dieser Raum ist von den Besuchern nur durch einen sieben Meter breiten und fünf Meter tiefen Graben getrennt, so daß sie in einer Entfernung von 30 Fuß alle diese Tiere frei vor Augen haben. Von der Absperrung ist nichts zu sehen, da diese durch eine größere Anzahl umherliegender Hindlinge und durch Tropenpflanzen künstlich verdeckt ist. — Im Hintergrunde befindet sich oberhalb der gesamten Anlage und zwar auf dem Haupte, das den Raubtieren als Schutz gegen Kälte und Käse dient, eine Felsgruppe, auf der sich, nur an dünnen Ketten befestigt, große Adler und Geier in Freiheit bewegen. Die Schlupfgruppe bildet die großen Felsen, die den Steinböden, Gemsen, Wildschafen als Aufenthalt dienen sollen. Man wird demnach in diesem sogenannten Tierparadies mindestens 800 Vögel und Säugetiere der verschiedensten Art auf einem freien, felsigen Terrain sich tummeln sehen, ohne daß man von Gittern oder einer sonstigen Absperrung etwas merkt. Große und kleinere Gebäude beherbergen ferner Elefanten, Büffel, Kriechtiere etc., und zwar in Vertiefungen, wie man sie selten in Tiergärten zu sehen bekommt. Im Hauptgebäude befindet sich auch eine Bahn, die als Abfruchtungsanstalt für die verschiedensten Tiere dient. Jedenfalls wird diese Anlage in der Welt einzig dastehen.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthalen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-68 pr. 100 Pfund, IIa 56-62, IIIa 50-55, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 85-90, IIa 73-82, IIIa 56-70, Sommerfleisch Ia 63-73, IIa 48-58. Schweinefleisch 68-74. Rindfleisch 40-50 Pf. Kalb 3,00-4,00, klein 1,25-2,50. Kaminchen 2,50-3,00. Krammetvögel 20-25 Pf. Rebhühner, junge Ia 1,00 bis 1,30, junge IIa 0,90-0,90, junge kleine 0,90-0,90, alte Ia 0,70-0,80, alte IIa 0,60-0,60. Gänser, alte 1,40-1,60, junge 1,00-1,20 das Stück. Tauben, junge 0,45-0,60, alte 0,30-0,35. Enten, junge 1,40-2,45. Gänse Ia, 3,50-4,20, IIa 2,50-3,00 per Stück, Ia 0,58-0,62, IIa 0,48-0,56 per Pfund. Gänse 81-88 R. Schafe, unfer 98 R., Wale, groß 80-86, mittel 80-82 R. Vögel 00-00 R. Kartoffeln 00-00 R.

Laß 00-00 R., Schellfische 31-38 R., Hunder 15 R. pro 100 Pfund. Schottische Vollbringe (gelassen) 36-38 R. Krebse, kleine, Schaf 4,50 R., unferiert 0,00 R. Eier, Schaf 3,70. Butter pro 100 Pfund Ia 120-124, IIa 114-120, IIIa 110-114, abfallende 100-110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 1,50-2,10, Rollen 1,50-1,75, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,50-2,00. Wirsingbohnen pr. Schaf 4,00-7,00, Weißbohnen 6,00-8,00, Rotbohnen 4,00-6,00, holl. 8,00-11,00, R. Saurer Gurken, neue, Schaf 2,-.

**Briefkasten der Redaktion.**  
**Alter Abonnent in Rigor.** Eine Vergleichung dieser Anstalten mit höheren Schulen ist nicht angängig, da sie ganz andere Unterrichtsziele verfolgen und daher auch in der Wahl der Lehrstoffe wie der Lehrmethoden ganz andere Wege gehen. Handwerkerlehren setzen Volksschul- oder Mittelschulbildung voraus und leiten auf den Handwerkerberuf hin. Die freiwilligen Fortbildungsschulen sind eine Fortsetzung der Volksschule und sollen in erster Linie allgemeine Bildung geben. — **T. 10.** In Paris. — **H. B. Rein.** — **N. 101.** Ja.

**Juristischer Teil.**  
**Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr.**  
**2. 3. 9. 1.** Sie hätten eine polizeiliche Genehmigung zur späteren Beerdigung erwirkt und mit dem Antragsvorstand eine Vereinbarung treffen, eventuell Beerdigung auf dem Gemeindefriedhof erwirken sollen, jetzt läßt sich gegen das Ritterschulische Vorgehen nichts machen. 2. Auch hier wäre eine Vereinbarung, eventuell Beerdigung auf dem Gemeindefriedhof erforderlich. 3. Sie können ein eigenhändiges Testament machen und selbst aufbewahren. Beispiele und Anleitung für ein solches finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers durch das R. G. B. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 4. Leider steht die Befindeordnung nicht Ihrer Tochter, sondern der Herrschaft zur Seite. Für künftige Fälle ist zu einem schriftlichen Vertrag dringend zu raten. — **S. D. 75.** Ja, sonst könnten vermögensrechtliche Nachteile erwachsen. — **P. D. 77.** 1. Die Bestimmungen des Vertrages, nicht die abzuwendenden des Gesetzes sind maßgebend: diese treten für die Fälle des Mangels einer Vereinbarung ein. § 140 R. G. B. gilt freilich neben Vertragsbestimmungen: aber der Beweis arglitigen Verschweigens dürfte in Ihrem Falle nicht zu erbringen sein. 2. Nichts ist Ihnen nicht durch Marken auf dem Vertrag, sondern in einem vom Vermittler geführten Reichstempelbuch quittiert. Ein Vertrag ist, auch wenn er stempelplötzlich ist, ohne Rücksicht auf die Nichtstempelung, gültig. — **G. R. 999.** Die wahrheitsgemäße Verantwortung kann Ihnen keinen Schaden bringen. — **H. B. 68.** Rein; Sie können (und hätten dies schon längst tun sollen) bei dem Amtsgericht auf Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz klagen. Zweckmäßig ist die Befügung eines ärztlichen Attestes. — **M. Ja.** 6. 8. Treffen Ihre Darlegungen zu, so sind die Verträge. Unter den 30 Einwohnern, die gegen die Richtigkeit der Bürgerliste Einspruch erhoben haben, befindet sich Ihr Name nicht. Haben Sie nach dem 30. Juli Einspruch erhoben, so wäre Ihr Protest verspätet. Bleibt Sie sich zur Klarstellung der Sachlage an den Vorständen des Wahlvereins oder an einen der Genossen, die Mitglieder des Stadtverordnetenausschusses zur Vorberatung über die Einsprüche sind. Das sind Dr. Liebnecht und Stadt-

lagen. — **G. Sch. 1.** Falls der Vertrag nicht Gegenständliches enthält, ist die Klage des Birles aussichtslos. 2. Der Amtsvorsteher ist im Recht. — **Hofordersr.** Sie können Beschlagnahme der Erblasserforderung beantragen. Ein Beispiel für solchen an das Gericht zu richtenden Antrag finden Sie S. 595, 596 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. — **Heinrichsdorferstr. 11.** Ein Gewerbetreibender, auch ein Geschäft, ist gesetzlich nicht verpflichtet, seine Waren zu verkaufen. In der Art der Abrechnung, Spielen und Getränke zu verkaufen, kann eine Beleidigung liegen. — **G. R. 47.** Das Geld für den Abwesenenden ist zu hinterlegen oder ein Pfleger für den Abwesenden zu bestellen. Im übrigen kann geteilt werden. — **W. 05.** Na. — **Scherer.** Rein, es sei denn, Ihr Vertrag läßt eine andere Verantwortung zu. Häufig haben wir darauf hingewiesen und wiederholen diesen Hinweis, daß eine sichere Antwort über Rechte oder Pflichten aus einem Vertrage, einer Urkunde, einem Testament usw. sich ohne Einsicht in die Urkunde nicht beantworten lassen. — **Auffklärung.** Nach §§ 37 und 39 des R. G. B. sind die Vertreter der Generalversammlung von den wahlberechtigten Mitgliedern aus ihrer Mitte in geheimer Wahl zu wählen und nur, wenn die Wahl verteuert wird, durch die Ausschichtsbehörde zu ernennen. — **H. R.** Nach § 14 Abs. 2 des Bürgergesetzes sind Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegekinder ohne gesetzlichen Grund und trotz amtlicher Aufforderung der Impfung oder der ihr folgenden Befehle entzogen geblieben sind, mit Geldstrafe bis zu 50 Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen bedroht. — **W. W. 1.** und 2. Ja. 2. Rein.

**Witterungsüberblick vom 24. Oktober 1905, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer (auf Meeresspiegel)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur (in Grad Celsius)	Stationen	Barometer (auf Meeresspiegel)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur (in Grad Celsius)
Swinemünde	763	SW	2	bedeckt	10	Daparden	771	SW	1	bedeckt	10
Hamburg	765	SW	2	bedeckt	8	Petersburg	768	SO	1	Dunst	8
Berlin	764	SW	1	Regen	3	Scilly	768	SO	3	wolkig	3
Frankfurt a. M.	767	SW	2	bedeckt	5	Übersee	769	SW	2	Regen	5
München	768	SW	2	wolkig	5	Paris	767	SW	bedeckt	5	
Wien	767	SW	2	bedeckt	5						

**Wetterprognose für Mittwoch, den 25. Oktober 1905.**  
Zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe, neblig und kühl mit geringen Niederschlägen und schwachen westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstand am 23. Oktober.** Elbe bei Hüllig + 0,80 Meter, bei Dresden - 0,50 Meter, bei Magdeburg + 2,88 Meter. — In Straßburg + 1,80 Meter, — Ober bei Kahlber + 1,48 Meter, bei Dresden Unterpegel + 5,08 Meter, bei Dresden Unterpegel + 1,04 Meter, bei Frankfurt + 1,87 Meter. — Weichsel bei Schwabmünde + 5,44 Meter. — Barthe bei Rofen 0,76 Meter. — Rebe bei Ulf + 1,10 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, 25. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Opernhaus, Hofop. Coppola.  
Schauspielhaus, Der Schurk der Teufe.  
Neues, Ein Sommernachtsstraum.  
Weites, Die Zauberlöte.  
Deutsches, Nachtst. 1.  
Berliner, Rean.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater).  
Ein Wintermärchen.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmshausliches Theater).  
Flachsmann als Erzieher.  
Felling, Stein unter Steinen.  
Central, Zur indischen Witwe.  
Reifend, Die Höhle des Löwen.  
Steines, Hidalla.  
Trianon, Madame Torera.  
Lustspielhaus, Der Familienstag.  
Zahla, Was fröhlich um fünf Uhr.  
Carl Weich, In Berlin ist was los.  
Luffen, Rean.  
Deutsch, Amerikanisches, Aber, Herr Herzog!  
Metropol, Auf — ins Metropol!  
Kasino, Der Weidmann.  
Apollo, Frau Luna. — Spezialitäten.  
Walhalla, Eine tolle Nacht.  
Gerrnfeld, Die Negerhäute.  
Wintergarten, Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Langel. — Spezialitäten.  
Belle-Alliance, Diane Deschner. — Spezialitäten.  
Folies Caprices, Nach dem Zappenschrei. Soll und Haben. — Spezialitäten.  
Reichshallen, Stettiner Sänger.  
Passage, Robert Koppel, Kariboll, der Mann mit den Füßen. Georg und Gusti Adler.  
Urania, Tausendstrafe 48/49.  
Abends 8 Uhr: Alpen- und Wüstenfahrten.  
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.  
Laglin geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

### Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:  
Spelterinis Alpen- und Wüstenfahrten im Ballon.

### Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Joëls Traum.**  
**!! Pompeji !!**  
Die Ehre des Vaters!  
Restaurant:  
Dresdener Sänger.

### Zentral-Theater.

8 Uhr täglich:  
Indische Witwe.  
Operette in 3 Akten v. L. Strauß.  
Donnerstag, den 26. Oktober:  
4 1/2 Kinder-Vorstellung. Halbe Preise.  
Sonabend nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Klassiker-Vorstellung: Wilhelm Tell.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Geisha.  
Abends: Indische Witwe.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Kean.**  
Donnerstag: Gally, des Theaters des Weltens: Die lustigen Weiber von Windsor.  
Freitag: Premiere: Simfon.  
Sonabend: Das Erbe.  
Sonntag nachm.: Die Kinder der Erzählung. Abends: Dithello.  
Montag: Vech-Schulze.

### Walhalla-Theater Weinbergsweg 19/20.

Direktion: Richard Schultz.  
Heute und folgende Tage:  
**Eine tolle Nacht.**  
Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

### Trianon-Theater.

Madame Torera  
(Madame L'ordonnance).  
Schwan in 3 Akten v. Jules Chancel.  
Deutsch von Max Schornau.  
Anfang 8 Uhr.  
Freitag zum erstenmal: Der letzte Troubadour.

### Kasino-Theater.

Schlingensstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Nur noch bis Freitag!**  
**„Der Adelsnarr.“**  
Sonabend: Premiere.  
Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr.“

### Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.  
Heute bis Freitag, Anfang 8 Uhr:  
**Die Höhle des Löwen.**  
Sonabend zum erstenmal: Der Prinzgemahl. Lustspiel in 3 Akten von F. Lamm und F. Chancel.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Herkulespielen.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Ein Wintermärchen.**  
Schauspiel in fünf Aufzügen von William Shakespeare.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Ein Wintermärchen.**

### Zirkus Albert Schumann.

Heute abends präzis 7 1/2 Uhr:  
Grande Soirée aquatique. Elite-Programm. u. a.: Noch nie dagewesen! Eine absolute Lebensnützlichkeit! Die 9 heiligen Chunchusen  
Bauberer und Gaufler aus Mukden. Die phänomenele  
**Javaner-Truppe.**  
Grottesquellustler aus Java.  
Der ausgezeichnete Tierkünstler  
**Arkadia.**  
vom Welt-Begleiter des Jaren.  
Die unübertrefflichen  
**John und Louis Boller**  
Vor- und Rückwärts-Saltomortali mit dem Zweirad.  
Das einzig existierende einen halben  
**Saltomortale schlagende Pferd.**  
Sämtliche Spezialitäten und Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.  
Zum Schluss: Riesenerfolg!  
Der Tag des  
**Englischen Derby.**

### Apollo-Theater.

Täglich 9 1/2 Uhr  
Unter persönl. Leitung v. Paul Lincke  
**Frau Luna**  
und die Oktober-Spezialitäten.  
Sonntag, 29. Oktober, nachm. 3 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
und Spezialitäten. Bedeutend ermäßigte Preise!  
**Metropol-Theater**  
Präzise 8 Uhr  
zum 47. Male:  
**„Auf — in's Metropol!“**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.  
Walden a. D. x MIB Clifford a. D.  
Bender x Giampietro  
Joseph x Massary x Frid-Frid  
Steldl x Lilly Walter.  
Rauchen in all. Räumen gestattet.  
Anfang 8 Uhr.  
**Etablissement Buggenhagen**  
Moritaplatz.  
Täglich  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk-Konzert.**

### Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Der Weltumsegler wider Willen.**  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag zum erstenmal: In Berlin ist was los. Gr. Rustattungsposse mit Ges. u. Ballett in 6 Bildern von R. Bajanz.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: Rotkäppchen. Abends: Anne-Lias.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.  
Zum letztenmal:  
**Eva.**  
Schauspiel in 4 Akten von R. Böh-Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Donnerstag Extra-Vorstellung: Das Käthchen von Heilbronn.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee Nr. 148.  
Heute: Sonder-Abend.  
Theater und Spezialitäten.  
Hochkomische Spielfolge.  
Nach der Vorstellung: Extra-Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Vorzugskarten gültig.

### Belle-Alliance Theater-Variété.

Anfang 8 Uhr.  
**Hauptmann Marquis Itonye**  
Szene vom Kriegsschauplatz.  
**Rosa u. Jehan**  
**Liane Leischer**  
**Fidelios**  
16 sensationelle Attraktionen.  
Sonntags 2 Vorstellungen  
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.  
Jeder Besucher 1 Kind frei.  
Rauchen im Wintergarten gest.

### Passage-Theater.

Anfang abends 8, nachm. 5 Uhr.  
**Robert Koppel**  
in seinem neuen Repertoire.  
**Georg u. Gusti Edler**  
in ihrer Alpenzige.  
Gewöhnliche Preise:  
Orch.-Loge 4 R., Terrasse 3 R., Orch.-Bauk. 2 R., Parkett-Bauk. 1,50 R., Parkett 1 R., Eintritt 50 Pf.  
**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Königsplatz 67.  
Zum Jeden Abend 8 Uhr!  
Gastspiel Ad. Philipp  
**53. ABER!**  
Male: Herr Herzog!  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise!  
„Ueber'n großen Teich.“

### Herrnfeld-Theater.

Nur noch wenige Tage!  
**Die Meyerhains.**  
Komödie in drei Akten mit den Autoren  
Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
In Vorbereitung:  
**Familientag im Hause Prellstein.**  
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorder. 11-2 Uhr, Theaterkasse.

### Colosseum

Tredenerstraße 97.  
humoristische Spezialitäten  
**16 u. a.: Bendix.**  
Littke Carlsen.  
**Wally Walborg.**  
La Perle, die deutsche Fuller.  
**Heute: Debüt der jüngsten Berliner Soubrette**  
**Trudy Truth**  
15 Jahre alt.  
Debüt der populärsten sächsischen Humoristen  
**Neumann-Blemchen.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder Platz 40 Pf. Ein Kind frei!  
Souvenirverteilung.  
Im Kongressaal 2 Stabellen (Schrammeln), Naturfänger, Ungarn. — Sonnt. 8 Uhr. Sonnt. u. Feiertags ab 3 Uhr, Ende 1 Uhr.

### Walhalla-Theater (Weinbergsweg 19/20.)

In den nächsten Tagen beginnt die  
**Große internationale Ringkampfkonzurrenz**  
Preise in bar  
**5000 Mark.**  
Außerdem dem Sieger die große goldene Medaille.  
(Näheres die Plakate.)

### Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85.  
**Saisonsechler!**  
**Die Schlächtermeisterin als Schauspielerin**  
oder: Standal im Theater.  
Große Posse  
und 20 Spezialitäten-Nummern.

### Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Ab. Börse.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Das brillante Oktober-Programm.**  
**Darion Brothers**  
Handvollgeure.  
**Toni u. Leopoldo**  
Rust. Volkspiele.  
**Eugen Nighton**  
mod. Jongleur.  
Einakter, Schwan in 1 Akt u. R. Keller.  
Virtuos Brothers, mod. Gladiol.  
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur- u. Haarregelschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

### Etablissement Neue Welt.

Hasenheide 108/114.  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters  
**Vom Thron zum Schafott.**  
Historisches Schauspiel in 5 Aufzügen von Fr. Tiech.  
Anfang 8 Uhr. Kaffeneröffn. 7 Uhr.  
Entree 30 Pf., numerierter Pl. 50 Pf. (im Abonnement 40 Pf.)  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

### Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater  
132 Linienstr. 132  
Ecko Friedrichstraße.  
**Nach dem Zapfenstreich.**  
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichn. Spezialitätenentail.  
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf täglich ab A. Worthelm und an der Tageskasse.





# WINTERGARTEN

Heute die in London an 1000 Abenden mit großem Heiterkeitserfolge gegebene Pantomime  
**Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tangel**  
 Original-Aufführung ausserdem  
 Guarrero, span. Tänzerin. Artels, Rockkünstler. Amann, Mimiker. Harndins, Wundersterner. Calle de Lassa, Drahtseilakt. Marddar, Gold-amazone. In Japan, Ballett. Moore, engl. Sängerin. Cellins und Hart, Exzentriker. Die mysteriösen Musaron.  
**Biograph.**

**ELYSIUM.**  
 Kommandantenstr. 3-4.  
 Vollständig neu renoviert.  
 Auftreten v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.  
 Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

**Artus-Hof**  
 Perlebergstr. 25. Stendalerstr. 18.  
 Säle von 100-1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.  
 Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag: **Gr. Theater - Vorstellung.**  
 Jeden Montag: Quartett-Sänger und humoristische Soiree.  
 Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

**Eine Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige  
**Herren-Garderoben.**  
 Ersatz für Maß.  
 Anfertigung nach Maß.  
 Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
 Schneidermeister,  
 Große Frankfurter Str. 37. II.  
 Eingang Straußberger Platz.  
**Dr. Schünemann,**  
 Spezialarzt für (11000)  
**Haut- und Nervenleiden, Frauenkrankheiten,**  
 Seydelstr. 9, blüht am Spittelmarkt.  
 Dozentags 1/2, 12-1, 3, 1/2, 6-1, 8, Sonntags 10-12.

## Für Lichtenberg und Rummelsburg!

Am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5:

### Öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Lichtbilder-Vortrag des Gen. Kroll über: „Die englische, deutsche und schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung in Wort und Bild.“ 2. Diskussion.  
 In Anbetracht des lehrreichen Vortrages bietet um zahlreichem Besuch  
**Der Einberufer: Köhler.**

## Berliner Consum-Verein.

Abteilung III, Moabit.  
 Sonntag, den 29. Oktober:

### HERBST-FEST

in sämtlichen Räumen des Moabiter Gesellschaftshauses, Bielefstraße 24 und Emdenerstraße 41.  
**Konzert, Tanz und Familien-Unterhaltung**  
 sowie  
**Große Waren-Ausstellung**  
 veranstaltet von der Grobkonsum-Genossenschaft deutscher Consum-Vereine in Hamburg.  
 Außerdem:  
**Lichtbilder-Vorträge**  
 über die englischen, deutschen und schweizerischen Consum-Vereine.  
 Eintritt 25 Pf. einschließlich Programm. — — — Eintrittskarten sind in den Verkaufsstellen zu haben.  
 Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Lichtbilder-Vorträge 5 Uhr.  
 Für Herren 50 Pf. extra. **TANZ.** Für Herren 50 Pf. extra.  
**Das Komitee.**  
 Die Waren-Ausstellung findet im kleinen Saale statt und ist Sonntag von 12 Uhr an, außerdem auch noch Montag und Dienstag von 3-8 Uhr geöffnet bei freiem Eintritt.  
 Wir bitten besonders die Frauen um zahlreichen Besuch der Waren-Ausstellung, um sich von der Leistungsfähigkeit der Consum-Vereine zu überzeugen.

**Verkaufsstellen**  
 des  
**Berliner Consum-Vereins:**  
 128/14

1. Michaelkirchplatz 4
2. Krausstraße 7
3. Liebigstraße 7
4. Hornborferstraße 62
5. Havelbergerstraße 6
6. Hohofstraße 20
7. Emdenerstraße 50.
8. Rummelsburg: Türschmidtstraße 6
9. Berlin-Stralau: Stralauer Allee 20A
10. Frankfurter Chaussee 103
11. Kronprinzstraße 1

Otto Pritzkwitz  
 Berliner  
**Abnormitäten-Theater**  
 Münzstr. 16.  
 Die drei lebenden  
**gr. anatomischen Wunder**  
 Muskelmensch  
 Skelett-Mensch  
 Gummihautmensch  
 Entree 20 Pf.

Donnerstag, 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,  
 Rosenthalerstr. 11/12:  
**Branchen-Versammlung der Stellmacher.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht vom 3. Quartal 1905. 2. Bericht von der Stellmacher-Konferenz in Halle. 3. Wahl der Zentralkommission. 4. Branchenanangelegenheiten. 5. Verschiedenes.  
**Die Kommission.**  
**Achtung!**

**Achtung!**  
**Kupferschmiede!**  
 Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 Uhr:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
 des Verbandes der Kupferschmiede Deutschlands (Zentrale Berlin)  
 in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35.  
 Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen.  
 Die Kollegen werden ersucht, direkt von der Arbeit zur Versammlung zu kommen und pünktlich zu erscheinen.  
 Der Vorstand.

**Achtung!**  
**Küchenmöbel-Branche!**  
 Die Versammlung findet nicht am Donnerstag, den 26. d. Mts., statt, sondern am  
**Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr,**  
 im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 o.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission. 4. Verschiedenes.  
 Alle in dieser Branche beschäftigten Kaler sind hierzu eingeladen.  
 Die Ortsverwaltung.

**Sanssouci, Kottbuserstr. 4**  
 Dir. W. Reimer.  
 Heute Mittwoch:  
 Ein  
**unbeschriebenes Blatt.**  
 Lustspiel in drei Aufzügen von E. v. Holzogen.  
 Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hofmanns**  
 Norddeutsche Säger und Tanztruppen.  
 Sonntag Beginn 5 Uhr, mochenstags 8 Uhr.

**Herz und Kaffee!**  
 Der Nerven- und Herz-Spezialist Dr. Hans Stoll, Badearzt in Rauheim, sagt in seiner ausgezeichneten populär-wissenschaftlichen Broschüre „Alkohol und Kaffee in ihrer Wirkung auf Herzleiden und nervöse Störungen“ wörtlich: —  
 „Somit ist Tropenkaffee als Erreger des hohen Blutdrucks ein Herzschwächer, das im Kaffee enthaltene Koffein als Gift ein degenerierendes Feind des Herzmuskels. Beide Wirkungen ergänzen einander, um das Herz im Laufe der Jahre zu verdrängen. Erwaigt man, daß in der guten Gesellschaft während eines ganzen Lebens das Herz täglich dieselbe Attade des „Wollas“ aushalten muß, so wird die Häufigkeit der Herzkrankheiten in guten „Streifen“ erklärlich.“  
 Was folgt daraus? — daß man den regelmäßigen Genuß von Bohnenkaffee meiden muß, wenn man sich ein gesundes, ungechwächt funktionierendes Herz erhalten will. Man braucht nichts für sein Herz und seine Nerven zu fürchten, wenn man sich an den vollkommen unschädlichen Kathreiners Malzkaffee hält und gewöhnt, der wegen seiner großen hygienischen Vorzüge und seines würzigen kaffeeartigen Wohlgeschmacks, den er durch das patentierte Herstellungsverfahren erhält, von den Ärzten empfohlen und von allen, die ihn schon täglich trinken, als etwas Kostliches für die Gesundheit mit Wohlbehagen empfunden und hoch geschätzt wird. Diese unersehblichen Eigenschaften des echten „Kathreiner“ fehlen allen Nachahmungen. Der echte Kathreiners Malzkaffee — das merke man sich ja genau — wird nur in geschlossenen Paketen verkauft, die das Bild und den Namenszug des Pfarrers Streipp als Schutzmarke zeigen. Darauf achte man und beginne sogleich mit einem Versuche, der sich fürs ganze Leben lohnen wird.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9079.  
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Donnerstag, 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus der Musiker,  
 Kaiser Wilhelmstr. 18 m, großer Saal:

### Öffentliche Versammlung der Elektro-Monteure

Berlin und Umgegend.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Welche Lehren haben die Elektro-Monteure aus der letzten Bewegung in der Elektro-Industrie zu ziehen? Referent: Kollege A. Wuschik. 2. Diskussion.

Donnerstag, 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Kumpke,  
 Schimmelstr. 80:

### Bezirks-Versammlung der Spandauer Kollegen u. Kolleginnen.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Die Kirche und ihre Pflichten.“ Referent: Dr. Adolf Stern, Berlin. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Vollshaus“,  
 Rosinenstr. 3:

### Bezirks-Versammlung für Charlottenburg und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Pawlenitsch über: „Was lehren uns die letzten Kämpfe in der Elektro-Industrie?“ 2. Diskussion. 3. Bericht der Gewerbegerichts-Besitzer und Renowahl derselben. 4. Verbands-Angelegenheiten.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 Die Ortsverwaltung.  
 153/10

## Neue freie Volksbühne

Morgen, Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,  
 in den Industrie-Festsaal, Beuthstr. 19/20:

### Ordentl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Dr. Paul Loghand: „Die Entscheidung des modernen Theaters.“  
 2. Bericht des Vorstandes.  
 3. Bericht des Kassierers und der Revisoren.  
 4. Wahl des Kassierers, der Revisoren und der Ordnerschaft.  
 5. Verschiedenes.  
 Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.  
 Um zahlreichen Besuch bittet dringend  
**Der Vorstand. J. K. Heinrich Neff.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Donnerstag, den 26. Oktober 1905, bei Keller,  
 Koppensstraße 29:

### Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:  
 1. Welche Lehren ziehen wir aus der Aussperrung in der Elektrizitäts-Industrie? Referent: Th. Gloeko. 2. Berufsaussichts- und Differenzen, Verbandsangelegenheiten. 95/12  
 Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.  
 Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Donnerstag, den 26. Oktober 1905, abends 7 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 in den Andreas-Festsaal, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ernst Brückner: Partei und Gewerkschaften. 2. Abrechnung vom 3. Quartal. 3. Bericht vom Montag. 4. Bericht über die Berufstages. 5. Wahl eines Revolvers für den Zentralvorstand. 190/10  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Der Vorstand.

## Charlottenburg!

Heute Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz,  
 Kaiser Friedrichstraße 24:

### Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. 250/20  
 Referenten: Reichsdiag. Abg. Dr. Südekum und die Kandidaten.  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Der Einberufer.**

## Verband deutscher Barbier-, Friseur- u. Perückenmacher-Gehülften. (Zweigverein Berlin.)

Donnerstag, den 26. d. M., abends 10 Uhr, im „Englischen Garten“,  
 Alexanderstr. 27 o:

**Kombinierte General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Erledigung der Streitfragen innerhalb des Verbandes. Referenten: Schulze, Wesche. 2. Diskussion. 3. Bericht über die telephonische Gewerkschaft am 17. Oktober 1905 vor dem Einigungsamt. Referent: Baumgart. 4. a) Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftsartell. b) Wahl von zwei Delegierten zur Schlichtungskommission. 255/25  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die freientenden Parteien:  
**Schulze, Wesche. Baumgart, Weber.**

**Bekanntmachung.**  
**II. Abänderung**  
 zum Statut der  
**Orts-Krankenkasse**  
 für die  
**Wäschefabrikation**  
 vom 6. November 1892.

Artikel I.  
 In § 19 werden die Worte „Kranken-Unterstützung, Wochensparnisse, Unterstützung und Sterbegeld“ gestrichen und dafür gesetzt: „die geschlossenen Rindfleischungen“.  
 In § 20 wird im ersten Satz hinter den Worten „der Städtischen Spar-Kasse zu Berlin“ der Zusatz gemacht „oder einer im Aufsichtsweg“ genehmigten hiesigen Bank“.  
 Artikel II.  
 Die Bestimmungen dieser Abänderung treten mit dem Tage ihrer Genehmigung in Kraft.  
 Berlin, den 7. April 1905.  
**Der Vorstand**  
 der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation.  
 Vorsitzender Schriftführerin  
**F. Frankfurter. Th. Wäsche.**  
 Genehmigt  
 durch Beschluß vom 12. August 1905.  
**Der Bezirksausschuß zu Berlin**  
 Abteilung II.  
 (L. S.) 515er.  
 II C 71 05 275/17  
 zu 4020 Betr. II 05. II C 71 05



Für die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektro-Industrie Berlins und Umgegend

gingen ein: Schauspiel-Klub „Adalbert“ 76,60. Liste 11 786 Scheibel, Dront...
Liste 231 4,50. Liste 3429 Wrig u. Genert, Schlosserei 41,—. Liste 3802...

28.25. Tischlerei G. u. H. Schätze, Reuenburgerstraße, 2. Rate 25,50.
Liste 231 4,50. Liste 3429 Wrig u. Genert, Schlosserei 41,—. Liste 3802...

Beim Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend
gingen bis zum 24. Oktober folgende Beiträge ein:
Arbeiter des Königl. Feuerwerk-Laboratoriums Liste 158 81,40. Bau...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Friedrich Teichler
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Tischler Friedrich Teichler...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Robert Bartz
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Tischler Robert Bartz...

Dankagung. Für die vielen Beweise der brüderlichen Teilnahme...

Todes-Anzeige. Luise Zeuge geb. Schlüter
Mein lieber Freund und Bekannter zur Nachricht, daß meine liebe Frau...

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zeuge
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Frau unseres Kollegen...

Dr. Simmel, Prina-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Haarleiden.

Todes-Anzeige. Anna Wreh
Mein lieber Freund und Bekannter zur Nachricht, daß meine liebe Frau...

Wagenleiden oder indischen Kräuter-Magen-Likör. Bier her!
Gulmbacher... 30 Gl. 3,— 24. Deutsch Porter... 16 3,—...

Feine Pelzwaren Stolas-Jackets
in vorzüglicher Ausführung sehr preiswert. 49/12\* 57 Leipzigerstraße 57 Hof.

Nach Zeitungsberichten hat in der Stadtverordneten-Versammlung vom 19. d. Mts. der Herr Oberbürgermeister der Stadt Berlin ausgeführt, daß die Stadtgemeinde im Jahre 1900 zur Übernahme des Betriebes unseres Bahnamernehmens berechtigt sei. Zum Beweise dessen hat er ein Schreiben der unterzeichneten Direktion vom 18. Mai 1896 (nicht 1898, wie in der Presse vielfach gelagt) teilweise vorgelesen.
Diese Beweisführung krankt daran, daß das angeführte Schreiben für die endgültige Vertragsvereinbarung völlig bedeutungslos ist: es stellt nicht weiter dar, als eine Phase in den Vorverhandlungen, die nicht bis zu einer vertragsmäßigen Vereinbarung gediehen ist, vielmehr schon bei den nächsten Verhandlungen wieder verlassen wurde.
Die Anführung dieses Schreibens hat ansehend die öffentliche Meinung irreführt und zwingt uns daher zu nachstehender Erklärung:
Die Magistrats-Kommission hatte am 12. Mai 1896 ersucht, ihr die Geldsummen mitzutheilen, die für den Fall des Überganges unseres Unternehmens im Jahre 1912, 1913 usw. bis 1920 auf die Stadtgemeinde verlangt würden. In unserer Antwort vom 18. Mai teilten wir eine Abtretung des Unternehmens gegen Entschädigung vor dem Jahre 1920 überhaupt ab. Die Verhandlungen zwischen der Stadtgemeinde und uns gingen darauf bis zum Vertragsabschlusse über ein Jahr weiter. Hierbei zog es die Stadtgemeinde — offenbar aus petunkären Gründen — vor, von dem unfererseits angebotenen, dem Kleinbahngesetz entsprechenden entgeltlichen Erwerbsrechte des Gesamtunternehmens mit dem Ziele auf Betriebsübernahme abzusehen und statt dessen sich lediglich den unentgeltlichen Eigentumsübergang bestimmt präzipierter Vermögensgegenstände unseres Unternehmens — nämlich der Schienen mit Zubehör und der Patente usw. — im Jahre 1920 auszubedingen.
Schon in der mündlichen Erörterung vom 29. Mai 1896, also nur wenige Tage nach Abfassung des mehrerwähnten Schreibens erhielt der betreffende § 31 des Vertragsentwurfes laut der vom Magistrat angenommenen und uns mitgeteilten amtlichen Niederschrift folgende Fassung:
„Das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen soll nur der Bahnkörper (Betriebsgleise) nebst Ständern und Zuleitungsdrähten usw.“
Beim endgültigen Vertragsabschlusse wurde sogar dieses Recht auf Übergang des Bahnkörpers noch erheblich eingeschränkt, so daß der § 36 des Vertrages folgendermaßen lautet:
„Der Bahnkörper (Betriebsstrecken), soweit er sich auf in städtischer Unterhaltungspflicht befindlichen Bahnstrecken befindet, nebst Zubehör (als Ständer, Zuleitungsdrähte usw.) und nebst den etwa auf städtischem Grund und Boden errichteten Wassertürmen (§ 22) geht unentgeltlich in das Eigentum der Stadtgemeinde Berlin über usw.“
Hiernach hat sich die Stadtgemeinde Berlin durch § 36 des Betriebsumwandlungs-Vertrages lediglich den unentgeltlichen Übergang eines Teiles des Gesamtunternehmens und einzelner Nebenrechte, nicht dagegen, wie ursprünglich von uns angeboten, ein Kleinbahngesetzliches Erwerbsrecht auf das ganze Unternehmen mit dem Ziele auf demnächstige Betriebsübernahme ausbedungen.
Ein Schreiben in gleichem Sinne wie die vorstehenden Darlegungen haben wir an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin gerichtet.
Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn. Dr. Wiede, von Kihlewein, Koehler.







# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 250. Mittwoch, den 25. Oktober 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Steglitz.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schellhase eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Das Organisationsstatut von Groß-Berlin. Referent: Genosse Wollermann-Schöneberg. 2. Wahl von zwei Delegierten zur Generalversammlung. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Der Vorstand.

**Rosfen.** Heute, Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, hält der Wahlverein seine Generalversammlung in Schimles Lokal ab. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Kasienbericht, Jahresbericht, Neuwahl des Vorstandes, Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl etc.

Zur Lokalfrage ist zu bemerken, daß das jetzt G. Müllersche Lokal („Weiher Schwan“) uns nicht zur Verfügung steht, also streng zu meiden ist. Vereins- und Versammlungsort ist nur allein das Schimlesche Lokal. Der Vorstand.

**Spandau.** Am Freitag, den 27. Oktober, findet bei Köpnic, Pflaßdorferstraße 39, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Provinzialkonferenz, Bericht der Stadtverordneten, Aufstellung von Kandidaten, Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.

Am Sonntag, den 29. Oktober, früh: Flugblattverbreitung, zu welcher alle Genossen eingeladen sind. Sammelplatz in den Bezirkslokale um 7 Uhr. Der Vorstand.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Parteigenossen und Gewerkschaften werden hiermit ersucht, die noch in ihrem Besitze befindlichen Sammelkarten für die Anwesenden in der Berliner Elektro-Industrie baldigst beim Genossen Franz Jost, Grünstr. 23, abgeben zu wollen.

Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission.

**Liberaler Stadtverordneten-Kandidaten.** Der liberale Mod. bestehend aus einigen freisinnigen Bezirksvereinen, dem freisinnigen Arbeiterverein, dem national-liberalen Wahlverein und dem Streßköpfer'schen Kommunalwahlverein, hat seine Stadtverordneten-Kandidaten aufgestellt. In der ersten Abteilung kandidieren die Herren Gymnasialdirektor Dr. Hubatsch, Kaufmann Wöllmer, Prof. Prossauer, Fabrikbesitzer Mann, Rentier Ring, Rechtsanwalt Djalozynski, Rentier Schwah, Oberbergbauamtsrat Freund, Sanitätsrat Dr. Landsberger, Medizinalrat Dr. Rose; in der zweiten Abteilung Jügelbesitzer Heise, Rentier Wenig, Regierungsrat Dr. Stadthagen, Schriftsteller Dr. Benzig, Rechtsanwalt Holz, Dr. Köhlig, Oberleutnant Stein, Fabrikbesitzer de Gruyter; in der dritten Abteilung im ersten Bezirk Eisenbahndirektor a. D. Callam und Bureaudirektor Vollmann, im zweiten Dr. Rotholz, im vierten Köpfermeister Knöpfel, im fünften Malermeister Winkel, im sechsten Rentier Finius, im siebenten Stadtv. Jolenberg, im achten Rentier Plag und Lehrer Otto.

Der Wahlkampf in der dritten Klasse wird voraussichtlich recht heftig werden. In den letzten Jahren war das Verhältnis folgendes: Es wurden im Jahre 1899 abgegeben in der dritten Klasse 3162 sozialdemokratische und 4578 bürgerliche Stimmen, im Jahre 1901 4788 sozialdemokratische und 4999 bürgerliche, im Jahre 1903 5033 sozialdemokratische und 3894 bürgerliche Stimmen. Trotz dieser gewaltigen Zunahme ihrer Stimmzahl wird die Sozialdemokratie sich nicht in Sicherheit wiegen dürfen, sie muß vielmehr angeht die Anstrengungen der Gegner den letzten Mann an die Wahlurne bringen. In der ersten und zweiten Klasse sind wir dank dem Dreiklassen-Wahlssystem machtlos, aber in der dritten Klasse muß dem freisinnig-national-liberalen Bündel eine eklatante Niederlage bereitet werden. Allzu siegeszuversichtlich sind die Herren ja nicht, denn sonst hätten sich nicht bisher in der dritten Abteilung gewählte Liberale in die zweite Abteilung geflüchtet. Den 7. und 8. Bezirk (Wegend der Kaiser Wilhelm-Gedächtnisstraße) haben die Liberalen für frühere Stadtverordnete revidiert, den 4. und 5. Bezirk, die zu den Hochburgen der Sozialdemokratie gehören, haben sie Mitgliedern des freisinnigen Arbeitervereins überlassen, die eine Ehre darin erblicken, sich von der liberalen Bourgeoisie als Durchfallskandidaten mißbrauchen zu lassen, für den dritten Bezirk haben sie überhaupt noch keinen Kandidaten. Gerade in diesem Bezirk aber ließe sich am ehesten die Probe auf's Exempel machen, ob die Bevölkerung wirklich von den Liberalen noch etwas wissen will. Aber in echt liberalem Kampfesmut geht man dem Urteil der Wähler aus dem Wege und prahlt dann mit den „Stegen“ in der ersten und zweiten Klasse.

### Rigdorf.

**Gegen Fleischmangel und Fleischnot.** In einer der letzten Stadtverordneten-Sitzungen war der Beschluß gefaßt worden, den Magistrat zu ersuchen, in gemischter Deputation mit den Stadtverordneten über Mittel und Wege zur Linderung der Fleischnot zu beraten und eine Petition an den Bundesrat abzuschicken, die die Regierung um geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnot ersuchen sollte. Vor einigen Tagen fand nun diese Kommissionsberatung statt. Den Vorschlag, den Herr Poddieski in seiner Weinsaune gemacht hat, die Städte sollten selbst die Viehzucht in die Hand nehmen, fand allseitige Zustimmung. Man erkannte den Nutzen einer städtischen Viehzucht auf den Vielegütern zur Erleichterung der Fleischkonservenherstellung an und beschloß, der Tiefbaudeputation, die für die Vielegüter zuständig ist, aufzugeben, darüber Erhebungen anzustellen, auf welche Weise eine große Viehzucht auf den städtischen Vielegütern einzuführen ist. — Hoffen wir, daß diese Deputation recht bald zu günstigen Resultaten in dieser Frage kommt. Des weiteren gelangte eine vom Magistrat verfaßte Petition zur Verlesung, deren Abwendung an den Bundesrat, den Reichskanzler und Landwirtschaftsminister beschlossen wurde. Aus dieser Petition mögen einige Absätze hier folgen. Nach einer Einleitung, die ein unbedingt Eingreifen des Staates gegen die Fleischnot fordert, fährt die Petition folgendermaßen fort:

„Daß der jetzt bestehende Fleischmangel die Gesundheit der Bevölkerung und namentlich der gerade für Rigdorf am meisten in Betracht kommenden unterer bemittelten Bevölkerung aufs schmerzhafteste schädigt, und daß die drohende Seuchengefahr durch die mangelhafte Ernährung gerade der arbeitenden Klassen infolge der verminderten Widerstandsfähigkeit erheblich gesteigert,

daß die Wehrfähigkeit geschwächt und daß endlich die Unzufriedenheit der ärmeren Bevölkerung mit den herrschenden Zuständen durch die bestehende Schwierigkeit, für die Familie die notwendigen Nahrungsmittel zu beschaffen, erheblich geschärft wird, brauchen wir nicht näher darzulegen oder zu beweisen. Die Petition weist dann aufs entschiedenste die agrarischen Argumente, daß nur die Schlächter oder die bösen Großstädte mit ihren Schlachthausgebühren an der Fleischnotierung schuld seien, zurück und schlägt dann in folgender Weise:

„Als wirksames Mittel zur Abhilfe der Fleischnot kann unseres Erachtens nur die Definierung der Grenzen in Frage kommen. Wenn auch ausdrücklich gefordert werden muß, daß nur absolut gesundes Vieh eingeführt wird, so kann dies nach unserer Meinung vollständig dadurch erreicht werden, daß das eingeführte Vieh an der deutschen Grenze von einem deutschen Tierarzt auf seinen Gesundheitszustand untersucht, dann in verschlossenen Wagen nach städtischen Schlachthöfen gebracht und dort geschlachtet wird. Vieh, das unter solchen Vorsichtsmaßnahmen eingeführt wird, kann uns niemals eine Seuche bringen. Hierdurch würden auch die Beschwerden über die Quarantänemaßregeln, welche jetzt hienieden als Sperremaßregeln angesehen werden, beseitigt werden.

Ferner muß, da die jetzigen Zustände den Beweis erbracht haben, daß die deutsche Landwirtschaft jedenfalls nicht immer in der Lage ist, den Fleischkonsum zu befriedigen, gefordert werden, daß die Vieheinfuhrzölle dauernd oder doch wenigstens in solchen Zeiten, in denen ein Mangel an Schlachtvieh oder Magervieh im Lande eintritt, erheblich herabgesetzt werden. Als dringendes Erfordernis sehen wir auch die nochmalige Revision des am 1. April 1906 in Kraft tretenden neuen Zolltariffs an.

Endlich erscheint es als Präventivmaßregel für zukünftige Fleischnotierungen erforderlich, daß in solchen Jahren, wie dem vorigen, in welchem die Aufzucht von Schlachtvieh durch Futtermangel so erheblich beeinträchtigt wird, die künftige Staatsregierung durch Ermäßigung des Jolles auf Futtermittel und durch Herabsetzung der Eisenbahntarife für dieselben eingreift. Hierdurch würden sowohl die Interessen der Viehproduzenten wie des Gewerbes und der Konsumenten gleichmäßig gefördert werden.“

In dieser Petition ist noch interessant, daß im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag der Sozialdemokraten, die Regierung speziell um Definierung der Grenzen zu ersuchen, abgelehnt und dafür eine allgemeinere national-liberale Fassung angenommen wurde. In der Kommission dagegen wurde, wie ja ersichtlich ist, auf das entschiedenste die Definierung der Grenzen gefordert, so daß schließlich doch der sozialdemokratische Antrag den Sieg davontrug. —

**Fürstlicher Tod.** Der Engroschlächter Kämpel aus der Thauerstr. 23 in Berlin hielt am Dienstagvormittag mit seinem Fuhrwerk vor dem Hause Herbergstr. 28, um Fleisch abzuladen. Plötzlich stürzte der große, starke Mann lautlos vom Wagen und blieb neben denselben liegen. Passanten eilten ihm zur Hülfe und liehen ihn nach dem Krankenhaus bringen. Beim Eintreffen daselbst war er jedoch bereits tot; ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. — Ein ganz gleiches Schicksal traf am Montagabend den 24-jährigen Drohschankführer Karl Löben aus der Wilmannsstraße 20. Er befand sich in dem Restaurant von Felsch in der Anesebedstraße und brach plötzlich leblos zusammen. Ein hinzugeholter Arzt konnte nur noch den infolge Gehirnschlags eingetretenen Tod konstatieren.

**Aus Nahrungsforgen Selbstmord verübt hat der Rietzenstraße 21 wohnhafte unverheiratete Redakteur Dr. Hans Schilling, ein Mann von 40 Jahren. Infolge Stellunglosigkeit in Not geraten, wußte der Bedauernswerte keinen anderen Ausweg, als in den Tod zu gehen. Gestern nachmittag wurde Sch. in seiner Wohnung erhängt aufgefunden.**

**Aus dem Rigdorfer Schiffahrtskanal gefandelt wurde an der Treptower Brücke die Leiche eines Kindes. Anscheinend handelt es sich um eine Frühgeburt. Die Leiche wurde nach dem Berliner Schauhause geschafft.**

### Lichtenberg.

**Lichtenberg gegen Berlin.** In den Querstraßen der Frankfurter Allee finden seit etlichen Tagen blutige Schlägerkämpfe statt, an welchen sich auch zahlreiche erwachsene Rowdies beteiligen, so daß gestern von seiten der kriminalpolizei eine große Razzia gemeinsam mit den Lichtenberger Amtsdienern gegen die Kämpfenden vorgenommen werden mußte. Diese Schlägerkämpfe hatten derartige Dimensionen angenommen, daß dadurch die Passanten in ärgster Weise gefährdet wurden, denn die Lichtenberger Kämpfer bedienten sich sogar der Hunde, welche sie aus ihre Gegner liechten. Die Berliner Jungen bezogen dagegen ihre Waffen dadurch, daß sie die Schutzgüllen der Straßendäume abriffen. — Bei diesen Schlägereien gab es auch arge Verletzungen, was zu Anzeigen bei den Polizeibehörden führte. 13 der Verurteilten sind bei der Razzia nun festgenommen worden. Es sind zum meist große Bengel, welche ihrer Verurteilung wegen Verübung groben Unfugs entgegensehen. Außerdem sind die Lehrer der in Betracht kommenden Schulen in Berlin und Lichtenberg angewiesen worden, die Schüler eindringlich zu ermahnen, an dergleichen Schlägereien zukünftig nicht mehr teilzunehmen.

### Spandau.

Aus Anlaß der Stadtverordneten-Erhaltwahl fand am Montag die erste Versammlung auf dem Rottenbaum statt, dieselbe war „den Verhältnissen entsprechend“ gut besucht. Das Referat hatte Genosse Pieper übernommen. In der Diskussion sprachen noch die Genossen Reibholz und Pieper, sowie unser Kandidat für den Rottenbaum, Genosse Rupprecht. Die Ausführungen fanden von seiten der Versammlung lebhafteste Zustimmung. Trotz Aufforderung fühlen die anwesenden Gegner sich nicht veranlaßt, ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Wenn wir auch mit einem Erfolg bei der diesmaligen Erhaltwahl für den Rottenbaum der geringen Wählerzahl wegen nicht rechnen, so haben wir doch die Hoffnung, daß das durchaus aus der Taufe gehobene „jüngste Kind Spandaus“ sich zum gelunden kräftigen Wettkämpfer der Sozialdemokratie entwickeln wird. Der Rottenbaum gehört nicht allein den Spandauern, er gehört uns Sozialdemokraten und er wird in der künftigen politischen Entwicklung Spandaus die Hauptrolle spielen.

### Mahlsdorf.

Ueber den Parteitag in Jena referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Finjeler. In ausführlichen Darlegungen ging er auf die Verhandlungen des Parteitages, insbesondere auf die Verhandlungen über die Parteifeier und des Massenstreiks ein. Er betonte, daß zwar einzelne Genossen durch ihre

Auftreten den Anschein erweckten, als bestesse ein Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften, in Wirklichkeit aber haben die Debatten ergeben, daß Gegenüber von Bedeutung zwischen Partei und Gewerkschaften nicht vorhanden sind. In der Diskussion kritisierte Genosse Dertel scharf das Verhalten einzelner Gewerkschaftler, vor allem des Genossen Robert Schmidt, zu der Parteifeier und Massenstreikfrage. Genosse Weiß bedauerte, daß der Parteitag der Alkoholfrage nicht die genügende Bedeutung beigelegt habe. Mit allen übrigen Beschlüssen des Parteitages, auf die er zum Teil des näheren einging, war er im wesentlichen einverstanden. Nachdem noch die Genossen Schmidt und Kosmus gesprochen, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der sich die Genossen mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärten, aber das Verhalten einiger Gewerkschaftsführer auf demselben nicht billigten.

Als Delegierter zur Kreisversammlung wurde Genosse W. Schmidt gewählt.

### Nowawes.

In der letzten Kartell Sitzung wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, von der Erziehung einer Herberge Abstand zu nehmen, da die mit einigen Wirten geflochtenen Verhandlungen zu keinem Resultat geführt haben. — Sodann gab der Kassierer Lange den Kasienbericht für das dritte Quartal; die Einnahme betrug (inkl. Bestand von 77,00 M.) 507,80 M., die Ausgabe 293,29 M., somit ein Bestand von 214,51 M. Hiervon sind 150 M. auf der Sparkasse des hiesigen Konsumvereins hinterlegt. — An Stelle des bisherigen ersten Vorsitzenden Genoss, der infolge Wahl zum Vorsitzenden des Wahlvereins sein Amt niederlegte, wurde Wilhelm Schulz (Malor) gewählt. — Am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, veranstaltete das Gewerkschaftskomitee im Lokale von Ernst Schmidt, Wilhelmstraße, einen Lichtbilder-Vortrag. Zum Vortrag gelangt: „Die Freiheitskämpfe in Russland.“ Bildnis a 25 Pf. sind bei den Kartellbelegierten sowie an der Kasse zu haben. — Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter betrug am Schluß des zweiten Quartals 2004. — Unentschuldig fehlten: Krüger, Winter (Dachbeder), Böse, Treptow (Häcksarbeiter), Dobbertig (Holzarbeiter), Biets (Pflger), Genschel (Maurer).

### Aldershof.

Nach Mitteilungen des Gemeindevorstehers in der letzten Gemeindevereiner Sitzung bestehen auch hier die mißlichsten Schulverhältnisse, da die Reueinrichtung im Oktober so stark war, daß die vorhandenen Schulräume nicht mehr zureichten. Es ist ferner notwendig geworden, eine neue siebente Klasse zu errichten, welche bis April 1906 als gemischte Klasse bestehen soll. Seit längerer Zeit besteht eine Kommission, die den Neubau eines Spriehhauses bezuzaten soll. Gleichzeitig ist der Bau eines Katholischen geplant. Dadurch würden dann die jetzt in der ersten Gemeindevereiner Schule Benutzten Gemeindevereiner zu Schulzwecken frei werden und dem Klassenmangel abgeholfen sein. Bis zur Ausführung des Planes dürfte aber auch noch geraume Zeit vergehen, so daß zum April doch noch Pletzräume hinzugenommen werden dürften, um dem bevorstehenden Andrang zu entsprechen. — Ueber die Heranziehung der Nachbargemeinden zu den Schullasten gemäß § 53 des Kommunalabgabengesetzes fand eine Aussprache statt, die zu dem Beschlusse führte, in den nächsten zwei Jahren bei den Betriebsgemeinden keinen Antrag zu stellen, da die entstehenden Unkosten in keinem Vergleich zu dem eventuellen Erfolge stehen würden. Von entscheidendem Einflusse bei diesem Beschlusse war der Kampf, den die Stadt Berlin gegen die Vorortgemeinden zu führen hat. Wenn auch in neuerer Zeit Berlin des öfteren zur Zahlung verurteilt wurde, wurden die Beträge jedoch gerichtlich detart erniedrigt, daß für unsere Gemeinde ein Vorteil nicht bestehen bleiben würde. So ist erst in neuester Zeit Berlin zur Zahlung von 20 020 M. an Weisenfee verurteilt worden, während diese Gemeinde 107 000 M. eingeklagt hatte. Bei der Feststellung über unsere event. Ansprüche an die Nachbargemeinden wurde im vorigen Jahre der Betrag von 5940 M. ermittelt, an welchem die Gemeinden Berlin, Köpenick, Nieder- und Ober-Schöneweide beteiligt waren. — Zur Verbeßerung einer besseren Strahenentwässerung, welche sich bei den vielen Regenfällen in diesem Herbst als besonders notwendig erweist, sollen mehrere Rohrleitungen und Sickerdrümen gebaut werden. Ein Zuschlag für die Rohrleitungen in der Radlitzstraße, zwischen Kaiser Wilhelmstraße und Roonstraße, und für die verlängerte Kronprinzenstraße wurde jedoch noch nicht erteilt, da die vorgelegten Zeichnungen Mängel aufwiesen, welche erst abgestellt werden sollen. Mit den Entwässerungsanlagen an der Ecke der Dypenstraße-Aldershof, in der Bismarckstraße, an den Ecken der Sedan-, Amdt- und Kronprinzenstraße, sowie an der Ecke der Hadenberg- und Selsonoffstraße, erklärte sich die Vertretung im Prinzip einverstanden. Bei der Neuwahl der Mitglieder der Armenkommission wurden die bisherigen Armenvorsitzer G. Bödner und Linden-berg wiedergewählt, der Polizeisekretär a. D. G. Gertt neu gewählt. — Da die Leichenkammer obligatorisch für den Kreis Teltow eingeführt ist, werden die Herren Dr. Gemann, Saling und Grotensend als Leichenbeschauer bestellt. Bei Bekanntgabe der stattgefundenen Aufnahme des Darlehens von 525 000 M. bei der Reumärktischen Mitterschaftlichen Darlehnskasse, das zur Ablösung der schwebenden Darlehen bei der Kreisparlasse dienen soll, wurde mitgeteilt, daß der Gemeinde durch Kurzschußgang der Papiere genannter Kasse ein Schaden von 17 300 M. entstanden ist. Offenlich wird diese falsche Finanzoperation, gegen welche die sozialdemokratischen Gemeindevereiner am 20. Juli er. gestimmt haben, sich nicht in Erhöhung des Kurzschußes für das nächste Etatsjahr bemerkbar machen.

### Ober-Schöneweide.

**Erhaltwahl.** Bei der auf Grund der berechtigten Wählerlisten am Sonnabend vorgenommenen Erhaltwahl zur Gemeindevereiner wurden in der ersten Klasse Kottmeier, in der zweiten Klasse Friedke, in der dritten Klasse Schimmüller gewählt. Der Kandidat der Katholiken in der 3. Klasse, für dessen Wahl große Anstrengungen gemacht wurden, blieb in der Minderheit. Unsere Parteigenossen, denen kein Kandidat mit Grundbesitz zur Verfügung stand, beteiligten sich nicht an der Wahl.

### Treptow-Dammshulweg.

Der Wahlverein hielt am Dienstag, den 17. Oktober, seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Genosse Fuchs gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die im verflochtenen Geschäftsjahre erzielte Tätigkeit des Wahlvereins. Es haben stattgefunden:



18 Vereinsversammlungen, 20 Vorstandssitzungen, 3 Landtagungs-  
tionen, 6 öffentliche Versammlungen, 1 Raifsterversammlung, 6 Flug-  
blattverbreitungen.

Dann gab der Kassierer Genosse Riedel den Vierteljahrs-  
bericht, nach dem eine Einnahme von 540,29 M. und eine Ausgabe  
von 51,40 M. zu verzeichnen ist. Aus dem Jahresbericht des  
Kassierers ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen 1898/99 M.,  
die Ausgaben 578,11 M. betragen haben. Auf Antrag der Revisoren  
wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Die Mitgliederzahl hat sich von 193 zu Anfang des Geschäfts-  
jahres auf 290 bei Abschluß desselben gehoben. Nach Berufsgruppen  
geordnet sind darunter: Arbeiter 59, Tischler 26, Schlosser 20,  
Maurer 9, Kaufleute 8, Schenkmacher 7, Gastwirte 7, Gärtler 7, je  
5 Polierer, Buchbinder, Dreher, Metallarbeiter, Zimmerer, Schrift-  
setzer, je 4 Lederarbeiter, Steinbrücker, Former, Bildhauer, je 3  
Bergolter, Töpfer, Eisendreher, Schmiede, Rüstler, Weber, Litho-  
graphen, Brauer, Drehler, je 2 Photographen, Galvanisierer,  
Maler, Graveure, Schriftsetzer, Kassendante, Tapezierer, Rohr-  
leger, Maler, Sattler, Stellmacher, Buchdrucker, Barbier, je 1  
Küchener, Kassierer, Posaunenbläser, Schiffbauer, Schmiedarbeiter,  
Verzugmacher, Glaschleifer, Metallbrücker, Präker, Bauanschläger,  
Klempner, Zigarrenhändler, Barbier, Kräutler, Glaschleifer, Ziseleur,  
Zunierschneider, Kermacher, Konnis, Porzellanmaler, Einseger,  
Zuschauer, Radierer, Klempner, Mechaniker, Dachdecker, Expedient,  
Büchsenmacher.

Nach dem Berichte der Zeitungsredakteure, Genossen Stoß  
und Voigt, ist die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ für den Ortsteil  
Baumschulenweg von 248 auf 320 und für Treptow von 198  
auf 308 gestiegen. — Die Zeitungsredaktion in Baumschulenweg  
hat bei einem Umlage von 4104 M. einen Uberschuß von 22,21 M.,  
die Redaktion in Treptow bei einer Einnahme von 3942,41 M. einen  
Uberschuß von 130,19 M.

Die Vorstandswahlen hatten folgendes Resultat: Erster Vor-  
sitzender Genosse König; zweiter Vorsitzender Hofmann;  
Kassierer Riedel; Schriftführer Lütke; Beisitzer Paß; Re-  
visoren: Schiefe, Henke und Kissing. — Bibliothekare:  
Schüler und Altkert. — Zeitungsredakteure: für  
Baumschulenweg Stoß, für Treptow Voigt. — Lokalkommission:  
für Baumschulenweg Theuerlauf, für Treptow Geering. —  
Zur Kreis-Generalversammlung wurden als Delegierte die Genossen  
König, Riedel und Paß gewählt.

Zur Zentralisation der Wahlvereine erklärte sich die Versamm-  
lung mit dem vorliegenden Statutenentwurf bis auf den § 5 ein-  
verstanden; hier sollen unsere Delegierten dafür eintreten, daß an-  
statt auf je 50 Mitglieder auf je 250 ein Delegierter zur General-  
versammlung zu wählen ist.

### Zeget.

Tot aufgefunden wurde gestern im Walde bei Heiligensee-Zeget  
unweit der Eisenbahn-Gaststätte Schulzendorf, der 59jährige Barbier  
August Holz-Vorlin, der seit längerer Zeit obdachlos war. Der  
Polizeiarzt stellte als Todesursache einen Schlaganfall fest.

### Fahrtkosten bei der Steuerveranlagung.

Für Vorortbewohner, die ihrer Beschäftigung in Berlin oder  
einem anderen Orte nachgehen, ist die Frage von Erheblichkeit, ob  
sie berechtigt sind, die für die Fahrten nach der Arbeitsstelle und  
zurück aufgewendeten Kosten von ihrem Arbeitsverdienst in Abzug  
zu bringen, wenn es sich um die Feststellung des steuerpflichtigen  
Einkommens handelt. Weist wird von den Steuerpflichtigen gar  
nicht daran gedacht, die Fahrtkosten in Abzug zu bringen; die Fälle,  
wo dies geschieht, sind selten; jedenfalls viel seltener als das Vor-  
kommen dauernder Beschäftigung außerhalb des Wohnortes und in  
Verbindung damit die Aufwendung nicht unerheblicher Kosten für  
Straßen- oder Eisenbahn-Fahrtgelegenheit, von denen namentlich die  
letzteren im Laufe des Jahres oft zu einer stattlichen Summe an-  
wachsen. Die Steuerbehörden suchen die prinzipielle Entscheidung  
der Frage zu umgehen, was ja auch überall da gelingt, wo der Ab-  
zug des Fahrtkostenbetrages keinen Einfluß auf die Steuerstufe aus-  
übt. Die Entscheidung der Rechtsfrage scheint auf die Weise bisher  
vermieden zu sein, obwohl die Angelegenheit selbst seit dem Inkraft-  
treten des geltenden Einkommensteuergesetzes in der Schwere ist.  
Zuerst kamen Beamte und beanspruchten Abzugsfähigkeit der Fahr-  
kosten. Sie wurden abgewiesen mit diesem Anspruche, wenn sie ein  
bestimmtes dienstliches Domizil, einen Ort für ihre Amtstätigkeit  
angewiesen erhalten hätten; es wurde ihnen dann entgegengehalten,  
daß die Erlaubnis außerhalb des Dienstortes zu wohnen eine Ver-  
günstigung, und zwar eine widerrufliche, darstelle, die nicht nach  
steuerliche Vorzüge im Gefolge haben könne. Unter diesen  
Umständen lagen für Beamte Gründe genug vor, von einer weiteren  
Verfolgung der Angelegenheit abzusehen. Es wird behauptet, daß  
behördliche Anordnungen über die Wohnpflicht der Beamten mit  
solchen Steuerreklamationen wohl in Zusammenhang gebracht werden  
könnten. Anders liegt die Frage bei Arbeitern; hier handelt es sich  
bei den Fahrtkosten um Aufwendungen, die jeder machen muß, um  
seinem Erwerbe nachzugehen zu können. Rechtsanwände und Anträge  
rechnen ihre Fahrtkosten, ja sogar die Kosten eines nur für Ge-  
schäftszwecke gehaltenen eigenen Fuhrwerks, vom Einkommen ab,  
was auch von der Steuerbehörde nicht beanstandet wird. Wo Ar-  
beiter und kleine Gewerbetreibende den Versuch machen, Fahrtkosten  
von ihrem Gesamteinkommen abzuziehen, werden sie gewöhnlich auf-  
gefordert, Beweise für die Ausgabe beizubringen. Das ist oft  
schwierig; man braucht Bescheinigungen von den Arbeitgebern, von  
denen der eine oder andere verzögert und nicht gleich aufzufinden  
ist, der Steuerpflichtige wird in Unruhe und verfolgt seinen Anspruch  
nicht mehr mit dem für einen glücklichen Erfolg nötigen Eifer,  
namentlich auch darum nicht, weil der schließlich Unterchied für ihn  
meist nur einige Mark beträgt. In zahlreichen Fällen, wo die Be-  
weise erbracht werden konnten für die verauslagten Fahrtkosten,  
sind sie auch als abzugsberechtigt gleich von den Veranlagungs-  
kommissionen anerkannt worden. Bei der genauen Ermittlung des  
Gesamteinkommens, wie sie heute seitens der Veranlagungsbehörden  
fortschritt, ist es nur recht und billig, auch abzugsfähige Ausgaben  
geltend zu machen. Das wird leichter sein, wenn der Steuer-  
pflichtige gleich von Beginn einer Fahrtenreise verursachenden Be-  
schäftigung an auf die Sicherung von Beweisen für Steuerveran-  
lagung Bedacht nimmt. Gerade bei den noch jetzt stattfindenden  
Verhandlungen über die Reklamationen stellt sich vielfach heraus,  
daß solche Beweise fehlen und der Anspruch auf Abzug der Fahr-  
kosten abgelehnt wird. Wenn jede Lohnaufbesserung des Arbeiters  
genau bei der Einkommensberechnung von den Veranlagungsbehörden  
berechnet wird, ist es nur in der Ordnung, auch die abzugsberech-  
tigten Ausgaben dagegen aufzurechnen.

## Berliner Nachrichten.

Die „Germania“ ist mündig über ihr Verhältnis zum  
Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Wir hatten bekanntlich  
den Nachweis geführt, daß ein Artikel „Wiederum aus einer roten  
Garnison“, den das ultramontane Blatt am 27. August 1904 brachte,  
Wort für Wort mit einem Manuskript des Reichsverbandes überein-  
stimmte, dessen Original in unserem Besitz ist. Zeugen war nicht  
gut anzufinden, und so verlegte sich denn das katholische Blatt auf  
die Anklage, daß auch heute noch Wunder möglich sind. Mit dem  
Reichsverband hatte die „Germania“ nie etwas zu tun gehabt; es  
hätte sich vielmehr nach der Darstellung des führenden Zentrums-  
organs ereignet, daß ein dem Reichsverband nicht angehörender  
Mann nicht allein dieselben Gedanken in seinem Schadel wälzte wie  
der Reichsverband — was ja immerhin möglich gewesen wäre — sondern  
diese Gedanken auch in der „Germania“ genau mit denselben Worten  
wie der Reichsverband in seinem Wochenblatt der katholischen Welt  
offenbarte. Mit solchem Wunder im Siegesfeld Jacobsohn nicht  
anderen Leuten, die man für Hochverräter hielt, glänzend gerecht-  
fertigt; wenn, was in diesem Fall geschehen, wahrheitsgemäß nach-

gewiesen wird, daß zwei Menschen völlig unabhängig von einander  
zur selben Zeit wirklich genau dasselbe schreiben, warum soll  
es sich dann nicht auch ereignen können, daß jemand später als  
ein anderer auch sich heraus genau dessen Worte wiederholt? Zu  
erforschen wäre jetzt nur, ob der Bundestäter der „Germania“ heute  
weiter katholischen Interessen dient oder ob er nach dem vom  
Reichsverband gegebenen falschen Beispiel jetzt hinterhältig den  
Ultramontanismus bekämpft. Dieses wäre im Interesse der katholischen  
Weltanschauung sehr zu bedauern.

Unbegreiflicher Weise schweigt die „Germania“ über das von  
ihre konstatierte Wunder; statt in Hymnen zu feiern, was  
allen Naturgesetzen zum Trotz geschehen, scheint sie sogar  
auf dieses Ereignis schamig betreten zu sein. Ein noch un-  
aufgeklärter Grund, der mit dem verruchten Rationalismus hofstän-  
dlich nichts gemein hat, treibt sie vielmehr, ihre Leser von dieser  
Affäre abzulenken. Sie macht ihrer kürzlich erfolgten Anknüpfung  
gemäß in Charlottenburger Korruption, wovon ihrer Mitteilung  
zufolge noch so viel in ihren Altenschränken verborgen ist. Wir  
dachten aus den Enthüllungen neues zu erfahren, wurden darin  
aber getäuscht. Das Blatt druckt zum tausendberufenen Male einen  
Satz aus der Goerlachschen Broschüre ab, spricht in geistiger Armut  
seine Ueberraschung darüber aus, daß unter Vorzeichenoffe Viehdiebst  
diesen Satz vor Gericht als das konfuseste Zeug bezeichnet, was  
jemals in der Weltgeschichte produziert worden ist, und teilt dann  
mit, daß es den Buchdrucker Goerte und den Apotheker Staller vor  
Gericht laden lassen werde. Goerte soll sich über die in seiner  
Broschüre aufgestellte Behauptung äußern, daß wirtschaftlich nicht  
günstig gestellte Sozialdemokraten in der Kasse unter-  
gebracht und trotz ihrer Unfähigkeit gegen den Willen  
des Vorsitzenden Sabler in ihren Ämtern belassen wurden.  
Was Staller betrifft, so kritisiert die „Germania“ auf, daß er „trotz  
der Enthüllungen über seine Rechtsmehlelei mit dem Apotheker  
Lutter noch immer der pharmazeutische Vertrat und Vertrauensmann  
der sozialdemokratischen Partei als Mitglied der  
Zentralkommission der Krankenkassen geblieben.“ So tatenspielet  
man ohne alle Apparate Vertrauensleute der sozialdemokratischen  
Partei in die Welt. Also noch ein Wunder. Wir waren auf mehr  
Enthüllungen begierig, müssen uns aber in Demut bescheiden.

Eine ärztliche Schrift für die Jugend. Im Verlag von  
J. G. B. Dieckmann in Stuttgart ist soeben erschienen: Was  
hat der Vater seinem achtzehnjährigen Sohne  
zu sagen? Ratsschläge eines Arztes an unsere heranreifende  
Jugend von Prof. Alfred Journer, Mitglied der Académie de  
Médecine in Paris. Autorisierte Uebersetzung aus dem fran-  
zösischen von Dr. med. G. Ravajani. Vor nicht langer Zeit hat sich  
in Frankreich ein Verein unter dem Namen „Société française de  
prophylaxie sanitaire et morale“ gebildet, der den berühmten  
Enghilologen Prof. Alfred Journer mit der Aufgabe betraute, eine  
Schrift zu verfassen, in welcher die allgemeinsten Kenntnisse über  
Geschlechtskrankheiten und deren Folgen in leichtverständlicher Weise  
niedergelegt seien. Der Verfasser so vieler medizinischer Meister-  
werke hat die ihm zugewiesene Aufgabe in glänzender Weise gelöst.  
Diese Schrift wird namentlich in einer ausgezeichneten Uebersetzung  
allen denjenigen unterbreitet, die durch Stellung und Amt berufen  
sind, einen Einfluß auf die Jugend auszuüben. Sie können durch  
rechtzeitige Belehrung Tausende vor einem grauen Schicksal be-  
wahren. Der Preis dieser Schrift, an der einzig eine ziemlich starke  
Anhäufung von Fremdwörtern zu monieren wäre, beträgt nur  
20 Pf. Bei Abnahme von Partien tritt Preisermäßigung ein.

Spottbilder auf den Kaiser. Der „Post. Ztg.“ wird aus Paris  
geschrieben: Der bekannte Schriftsteller John Grand-Carteret, dessen  
Widernatürliche Vererbung und viel Anerkennung als sitten-  
geschichtliche Uebersichten gefunden haben, hat seiner Sammlung zeit-  
genössischer Karikaturen nun auch eine Zusammenstellung von Spott-  
bildern angehängt, die in den letzten sieben Jahren von den Witz-  
und Tageblattkünstlern beider Welten dem Kaiser Wilhelm gezeichnet  
worden sind. Es war ein etwas verwegenes Unternehmen und noch  
verwegener war der Gedanke, daß das Buch in Deutschland freien  
Eingang finden werde. Freilich ist Grand-Carteret kein genug, die  
Erinnerung an den alten Fritz heraufzubeschwören, der in einem im  
Besitze des Pariser Handdrucksammlers und -Händlers Charavay  
befindlichen Briefe an Voltaire schreibt: „Man sagt mir, daß Ihre  
Befehle keine Gelegenheit verschmähen, ihren Witz an mir zu üben.  
Es sollen Schattenspiele umlaufen, die Sie nicht mehr schonen als  
ich und die mich mit ihrer Rederei bis hierher verfolgen. Ich  
mache mir nichts aus solchem Spott, Gott verhöle, daß ich mit  
Strenge gegen Späße einschreite, die für mich im Kreise meiner  
Lidgenossen eine Quelle der Heiterkeit sind.“ Grand-Carteret knüpft  
an diese Aeußerung des großen Königs an und spricht die Er-  
wartung aus, daß Kaiser Wilhelm nicht weniger weitherzig sein  
werde als sein Ahnherr Friedrich der Einzige. Er sagt die Vor-  
rede des Buches, das den Titel trägt „LUI“, „EM vor der Photo-  
graphie und der Karikatur“ (Paris, bei Per Lamur) in die Form  
eines Besuchs an „Se. Majestät Wilhelm II., Deutscher Kaiser und  
König vor Preußen“, und führt darin aus, daß der alte Fritz der  
erste war die über ihn umlaufenden Spottbilder, Spielfachen  
Dosen, Stocknüsse usw. drollig zu finden und über sie zu lachen;  
Napoleon III. hatte nicht diese Philosophie; er ließ 15 Jahre lang  
das Berliner Witzblatt an der Grenze aufhalten, das ihn, die Kaiserin  
und die kaiserlichen Prinzen unter den Bezeichnungen „EM“, „EJE“  
und „ES“ verspottete; er hätte besser getan, von den Spottreden  
zu lernen. „Majestät, wie Napoleon I. sind Sie für die ganze Welt  
der Kaiser; wie Napoleon III. sind Sie EM und Europa, das früher  
angstvoll nach den Seeufern blickte, festet heute dauernd die Augen  
auf die Ufer der See. Sie sind der Gott des Tages. Die Welt  
der ganzen Welt haben ihr Wei nur für Sie; Sie sind der  
meistabgebildete aller Herrscher und die Karikatur ist gegen Sie.  
Majestät, Sie sind herb, gefällig, unerschrocken, häufig hochhaft, manch-  
mal ungerade; aber Sie sind Sie niemals gleichgültig an...  
Majestät, Sie sind ein sehr moderner, sehr gewöhnlicher Herrscher  
und ein Schächer von allem, was das Gegenstück der Banalität ist. Von  
dem, der die Arbeiterkonferenz in Berlin veranlaßt, der die  
französischen Künstler nach Berlin eingeladen, der die herrlichen  
Bilder der französischen Schule des 18. Jahrhunderts zur Geltung  
gebracht, der bei der Ermordung Carnots die gelangenen franzö-  
sische Offiziere so großzügig begnadigt hat, von diesem Herrscher  
darf man noch viel Kühnes, Unvorhergesehenes, Weises und Neues  
erwarten. So wollen denn Sie, Majestät, die Fortdauer der Politik  
des französischen zweiten Kaiserreiches vermeiden und auf die kluge  
Philosophie Ihres Ahnherrn Friedrichs II. zurückgreifen.“

Der französische Schriftsteller scheint nicht zu wissen, daß ein  
harmloses Scherzspiel des „Madderabatsch“ dem alten Herrn Trojan  
sechs Monate Fesseln einbrachte, und daß, von den drakonischen  
Bestrafungen sozialdemokratischer Redakteure ganz abgesehen, auch  
die Scherze des „Simplissimus“ harte Sähe fanden.

Straßenbahn und Stadtgemeinde. Die Direktion der  
„Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft“ hält daran fest,  
daß die Stadt Berlin aus dem Vertrage von 1897 nicht das  
Recht herleiten könne, im Jahre 1920 den Betrieb der „Großen“  
zu übernehmen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte  
Oberbürgermeister Kirchner ein aus dem Jahre 1896 her-  
rührendes Schreiben der Direktion verlesen, um aus dem  
Wortlaut zu beweisen, daß die Direktion tatsächlich die ursprüngliche  
Absicht gehabt habe, bei der Vertragsschließung den auf spätere  
Uebnahme des Betriebes gerichteten Plan der städtischen Ver-  
hördung als selbstverständlich vorauszusetzen. Nunmehr ver-  
pflichtet die Direktion eine Entgegnung, in der sie mit dürren  
Worten auseinandersetzt, daß Herr Kirchner die „Große“  
schon beurteilt habe. Die Antwort der „Großen“ ist den  
Zeitungen, auch dem „Vorwärts“, zum Abdruck im Inseraten-  
teil zugegangen.

Die seltsame Ansetzung einer kleinen Bühne beschäftigt die  
hiesige Kriminalpolizei. In einem Seidenwarengeschäft in der Moser-

thalerstraße kamen fertige Stoffe weg, ohne daß es dem Inhaber  
gelang, ihren Verbleib zu ermitteln. Jetzt endlich kam er dahinter,  
daß ein Dekorateur W., dem er sein ganzes Vertrauen geschenkt  
hatte, sein fester Vorkamer war. W. verwendete Stoffe und Kostüme  
zur Ausstattung des „Cafés zum Dorian Gray“ in der Meißner Str.  
eines großen Zimmers mit einer kleinen Bühne, auf der abenden-  
weise Gesangs- und Tanzvorführungen gegeben werden, und der  
Kräfte, die bei diesen Aufführungen mitwirkten. „Dorian Gray“  
musste am Sonnabend seine kostbare Ausstattung, soweit sie der  
Seidenwarenhändler gehört, herausgeben. Bei W., der wegen  
Diebstahls festgenommen, einzuweisen aber wieder auf freien Fuß  
gesetzt wurde, fand man auch unglückliche Wiber, die von ihm selbst  
gefesselt worden. In welchem Zusammenhang sie mit ausschließlich  
von Herren besuchten „Dorian Gray“ und seinen Ausführenden  
stehen, wird wohl noch weiter aufgeklärt werden.

Die Zukunft des Krollischen Stabflements in seiner bisherigen  
Form erachtet dem „Verf. Zgl.“ zufolge gesichert. Die General-  
pacht des Stabflements hat die Berliner Bodenkammer übernommen,  
die auch in alle von dem ehemaligen Dezonomen eingegangenen  
Verträge eintritt.

150 Zentner Pferdeurück wurden gestern von der Kriminal-  
polizei beschlagnahmt. Aus dem Rheinland wurde hierher mitgeteilt,  
daß ein Wurstwarenfabrikant Josef Wenzelmann aus der Stein-  
straße dorthin mehrere verdächtige Sendungen geliefert habe. Am  
Erlaube die Kriminalpolizei gestern durch einen Veterinär, als  
Sachverständigen den Betrieb Wenzelmanns, in dem elektrische  
Kraft benutzt wird, prüfen und fand nun, daß er ausschließlich  
Pferdefleisch verarbeitet, obgleich davon in seinen Anknüpfungen  
und Angeboten nichts gesagt wird. Der Fabrikant arbeitet mit  
einem Gefellen und liefert hauptsächlich nach der Provinz. Er stellte  
auch „Lohrere“ Ware her. Sein billiges Angebot hatte er u. a. auch  
an 70 Militärkontingentsverwaltung gerichtet. Den Vorrat von  
150 Zentnern belegte die Kriminalpolizei mit Beschlagnahme.

Die ersten weiblichen Lehrlinge sind vorgestern von der Berliner  
Handwerkskammer zu Gesellen gesprochen worden. In den Räumen  
der Handwerkskammer war der Prüfungsausschuß für das Buch-  
bindergewerbe unter dem Vorsitz des Buchbindermeisters Karl Gahn  
zusammgetreten. Unter den zu prüfenden Lehrlingen befanden  
sich zum erstenmal seit Bestehen der Kammer zwei Damen, Fre-  
lein Hahn und Freulein Zodenhagen, die während der letzten drei  
Jahre das Buchbinderhandwerk im Letztbause erlernt haben. Das  
Ergebnis der Prüfung der beiden weiblichen Lehrlinge war ein sehr  
erfreuliches. Sowohl hinsichtlich der praktischen Prüfung als der  
theoretischen konnte der Prüfungsausschuß ihnen das beste Zeugnis  
ausstellen. Sie wurden mit dem Prädikat „sehr gut“ entlassen.  
Oftentlich besäumen die beiden weiblichen Buchbindergehülfen  
nicht, auch ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen.

Wegen Betruges und Urkundenfälschung wurde ein 46 Jahre  
alter früherer Geschäftsfreisender Hermann Anilmann aus  
Minden festgenommen. Anilmann wollte hier eine Schan-  
wirtschaft aufmachen, hatte aber keine Aussicht, die Kon-  
zeption zu bekommen, weil er wegen Betruges und Ur-  
kundenfälschung schon bestraft ist. Nun mietete er in der Rathaus-  
straße geeignete Räume und schob den früheren Arbeiter Karl Wendt  
als Geschäftsinhaber vor, betrieb aber die Wirtschaft selbst. Was  
ihn an der Einrichtung noch fehlte, ließ er sich von Brauereien  
geben, die dafür Bezahl bekamen. Das Geschäft ging gut, die  
Bezahl zu bezahlen aber unterließ Anilmann dem Wendt, dessen  
Namen er gefälscht hatte. Er wollte mit dem Geschäftsgewinn ver-  
schwenden, wurde aber gestern unmittelbar vor der Flucht von der  
Kriminalpolizei noch ermittelt und festgenommen. Wendt erhielt  
erst durch die Beschleifung Kenntnis von dem Vorhandensein der  
gefälschten Papiere.

Bei der Arbeit verunglückt ist in der vergangenen Nacht der  
38 Jahre alte Heizer Bernhard Schulte aus der Petersburgerstr. 70,  
der in der „Alten Post“ in der Königstraße angestellt ist. Schulte  
kam, als er die Treppe zur Kesselanlage hinunterging, zu Fall  
und zog sich einen doppelten Bruch des rechten Beines zu. Mit-  
arbeiter brachten ihn nach der königlichen Klinik.

Von dem Sohn des Lehrers Jtrich, über dessen Tod wir am  
Sonnabend berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der Verstorbene  
wohl schwerkränklich gewesen sei, aber nicht unter Nahrungsmitteln  
gelitten habe. Auch sei er nicht mit der Riete im Rücken ge-  
wesen. Der Tod durch Herzschlag sei eingetreten auf einer Reise  
zu Verwandten, die Jtrich mit Wissen seiner Frau unternommen  
habe.

Beim Spielen mit einem Revolver ist der Student der Medizin  
Christian Brodmann, der in der Anguliftr. 8 ein möbliertes Zimmer  
bewohnt, verunglückt. Er hatte auf seiner Stuben Besuch von zwei  
Kommilitonen. Einer von diesen machte sich mit seinem Revolver  
zu schaffen, ohne zu wissen, daß er schon geladen war. Wählich  
frachte ein Schuß und die Kugel drang Brodmann aus einer Ent-  
fernung von einigen Schritten in den Rücken ein. Der Betroffene  
wurde mit einer Drohkarte in ein Krankenhaus gebracht. Seine Ver-  
letzung ist nicht gefährlich.

Agitation für das Genossenschaftswesen. Und wird geschrieben:  
Um der Berliner Arbeiterpartei die Erfolge des Genossen-  
schaftswesens in Wort und Bild vor Augen zu führen und zur  
Racheforderung anzuregen, finden in dieser Woche zwei Licht-  
bilder-Vorträge statt, und zwar am Donnerstag, den  
28. Oktober, im „Schwarzen Adler“ in Lichtenberg und am Sonntag,  
den 29. Oktober, im „Wobler Gesellschaftshaus“, Wielestr. 24.  
Mit dem letzteren Vortrage ist auch eine Waren-Ausstellung  
(bei freiem Eintritt) verbunden, welche durch die Großeinkaufs-  
gesellschaft deutscher Kaufmänner in Hamburg veranstaltet wird.  
Näheres im Anzeigenteil.

Vollständige Vorträge werden wie im vorigen Jahre in der  
ständigen Arbeiter- Wohlfahrts-Anstalt in Charlottenburg, Frauen-  
hoferstr. 11/12, von den Veranstaltern der Sonderausstellung  
gegen den Alkoholismus abgehalten werden. Beginn am Mits-  
woch, den 25. d. M., abends 8 Uhr. Erstes Thema: Was ist  
Alkoholismus?

Im Verein für vollständige Kurie von Berliner Hochschu-  
lerrern beginnt am Donnerstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Herr  
Privatdozent Dr. Welschdorff seinen Vortragskursus über „Das Auge  
des Menschen und seine Gesundheitspflege“ in der Aula des Luisen-  
städtischen Realgymnasiums, S., Eberhardstraße 28. Eintritts-  
karten zum Preise von 1 Mark (für alle sechs Abende) sind zu  
haben bei: Georg Velling, W., Leipzigerstraße 128; A. Schin,  
O., Holzmarktstraße 60; Ehr. Tischendörfer, C., Sophienstraße 20;  
F. C. Lederer, W., Kurfürstendamm 70; Bernhard Staas, SW.,  
Friedrichstraße 5; Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsvereine,  
SW., Tessenerstraße 14 (8 bis 3 Uhr).

Im Berliner Zoologischen Garten ist gegenwärtig eine Samm-  
lung ganz allerliebster Zwerghühner angebracht, die in ihren  
verschiedenen Rassen ein reichendes Bild ausbilden. Da sind die  
winzigen japanischen Chabods in fast allen Farben vertreten,  
hochbeinige Hühner von ungemein zierlicher Haltung, daneben die  
hockbeinigen, schlanken, kammlosen Zwerghühner mit ihrem  
tönen Vornehen. Eigentümlich, ja geradezu komisch wirken die  
Zwerghühner, nach ihrer Körperform benannt, wegen  
des vollkommenen Fehlens des Schwanzes. Die Gartenhühner  
sind, so genannt, weil sie wegen ihrer besiedelten Hüfe  
den Blumenbeeten keinen Schaden tun können, sind in  
weiß und „milke fleisch“ vertreten, namentlich die  
letzte Farbe hat etwas ungemein Bedeutsames. Die sehr pro-  
portioniert gebauten schwarzen Vanitas sind eine reizende  
bekleinerte Ausgabe der Hamburger Schwarzfäße, während ein  
weißer Zwerghühner-Sohn die Händhühner vertritt.